



Plenum

59. Sitzung

München, Freitag, 30. Oktober 2020, 13:00 bis 17:47 Uhr

Gedenken an die Opfer des Attentats in Nizza	7597
Geburtstagswünsche für die Abgeordnete Eva Lettenbauer	7598
Abweichung von der Geschäftsordnung (§ 193 BayLTGeschO)	
Beschluss.....	7598

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

Ministerpräsident Dr. Markus Söder.....	7598
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	7608 7613
Andreas Winhart (AfD).....	7613
Thomas Kreuzer (CSU).....	7614 7619 7620
Uli Henkel (AfD).....	7619
Markus Plenk (fraktionslos).....	7620 7638 7639
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	7620 7623 7624
Ernst Weidenbusch (CSU).....	7623
Volkmar Halbleib (SPD).....	7623 7644
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	7624 7628
Gerd Mannes (AfD).....	7627
Horst Arnold (SPD).....	7628 7632 7641 7645
Martin Wagle (CSU).....	7632
Martin Hagen (FDP).....	7633 7636 7642
Helmut Radlmeier (CSU).....	7636
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	7636 7637
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....	7639 7641 7642 7646
Richard Graupner (AfD).....	7642 7645

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Weitere Ausbreitung des Coronavirus bekämpfen - jetzt gemeinsam entschlossen handeln! (Drs. 18/11051)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig
Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Gemeinsam durch die Coronakrise (Drs. 18/11052)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin
Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerns Bürger vor der Staatsregierung schützen - Grundrechte, Parlamentsbeteiligung und Verhältnismäßigkeit sofort wiederherstellen (Drs. 18/11053)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann,
Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Entschlossen handeln, Folgen der Maßnahmen abmildern, Zusammenhalt sichern! (Drs. 18/11054)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt,
Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Bayern sicher durch die Herbst- und Winterzeit bringen (Drs. 18/11055)

Dr. Beate Merk (CSU).....	7647	7650
Uli Henkel (AfD).....		7650
Thomas Gehring (GRÜNE).....	7650	7653 7667
Markus Bayerbach (AfD).....		7653
Martin Böhm (AfD).....	7654	7656
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....		7656
Ruth Waldmann (SPD).....		7657
Matthias Fischbach (FDP).....	7660	7666
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	7662	7665 7666 7667
Franz Bergmüller (AfD).....		7665
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	7668	7669
Alexander Muthmann (FDP).....		7669
Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/11055.....		7670
Beschluss zum CSU/FW-Dringlichkeitsantrag 18/11051.....		7671
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/11052.....		7671
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/11054.....		7671
Namentliche Abstimmung zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/11053.....		7671
Schluss der Sitzung.....		7672

(Beginn: 13:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne diese Sondersitzung, die 59. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass auch die heutige Sitzung wieder im Hörfunk und im Fernsehen live übertragen wird. Die Sitzung findet in etwas mehr als halber Besetzung statt, wie verabredet.

Erneut erschüttert uns ein Terrorattentat in Frankreich. Ein mutmaßlicher Islamist hat am Donnerstag in der größten Kirche von Nizza drei Menschen auf brutalste Weise mit einem Messer ermordet. Wir sind in Gedanken bei den Hinterbliebenen der Opfer und wünschen den Verletzten von hier aus eine schnelle und vollständige Genesung. Als freie Welt stehen wir geschlossen im Kampf gegen die Feinde unserer Werte, unserer Freiheit und unserer Demokratie, gegen all jene, die das Prinzip von leben und leben lassen nicht tragen. Ich bitte Sie, sich für ein Gedenken zu erheben. –

(Die Anwesenden erheben sich)

Vielen Dank für das Gedenken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben am Mittwoch gemeinsam mit der Bundeskanzlerin in großer Einigkeit weitreichende Maßnahmen und ein großes Entschädigungsprogramm beschlossen. Gestern hat der bayerische Ministerrat dieses ebenfalls beraten und beschlossen. In einer solch gravierenden, historischen Krise hat die Exekutive aus gutem Grund weitreichende Kompetenzen und Befugnisse.

Hinzugefügt sei aber auch: In der Pandemie, in der nun erneut weit in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird, geht es nicht ohne die Beteiligung des Landtages. Sondersitzung und Abstimmung über den Kurs, den unser Land in den kommenden Wochen nimmt, gehören auf die Tagesordnung dieses Hohen Hauses. Deshalb habe ich das Thema mit dem Ministerpräsidenten beraten. Ich bin dankbar, dass die Staatsregierung und der Ministerpräsident diese Haltung teilen.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder wird gleich eine Regierungserklärung abgeben, über die wir dann debattieren werden. Dem Ältestenrat habe ich eine inhaltliche Befassung und Abstimmung durch Dringlichkeitsanträge vorgeschlagen. Die Vollversammlung wird gleich im Anschluss darüber befinden, ob mein Vorschlag zum Tragen kommt. Wir können heute über Konzepte diskutieren und Argumente austauschen, und wir können abstimmen. Das ist übrigens, soweit ich weiß, der einzige Landtag, der darüber abstimmt.

Es ist meine feste Überzeugung: Wir brauchen die offene Debatte, den Wettstreit um die beste Lösung. Wir brauchen die Transparenz hier im Parlament, wer wo steht. Und wir brauchen die Suche nach Mehrheiten; denn das ist der Kern der Demokratie.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen: Niemand kann in dieser Situation behaupten, keine Zweifel zu haben – nicht in der Politik, auch nicht in der Wissenschaft. Aber wir können den Bürgerinnen und Bürgern beweisen, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen für sie entscheiden und handeln. Diesen Beweis können wir hier im Parlament mit einer verantwortungsbewussten, respektvollen, aufrichtigen Debatte und Beschlussfassung antreten. Dieses Parlament scheut keine Kontroverse und keine leidenschaftliche Auseinandersetzung. Zugleich erwarte ich die gebotene Disziplin und den Anstand, die Ordnung und Würde des

Hohen Hauses zu wahren. Das werde ich gegebenenfalls auch durchsetzen. Störungen wie im Bundestag werde ich nicht dulden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, aber noch etwas Erfreuliches: Ich möchte Frau Kollegin Lettenbauer zum heutigen Geburtstag ganz herzlich gratulieren und im Namen des Hohen Hauses alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, für diese Plenarsitzung, abweichend von unserer Geschäftsordnung, Dringlichkeitsanträge als einen Tagesordnungspunkt vorzusehen. Jede Fraktion konnte dazu einen Dringlichkeitsantrag zum Thema der Regierungserklärung einreichen. Über diese Dringlichkeitsanträge soll im Anschluss an die Regierungserklärung gemeinsam beraten werden. Hinsichtlich der Gesamtredezeit der Fraktionen hat man sich auf die Hälfte der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Redezeit, also auf 68 ½ Minuten, geeinigt.

Besteht mit diesem Verfahren Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit können wir so verfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat damit das Wort. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Saal und auch draußen! Ich habe am Mittwoch noch vor Beginn der Ministerpräsidentenkonferenz die Präsidentin des Landtags informiert und gebeten, für den heutigen Tag eine Sondersitzung einzuberufen. Ich bedanke mich sehr, dass dies möglich war; denn wir müssen die nächste schwere Etappe der Pandemie gemeinsam besprechen und diskutieren. Wir müssen es – ich glaube, das hilft auch in der Akzeptanz der Bevölkerung – auf eine noch breitere demokratisch-parlamentarische Basis stellen.

Zu Beginn, bevor wir über das Thema reden, möchte ich einen Dank aussprechen – einen ganz persönlichen Dank, nicht nur an Sie, sondern an alle im Land: an all die Vernünftigen, an all die Vorsichtigen, an alle, die mithelfen, an alle, die sich – auch die ganzen letzten Monate – vorbildlich verhalten haben, und auch an alle, die fragen: Warum sind wir stärker betroffen, obwohl wir uns doch eigentlich an alles gehalten haben? – Ich möchte diesen Dank auch mit Verständnis und einem Dank an all diejenigen verbinden, die verunsichert, besorgt, gestresst, ängstlich, skeptisch und vielleicht auch aggressiv sind, weil sie um ihre Existenz fürchten oder den Gesamtkurs hinterfragen. Ich habe – und werde es auch weiter haben – großes Verständnis für jede Frage und für jede Sorge, die in diesem Zusammenhang vorgebracht wird; denn es ist eine außergewöhnliche Zeit, wie wir sie alle als Parlamentarier noch nie erlebt haben, vielleicht überhaupt noch nie in der jüngeren bayerischen Geschichte. Deswegen darf ich Ihnen eines sagen: Egal, wer hier im Landtag sitzt und arbeitet – wir werden uns nicht nur Mühe geben, sondern wir werden alles geben und nach bestem Wissen und Gewissen handeln.

Unser Ziel muss sein, unser Land zusammenzuhalten und die Menschen in unserem Land zusammenzuführen, um diese schwere Prüfung auch weiter gemeinschaftlich zu bestehen. Ich glaube, das ist dringend nötig; denn einige haben den Ernst der Lage noch nicht verstanden. Die Situation ist ernst, und sie wird jeden Tag ernster. Leider haben sich alle Prognosen bestätigt. Alle Befürchtungen und alles, wovon in den letzten Wochen gewarnt wurde, hat sich bewahrheitet. Die

zweite Welle ist da, und sie ist, wenn wir ehrlich sind, schlimmer als zuvor – in Europa, in Deutschland und auch in Bayern.

In Europa ist es eine dramatische Entwicklung. In ganz Europa wütet die Pandemie. Jeden Tag wird ein neues Land komplett als Risikogebiet eingestuft. Wir haben überall die gleiche Situation: Erst steigen die Infektionen, dann steigen die Zahlen in den Krankenhäusern, und am Ende steigt die Zahl der Todesfälle. Die Situation in vielen Krankenhäusern in Europa ist weit über die Grenze der Belastbarkeit hinaus. In Belgien beispielsweise müssen, um überhaupt die medizinische Versorgung halbwegs zu gewährleisten, auch positiv getestete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern arbeiten, sonst könnte man es gar nicht schaffen.

Auch in Frankreich und anderswo sind die Betten zum Teil voll und in einzelnen Regionen überfüllt. Unsere unmittelbaren Nachbarn sind genauso stark betroffen, zum Beispiel Tschechien. Als wir vor einer Woche hier zur Regierungserklärung diskutiert haben, lag die 7-Tage-Inzidenz in Tschechien bei 500. Jetzt liegt sie bei über 800; sie hat sich fast verdoppelt.

Nahezu überall, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird bei entsprechend hoher Infektionszahl mit Lockdowns gearbeitet, und zwar Lockdowns, die deutlich härter sind als jene, die Deutschland hatte, und als das, was wir für die nächsten vier Wochen planen – übrigens meist mit drastischen Ausgangssperren wie in Frankreich und Spanien, und nicht nur geplant für eine kurze Zeit, sondern für einen sehr langen Zeitraum. In Europa besteht eine extreme Herausforderung durch Corona – in Deutschland aber auch. Seien wir ehrlich: Die Entwicklung ist besorgniserregend.

Die Kanzlerin wurde vor zwei Wochen kritisiert, als sie sagte: Wenn wir nichts ändern, könnte es sein, dass wir bis Weihnachten 19.000 Infektionen am Tag haben. – Sie sagte: "bis Weihnachten". Gestern Rekord, heute auch wieder Rekord: über 18.000, und wir haben noch nicht einmal den November erreicht. Weite Teile Deutschlands, kann man sagen, sind Risikogebiete, und in vielen Regionen ist die Pandemie zum Teil außer Kontrolle, und etliche Gesundheitsbehörden sagen von sich aus: Wir können die Infektionen nicht mehr nachverfolgen. Bitte rufen Sie selbst, wenn Sie infiziert sind, andere an. – Das heißt, wenn die Infektionsketten nicht mehr verfolgt werden können, ist es schwer, dies einzudämmen.

Auch Bayern ist wieder voll erfasst: vorgestern über 3.000 und auch heute laut RKI wieder über 3.000. Dies sind – nur damit es jeder weiß – mehr, als wir als Höchststand im Frühjahr an täglichen Infektionen hatten; und die Entwicklung geht sprunghaft nach oben. Nur zum Vergleich ungefähr die Zahlen im Schnitt: Vor einer Woche hatten wir über 2.000 und vor zwei Wochen über 1.000 – 1.000, 2.000, 3.000. Wenn die Entwicklung so weitergeht, können Sie sich ausrechnen, was passiert. Die Inzidenzzahl liegt in Bayern am heutigen Tag bei 114,1. Das ist Platz 6 in Deutschland; aber das ist kein Anlass, die Lage weniger schwierig einzuschätzen. 114 heute, vor einer Woche 66, also fast verdoppelt.

Wenn man sich die Zahl der roten Gebiete anschaut, der einzelnen Regionen, stellt man fest, dass diese überall in Bayern gewachsen sind. Vor einer Woche war es ein Landkreis bzw. eine Region mit über 200, jetzt sind es 5, heute weist einer sogar über 300 aus. Letzte Woche waren es 10 über 100, also dunkelrot; jetzt sind es 42 über 100. Vor einer Woche gab es 15 Landkreise oder Städte, die unter der 35er-Marke lagen, also im grünen Bereich; jetzt gibt es keinen einzigen mehr. Das heißt, Corona ist flächendeckend da, überall, und die Entwicklung ist zwangsläufig überall gleich.

Jetzt kommt die Entwicklung, anders als noch vor einigen Wochen erhofft, überall, auch in Bayern, in den Krankenhäusern an. Die Zahl der belegten Betten steigt deutlich. Es gibt in einzelnen Regionen, zum Beispiel im Schwäbischen, erste Engpässe, vor denen die örtlichen Mediziner warnen. Die Zahl der mit COVID-Patienten belegten Betten in Bayern hat sich in den letzten sieben Tagen um 70 % erhöht. Der Verband der Intensivmediziner in Deutschland warnt vor einer raschen Überforderung des Gesundheitssystems. Die Vereinigung der Pflegenden sagt ausdrücklich: Achtung, es geht nicht nur um Betten; auch wir werden bald an die Grenzen stoßen.

Eines ist klar: Wenn in den Krankenhäusern die Versorgung nicht mehr gewährleistet ist, obwohl wir viel mehr Intensivbetten als im Frühjahr haben, wird es gefährlich. Bitte vergessen Sie nicht: Wir haben in Bayern im Vergleich zum Frühjahr die Zahl der Intensivbetten um 30 %, zum Teil um 50 % erhöht. Trotzdem stoßen wir jetzt so langsam an die Grenzen. Klar ist: Wenn die Grenzen ausgeschöpft sind und es keine Möglichkeiten mehr gibt, angemessen zu verteilen, wird die Gefahr für den einzelnen Patienten dramatisch höher; denn auch die Zahl der Todesfälle nimmt zu, meine Damen und Herren.

Ein rechnerisches Beispiel: Corona hat sich in seiner Dynamik und Gefährlichkeit nicht verändert. Je mehr Infektionen, desto mehr Erkrankte, und je mehr Erkrankte, desto mehr am Ende leider auch Todesfälle. Gestern waren es in Frankreich gleich 241 an einem Tag, in Deutschland 90 und bei uns in Bayern gestern – sehr hoch – 17. Das war eine Verachtfachung innerhalb einer Woche. Zum Glück sind hier die Sprünge noch nicht so hoch, was übrigens auch daran liegt, dass durch die Schutzmaßnahmen in Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern dort insgesamt schon eine dämpfende Wirkung vorhanden ist. Nur: Wenn es mit der Steigerung der Infektionszahlen so weitergeht, dann wird sich auch hier die Zahl dramatisch verändern.

Ich möchte Sie wirklich nicht mit Zahlen langweilen, aber diese verschiedenen Zahlen dokumentieren eines: Es ist ernst; und ich bitte auch, eines immer zu sehen: Hinter jeder Zahl stehen unzählige Schicksale. Deshalb ist eines ganz klar: Corona bleibt gefährlich, und zwar genauso wie im Frühjahr. Corona nimmt zu und springt und wandert von der jüngeren in die ältere Generation hinein. Wenn wir nichts tun, hat dies dramatische Folgen. Für alle, die sagen "Nun gut, nur die Todeszahl ist entscheidend", zwei Beispiele, Berichte von zwei Menschen, die Corona hatten und haben und den Medien berichtet haben, was dies bei ihnen auslöst: Eine 56-jährige Frau hat auf "focus.de" gesagt – Zitat –:

Ich habe immer weniger Luft bekommen. Ich konnte nicht mehr schlafen. Die Angst zu ersticken war jede Sekunde da. Ich träume katastrophal. Ich war vor Jahren an Krebs erkrankt, doch die Erfahrungen der letzten Wochen sind weit aus schlimmer.

Eine andere Frau in der "Apotheken Umschau":

Das Atmen fiel mir auf einmal so schwer. Alles fiel auf einmal schwer. Es ist, als hätte jemand den Stecker gezogen.

Warum sage ich das? – Corona verursacht bei vielen leichte Symptome, bei manchen schwere, dauerhafte, und bei manchen führt es auch zum Tod. Deshalb ist es, glaube ich, Zeit zu handeln, Zeit aufzuwachen. Ist dieses Handeln jetzt nur die Meinung der Politik oder meine persönliche? Ist es nur eine Einzelmeinung? – Nein, meine Damen und Herren. Es gibt – wie noch nie in der jüngeren Geschichte – einen dramatischen Appell der großen Wissenschaftsinstitutionen Deutschlands, also der Crème de la Crème der Forschung und der Wissenschaft in unserem Land, die sich zusammengeschlossen haben. Das gibt es ganz selten. Deutsche

Forschungsgemeinschaft, Leopoldina, Fraunhofer, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz, Helmholtz, alle zusammen haben eine Erklärung verfasst. Das war nicht ein Wissenschaftler, nicht ein Experte, sondern alle zusammen haben abgestimmt eine Erklärung verfasst, wie wenn ein Landtag oder verschiedene Fraktionen etwas verabschieden. Sie alle richten an uns einen dringenden Appell, der unter der Überschrift steht: "Es ist ernst." Sie kommen in ihren Berechnungen zu dem Ergebnis: Wenn wir jetzt nicht handeln, kommen wir Ende November auf 90.000 Infektionen pro Tag. Zitat: "Die Fallzahlen müssen jetzt reduziert werden, bevor die Bettenauslastung in den Kliniken kritisch ist." Die Forscher befürchten dann im selben Zusammenhang einen enorm hohen Anstieg der Sterbezahl. Sterbezahl – manche sagen, ob im Parlament oder auch in verschiedenen Kommentaren: Na ja, Sterben gehört zum Leben. Wir müssen uns einfach auch damit anfreunden beziehungsweise dies akzeptieren.

Müssen wir das wirklich? Wie viele soll man akzeptieren, meine Damen und Herren? Gibt es dafür eine bestimmte Zahl, bis ein Landtag oder eine Gesellschaft etwas akzeptiert, eine Grenze, ein Limit? Wer legt das fest? Eine Regierung oder möglicherweise sogar der Landtag? Gilt das nur für die anderen, oder ist man auch bereit, es für die eigene Familie zu akzeptieren? Ich sage Ihnen aus meiner persönlichen tiefen Überzeugung: Ich bin entsetzt über eine solche Debatte. Sie stellt unsere gemeinsamen Prinzipien des Lebensschutzes einfach auf den Kopf. Ich finde es ethisch nicht akzeptabel, aus Bequemlichkeit oder Hedonismus das Leben anderer zur Disposition zu stellen. Natürlich gehört der Tod zu unserer Existenz und zu unserem Leben, das ist doch klar. Aber noch nie hat man bei einer Seuche oder Pandemie die Aufgabe, zu schützen, die Ausbreitung zu verhindern und Leben zu retten, negiert. Ich finde – und das ist meine ganz persönliche Überzeugung –, jedes Leben ist gleich viel wert, und jedes Leben in Bayern verdient es, von uns allen gerettet zu werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall)

Übrigens war auch die Strategie des Durchseuchens noch nie erfolgreich; sie wurde auch noch nie angewandt. Die WHO hat dies dokumentiert. Es wäre das erste Mal, wenn man das probiert. Für Deutschland brauchten wir ungefähr, wenn wir eine sogenannte Herdenimmunität – ein furchtbares Wort, wenn ich das sagen darf – von circa 60 % erreichen wollten, pro Tag ein Jahr lang 136.000 Fälle und in Bayern 21.500 Infektionen – pro Tag ein Jahr lang! Was das für die Krankenhäuser und für die Situationen allgemein bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Deswegen ist nach allen Überlegungen, nach einem Abwägen, nach einem Reflektieren, nach einem Überprüfen, nach einem Fragen, wie es bei anderen läuft, am Ende die einzig sinnvolle und ethisch vertretbare Strategie eine Eindämmung.

Wie geht eindämmen? – Die Kontakte müssen reduziert werden. Wie viele? – Die harte und deutliche Empfehlung unserer Experten und Wissenschaftler lautet: Drei Viertel der Kontakte müssen runter. Zitat der großen Forschungsgemeinschaften: Eine Halbierung reicht jetzt nicht mehr aus, um die Zahl der Neuinfektionen pro Woche zu senken.

Das heißt, wenn wir früher vielleicht mehr gemacht hätten, müssten wir jetzt weniger tun. Umgekehrt bedeutet das aber auch: Wenn wir später handeln, bedarf es noch einschneidenderer Maßnahmen. Deswegen ist klar: Je früher, je besser, und auch so lange, damit es wirkt. Keiner soll mit einem Rückfall konfrontiert werden, und jedem muss klar sein: Die Zahlen werden nächste Woche erst einmal steigen. Warum? – Jede Maßnahme braucht ungefähr zwei Wochen, bis sie wirkt.

Die Zahlen, die wir heute haben, sind leider die Infektionszahlen von vor zwei Wochen. Die Wahrheit ist daher, dass wir am heutigen Tag in der Realität wahrschein-

lich deutlich höhere Infektionszahlen haben. Deswegen handeln wir alle jetzt. Ab nächsten Montag fahren wir bis Ende November das öffentliche Leben herunter; es ist ein Lockdown light. Er ist deutlich milder als im Frühjahr und viel, viel weniger als das, was im Moment in Europa passiert.

Wir haben ganz bewusst entschieden, bestimmte Bereiche an Kontakten vom Herunterfahren auszunehmen. Dies ist übrigens der Unterschied zum Frühjahr; das ist keine medizinische, sondern eine, wie ich denke, politische, gesellschaftliche Priorisierung. Wir haben uns entschieden, die Schulen, die Kitas, die Unis und die Bildung, aber auch die Wirtschaft und den Handel, weil es um Arbeitsplätze geht, offen zu halten; diese Bereiche sollen so lange wie möglich geöffnet bleiben.

Ich sage noch einmal – ich glaube, wir alle haben dasselbe Verständnis –: Schulen und Kitas offen zu halten, ist für uns eine Priorität. Wenn jedoch Infektionen auftreten und wenn die Infektionslage vor Ort anders ist, dann muss man aber auch da entsprechend handeln. Das Ziel ist allerdings, das offen zu halten. Warum? – Kleine Kinder brauchen Unterricht, sonst ist manches nur schwer aufzuholen. Zudem haben bildungsfernere Familien sonst mehr Schwierigkeiten, für ihre Kinder den Anschluss zu halten. Wir wollen keine Corona-Zweiteilung in der Schule. Darüber hinaus geben Schule und Kita einen unglaublich sozialen Halt, und zwar insbesondere den Familien mit einem schwierigen Umfeld. Keiner darf sich aber täuschen: In Bayern gibt es 1,7 Millionen Schüler, und wenn wir die Eltern hinzurechnen, dann ist das natürlich ein ganz, ganz großes Kontaktfeld.

Meine Damen und Herren, wenn man so entscheidet, dass auf der einen Seite der Handel und die Wirtschaft – also der Erhalt von Arbeitsplätzen – und auf der anderen Seite Schule und Kita für uns Priorität haben, dann muss man sich überlegen, wo man woanders die Kontakte reduzieren kann. Das ist einfach eine Rechnung, die man dann machen kann.

Alle Ministerpräsidenten und die Bundesregierung haben sich entschieden, dort anzusetzen, wo es nun einmal gehen kann, und zwar im Freizeitbereich, in dem der eine oder andere Kontakt vielleicht leichter zu reduzieren ist. Viele sagen jetzt: "Aber doch nicht bei mir, nicht in meinem Bereich", und berufen sich darauf, dass das RKI keinen Beleg geliefert hätte, dass bei ihnen eine Infektionsgefahr bestünde. Kann man das so sagen? Ist für bestimmte Bereiche tatsächlich ein Persilschein erstellt worden?

Wenn man genau hinsieht, sagt das RKI, dass man bei 25 % der Infektionen einen eindeutigen Beleg hätte, bei 75 % hingegen nicht. Ich darf Ihnen versichern, dass diese Zahl Woche für Woche eher steigt. Wir haben nicht mehr die Situation, dass eine Hochzeit, eine Veranstaltung, ein Erntehof oder ein Schlachthof – dort gab es heute in einem anderen Bundesland einen großen Ausbruch – die Hauptinfektionsquelle ist, sondern es gibt mittlerweile ein sehr, sehr breites, diffuses Geschehen. Es gibt also keinen Beleg dafür, wo eine Infektion stattfindet, aber es gibt auch keinen Gegenbeleg, wo sie nicht stattfindet.

Bei bestimmten Infektionsgeschehen reden wir von Wahrscheinlichkeiten, aber Gewissheiten gibt es nicht, und deswegen müssen wir Kontakte reduzieren. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich das sage: Viele erklären mir, dass bei ihnen gar nichts passieren könne. Wenn das jedoch so wäre, hätten wir nicht diese hohen Infektionszahlen.

Die deutsche Politik hat in dieser Woche, das wurde vorhin auch schon von der Präsidentin erwähnt, eine gute und wichtige Entscheidung getroffen. Alle – die Ministerpräsidenten, die Bundesregierung und gestern im Wesentlichen auch der Bundestag – haben sich hinter dieses einheitliche, klare und, wie ich denke, für alle Bürgerinnen und Bürger verständliche Konzept gestellt. Mein Respekt und Dank

gilt dabei vor allem denjenigen Ländern, die noch keine so hohen Infektionszahlen verzeichnen und diesen Weg mit einschneidenden Maßnahmen trotzdem mitgehen.

Die Entscheidung erfolgte auch überparteilich – ob das die GRÜNEN in Baden-Württemberg mit dem von mir sehr geschätzten Winfried Kretschmann an der Spitze oder SPD-geführte Länder waren. Ich erwähne besonders Frau Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern; dort ist die Inzidenzzahl noch sehr niedrig. Ich erwähne auch ausdrücklich die FDP; denn in allen Landesregierungen mit einer FDP-Beteiligung – sei es in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz oder in Nordrhein-Westfalen – trägt sie die Verantwortung in dieser schwierigen Zeit mit.

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass die demokratischen Parteien in schwierigen Zeiten, wenn es ernst wird, bei allen Unterschiedlichkeiten im Detail und jenseits der Pandemie natürlich auch in vielen staatspolitisch wesentlichen Auffassungen bewusst an einem Strang ziehen. Ich richte das für Bayern bewusst auch an die FREIEN WÄHLER: Lieber Hubert Aiwanger, Herr Streibl, Ihnen und Ihrer Fraktion meinen Dank dafür. Im Übrigen danke ich auch Ihnen allen im Landtag für die Bereitschaft zur ernsthaften Diskussion.

Sowohl an meine Fraktion als auch an die Fraktion der FREIEN WÄHLER gerichtet sage ich: Die Staatsregierung war seit Beginn der Pandemie handlungsfähig, und sie bleibt es auch. Dafür ein herzliches Dankeschön! Zugleich ist das auch ein gutes Signal für die Bürgerinnen und Bürger; denn das Schlimmste wäre, wenn sie den Eindruck hätten, dass die Politik in Deutschland oder in Bayern nicht handlungsfähig wäre. Wir müssen den Menschen ein Vorbild sein, und zwar auch durch klare Entscheidungen und Empfehlungen. Allen, die dabei mithelfen, vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was tun wir jetzt? – Anders als im Frühjahr gibt es keine Ausgangsbeschränkung oder Ausgangssperre, wie das in anderen Ländern der Fall ist, sondern es gibt – darauf haben wir uns einheitlich verständigt – vor allem im privaten Bereich eine Kontaktreduzierung, eine Kontaktbeschränkung; denn hier ist leider, das wissen wir, die Wahrscheinlichkeit für eine Infektion relativ hoch.

Ich habe übrigens auch keine Lust, das immer mit Vorwürfen zu verbinden. Wenn man einen Geburtstag feiert, eine Hochzeit oder eine private Veranstaltung hat, ist es nicht leicht, so Abstand zu halten wie vielleicht hier im Landtag, bei anderen Veranstaltungen oder im Einzelhandel. Das ist viel, viel schwieriger; ich weiß das. Natürlich umarmt man seine Familie und möchte diese menschliche Nähe auch weiterhin genießen. Das ist ein Teil unserer menschlichen, sozialen Existenz; das ist doch klar.

Dennoch müssen wir versuchen, hier Leitplanken zu definieren. Alle haben sich deswegen auf eine vierwöchige Kontaktbeschränkung verständigt. Das heißt, erlaubt sind nur noch Treffen von zwei Familien oder zwei Hausständen oder maximal zehn Personen. Das heißt nicht zehn verschiedene Personen, sondern im Grundsatz zwei Personen – zwei Familien, quasi zwei Hausstände, jeweils vertreten durch eine Person.

Dies gilt für alle Bereiche – für draußen und innen. Draußen, das sage ich ausdrücklich, kontrolliert auch die Polizei, wenn es um die Ordnungsmäßigkeit wie das Tragen der Maske geht. In der Wohnung ist das natürlich, das wollte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen, nicht der Fall; diesbezüglich ist auch keine Änderung geplant.

Ausdrücklich darf ich auch sagen, dass es keinen Aufruf gibt, Hinweise darauf zu geben. Wir hatten gestern eine Pressekonferenz, und es war schon beachtlich, dass keiner der anwesenden Journalisten das so interpretiert hat. Ein solcher Aufruf war auch weder angedacht noch beabsichtigt; das wollte ich hier noch einmal für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes klarstellen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kontakte reduzieren, Veranstaltungen absagen, Freizeiteinrichtungen schließen und, was viele besonders trifft, die Gastronomie und die Kultur herunterfahren: Ich weiß, auch das sage ich ausdrücklich, dass das viele sehr hart trifft. Es geht um Existenzen, es geht um Kreativität. Es geht um den eigenen Beruf und damit auch um die eigene Identität. Es trifft die Gastronomie, die Hotels, die Theater, die Kultur – es trifft viele Aktivitäten.

Ich möchte auch ausdrücklich meinen Dank und meinen Respekt äußern. Viele haben sich unglaublich Mühe gegeben, eine Menge investiert und ihre gesamte Geschäftsidee umgestrickt, umgestellt, um die Hygieneanforderungen zu erfüllen. Das ist nicht vergeblich, sondern diese Konzepte werden, wenn wir in den nächsten Wochen hoffentlich wieder eine bessere Zeit haben, dann vernünftig sein.

Bei einer solch hohen Zahl an Infektionen, wie wir sie im Moment haben – die Kanzlerin hat das gestern auch schon im Bundestag gesagt –, ist jedoch auch klar, dass leider viele der Konzepte nicht die Wirkung haben werden, die man sich eigentlich erhofft hat. Es wird häufig argumentiert, dass es dann einfach mehr private Feiern geben werde. Ich glaube das nicht; denn es gibt die Kontaktbeschränkung – das hat übrigens auch beim ersten Mal geklappt. Die umgekehrte Argumentation wäre ja, man müsste sogar mehr erlauben, um das abzudecken. Ich glaube, die Bevölkerung macht an der Stelle besser mit, als die meisten glauben.

Aber wir haben eines gesagt: Wenn es Einschränkungen gibt – und es ist eine schwerwiegende Einschränkung, wenn man jemandem sagt: Du musst deinen Betrieb, dein Geschäft jetzt für vier Wochen zumachen –, dann braucht es dafür auch einen Ausgleich. Und dieser Ausgleich, der gemacht wird, ist schon einzigartig: 10 Milliarden Euro von Bundeseite. Der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister haben das gestern in der Großen Koalition noch mal dokumentiert. Das ist schon ein einzigartiges Programm: für einen Monat 10 Milliarden für bestimmte Branchen. Ich glaube, so etwas gab es in Deutschland noch nie.

Dies gilt für alle Unternehmen und Solo-Selbstständigen, für alle Einrichtungen, die betroffen sind. Das betrifft nicht nur die Gastronomie, sondern auch den ganzen Bereich der Kultur. Wer bis zu 50 Mitarbeiter hat, bekommt 75 % des Umsatzes im November 2019. Man bekommt also 75 % vom November-Umsatz des letzten Jahres. Wenn man mehr Mitarbeiter hat, also vielleicht 60 oder 70, erhält man bis zu 60 %, vielleicht noch mehr. Das ist das, was beihilferechtlich geht.

Es gibt also 75 % des Umsatzes vom letzten Jahr. Ich bin übrigens fest davon überzeugt und bin mir sicher: Viele hatten im letzten Jahr einen deutlichen höheren Umsatz im November, als sie ihn jetzt je im November 2020 erzielen könnten.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

Denn es ist ohnehin weniger Platz in den Einrichtungen, und seien wir ehrlich: Sehr viele Menschen werden aufgrund der hohen Infektionszahlen jetzt auch nicht mehr so unbedenklich in Gastronomie und Kultur gehen.

(Zuruf: Das ist Planwirtschaft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen finde ich: Unter dem Gebot der Vernunft, unter dem Gebot der Sicherheit ist das ein sehr fairer Ausgleich. Jetzt muss eben auf Bundesseite dafür gesorgt werden – da müssen alle mithelfen, soweit Landesstellen betroffen sind, wir auch –, dass die Zahlung schnell, unbürokratisch und zügig erfolgt. Ich muss noch mal sagen: Dies ist vonseiten des Bundes eine wichtige Entscheidung, eine faire Entscheidung und am Ende auch ein Ausgleich, mit dem viele Unternehmen gut über diese vier Wochen kommen können. Wir unterstützen das von bayerischer Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

All die Maßnahmen, um die es geht – es sind ja viele Kleinmaßnahmen, ich brauche sie hier nicht alle noch einmal zu erwähnen, Sie haben das ja alles gelesen; heute geht es auch ein bisschen um das Grundsätzliche –, sind genau überlegt. Jede einzelne Frage wurde genau abgewogen. Das wurde nicht leichtfertig entschieden oder aus der hohlen Hand heraus gemacht, sondern man hat immer überlegt: Ist das vertretbar? Wie wirkt es unter dem Gesichtspunkt, auf der einen Seite Kontakte zu reduzieren und auf der anderen Seite eine Priorität für Schule, Kita und natürlich auch für Wirtschaft zu setzen? – Daher glaube ich auch, dass es für die nächsten Wochen als Antwort auf die steigenden Zahlen der Pandemie geeignet und verhältnismäßig ist.

Aber mir ist klar, dass das eine bittere Pille ist. Mir ist klar, das ist eine Medizin, aber die einzige, die helfen kann. Ich hoffe übrigens, dass die Dosis, so, wie sie jetzt verabreicht wird, am Ende auch reicht.

(Zuruf: Dann wollen wir nur hoffen, dass es so weit kommt!)

Kurzfristig wird jetzt hart und intensiv entschieden. Ja, ich weiß; aber das ist besser, als langfristig eine Endlosschleife bei Corona zu drehen; denn Durchseuchen ist kein Argument.

(Zuruf)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle diejenigen, die ständig nur sagen, was sie nicht wollen, müssen irgendwann auch mal sagen, was sie umgekehrt wollen. Denn nur hinzunehmen, dass sich Corona durchs Land zieht, und damit in Kauf zu nehmen, dass Menschen sterben, ist die mit Abstand schlechteste Alternative. Diese Alternative wählen wir nicht, jedenfalls nicht in der Mehrheit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Einige Strategen geben übrigens die Empfehlung: Na ja, manch einer versteht es noch nicht. Manch einer ist noch nicht bereit dazu. Lasst es halt noch ein bisschen laufen. Wenn es schlimmer wird, haben die Menschen mehr Bilder vor Augen, dann könnt ihr doch reagieren, dann ist es verständlicher.

Das mag taktisch klug sein, aber es ist weder ehrlich noch ethisch richtig. Mir kommt es manchmal so vor, wie wenn man mit einem Auto auf eine Wand zufährt. Fünf Meter vor der Wand ist auch noch alles in Ordnung. Aber ich glaube, man weiß, wie es ausgeht.

(Zuruf: Das ist eine Nebelwand!)

Deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen: Wer weiß, wie es wird, wer weiß, wie es endet, und sich nicht traut, vorher zu reagieren, der handelt schuldhaft, meine Damen und Herren. Ich finde, man muss das tun, von dem man überzeugt ist. Dies ist eine Frage der Haltung, aber vor allem der Verantwortung von Politik. Ich finde,

wir in Bayern – wie auch in Deutschland – dürfen uns nicht wegducken. Es gibt Kritik. Ja, die muss es auch geben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende müssen wir das tun, von dem wir überzeugt sind, dass es für die Menschen in unserem Land das Beste ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Einige sagen: Ist das nicht alles zu düster? – Nein, aber es ist natürlich sehr ernst. Es soll noch mal jedem klar werden, in welcher Situation wir sind. Wir müssen da ehrlich sein, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Denn wir brauchen dabei ja alle. Alle Verordnungen, die wir machen, und aller Ausgleich helfen nichts, wenn die Menschen nicht die innere Bereitschaft haben, dies auch mitzutragen und mitzugehen.

Gibt es Hoffnung? – Natürlich, auch in dunkler Zeit. Wenn wir den November gut nutzen, wenn wir alle mitmachen, wird es im Dezember wieder heller werden. Das Bundesgesundheitsministerium hat ja die vorsichtige optimistische Prognose gewagt, dass vielleicht um den Jahreswechsel ein erster Impfstoff verfügbar sein könnte. Wir werden es sehen.

Meine Damen und Herren, das alles sind ja Lichtblicke, dass uns dies nicht endlos beschäftigen wird. Jetzt aber liegt es an jedem Einzelnen von uns, damit umzugehen. Wir haben es tatsächlich selbst in der Hand. Ich glaube, dass die eigentliche Bewährungsprobe, die wir im Frühjahr schon bestanden zu haben dachten, jetzt kommt. Jetzt wird es eher schwieriger. Deswegen noch mal Danke an all die Vernünftigen, die sofort wieder mitmachen. Auch der Zuruf an den einen oder anderen Skeptiker: Es hilft jetzt wirklich, wenn wir uns alle unterhaken.

(Zuruf: Wir sollen doch Abstand halten!)

Ich bitte auch den einen oder anderen, der es grundlegend anders sieht, jetzt nicht zu versuchen, dies kaputtzumachen oder zu zerreden, sondern mitzuhelfen, dass die gesamte Gemeinschaft, dass die Menschen in diesem Land genau den gleichen Erfolg haben wie im Frühjahr.

Ich glaube, ehrlich gesagt, dass es jetzt ernster ist als im Frühjahr. Damals haben wir es gut geschafft. Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass wir auch diesmal genau diese Herausforderung bestehen und dass wir nicht in zwei, drei Monaten sagen: Hätten wir doch damals alle mitgemacht, wäre das Parlament doch genauso einig gewesen wie im Frühjahr. Daran könnte es gelegen haben, dass wir gescheitert sind.

Ich will nicht, dass wir an dieser Bewährungsprobe scheitern, und werde alles dafür tun, dass dies nicht geschieht. Wir müssen sie bestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was braucht es also? – Geduld, gute Nerven, Optimismus, vielleicht auch ein bisschen Reflexion. Diese Woche hat mir jemand erzählt, dass er mit einem seiner Bekannten geredet hat, der ihn ziemlich beschimpft hat und gesagt hat, dass er einen zweiten Lockdown auf keinen Fall mehr aushalten kann. Das könne er nicht ertragen. Derjenige, der im kirchlichen Bereich in der Entwicklungspolitik engagiert ist, sagte zu mir:

(Zuruf)

Es gibt so viele Menschen in der Welt, denen es ohne Lockdown sehr viel schlechter geht als uns in der jetzigen Situation.

(Zuruf: Oh Mann!)

Vielleicht sollten wir uns so etwas auch mal überlegen, wenn wir die eigenen Klagen immer zum Maßstab eines universellen Handelns machen wollen.

Meine Damen und Herren, deswegen sollten Sie nicht nur immer rufen und schreien, nicht nur immer jammern und vielleicht sogar hetzen. Sondern nehmen wir Rücksicht, indem wir nicht nur an uns selbst denken, nehmen wir Rücksicht auf andere. – Vielleicht übrigens auf solche, die sich schlechter schützen können als wir. Zeigen wir Verantwortung füreinander. Ich habe in dieser Woche – ich glaube, es war in einem ARD "Spezial" – ein Interview mit einer 99-jährigen Dame gesehen, das mich schon sehr bewegt hat. Sie sprach über den Schmerz, den es ihr bereitet, ihre Enkel nicht umarmen zu können – die Dame ist 99 –, nicht einmal ihre Hand zu berühren. Dennoch sagte diese Dame im gleichen Satz: Das Einzige, was wir tun können, ist, gelassen zu bleiben und die Situation anzunehmen. Nur dadurch, dass wir Rücksicht aufeinander nehmen, können wir die Entwicklung von Corona beeinflussen.

Das glaube ich auch: Nur durch Rücksicht werden wir Corona stellen, nicht durch Anbrüllen oder Schreien. Das beeindruckt Corona weniger. Deswegen bin ich überzeugt: Wenn wir alle an einem Strang ziehen, wird Bayern Corona gut überstehen. Wenn jeder mitmacht, wenn jeder hilft, wenn auch jeder andere ermutigt, dann wird es funktionieren. Meine Damen und Herren, ich finde, gerade in schwierigen Zeiten hilft ein aufmunterndes Wort. Aber nicht nur von mir oder von uns hier im Parlament, sondern von jedem Einzelnen: an Freunde, an Bekannte, an Verwandte, aber auch an Arbeitskollegen. Wer mehr Mut hat, wer mehr Optimismus hat, der darf in dieser Hinsicht den anderen anstecken. Jeder kann sich schützen, aber jeder kann auch Halt und Trost für andere spenden. Auch das ist vielleicht ein Beitrag in dieser Zeit.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Deutschland handelt bei Corona; Deutschland handelt einheitlich. Auch Bayern handelt so. Ich bedanke mich sehr für die Möglichkeit, dies heute hier im Parlament zu sagen. Ich freue mich auf die Debatte und will zum Schluss sagen: Ich glaube fest daran, dass wir diese Corona-Herausforderung bestehen. Bitte tun wir das. Tun wir das zusammen. Bleiben Sie auch weiterhin gesund, und Gott schütze Bayern!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ministerpräsident Dr. Markus Söder verlässt das Rednerpult ohne Maske)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich darf Sie formal darauf hinweisen, dass die Maske auf dem Weg vom Pult zum Sitzplatz natürlich getragen werden muss. Aber ich kann beim Ministerpräsidenten davon ausgehen, dass er es nicht absichtlich gemacht hat.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Eber-Steiner (AfD) – Unruhe)

– Nein, nein, nein! Frau Ebner-Steiner, ganz ruhig!

(Weitere Zurufe)

– Ganz ruhig! Frau Ebner-Steiner! Nein! Das wird jetzt geklärt. Wenn Sie mir zuhören, dann kann ich es Ihnen auch erklären.

(Weitere Zurufe)

Ruhe! Ruhe! Ich habe noch keinen hier im Plenarsaal abgemahnt – ich will das ausdrücklich sagen –, sondern wir haben hier im Plenarsaal immer alle ermahnt,

eine Maske zu tragen. Sie, Frau Ebner-Steiner, und auch andere wurden in den Gängen gesehen.

(Zuruf)

Ich weiß schon, was da drinsteht: wegen zwei Bestandteilen. Aber wir haben Sie angehört. Deswegen weiß ich: Der Unterschied ist, dass es hier kein grundsätzliches Problem ist. Der Herr Ministerpräsident ist praktisch immer mit Maske unterwegs. Das kann ich von Ihnen jetzt so nicht behaupten.

(Zurufe)

Ruhe!

(Weitere Zurufe)

Als Nächster hat das Wort der Kollege Ludwig – –

(Zurufe)

Ruhe!

(Glocke der Präsidentin)

Wenn sich jetzt alle abgeregt haben, würden wir weiter fortfahren. – Die zusätzliche Redezeit wird bei den Redezeiten anteilmäßig zu den 101 Minuten zugeschlagen, die vereinbart sind. – Als Nächster hat der Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute wieder vor einer Situation, die niemand haben wollte. Alle Fraktionen in diesem Hohen Haus haben in den letzten Monaten immer eines klar zum Ausdruck gebracht: Es soll keinen zweiten Lockdown geben, der ganze Branchen betrifft. Jetzt kommt es genau so, wie es keiner haben wollte. Corona überwindet die Mauern und die Gräben der Wohlstandsgesellschaft; denn es kann jeden treffen, und es trifft uns gerade alle. Diejenigen, die nicht gesundheitlich betroffen sind, sind von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Über 18.600 Neuinfektionen in Deutschland in den letzten 24 Stunden – ich glaube, das macht ganz deutlich, dass der Sommer nur eine kurze Verschnaufpause war, eine Zeit der Hoffnungen. Diese Hoffnungen haben sich für die kommenden Monate leider wieder zerschlagen.

Wir werden wieder unsere Freunde nur am Telefon sprechen oder uns per Webtool sozusagen abends virtuell auf ein Bier treffen, nicht in der Dreizimmerwohnung. Es ist richtig: Es sind geringere Kontaktbeschränkungen. Wenn wir das aber alle richtig ernst nehmen, heißt es für jeden, auch den eigenen Kindern zu erklären, vielleicht die Freunde etwas seltener zu sehen und sie dann vielleicht nicht zu sehen, wenn sie aus der anderen Kindergartengruppe kommen. Das betrifft die Menschen. Das müssen wir wissen. Das heißt auch, dass man selber, wenn man an seinem Lieblingsitaliener vorbeiradelt, der wieder geschlossen hat, vielleicht denkt: Hoffentlich schließt er nicht für immer. – Das sind Gedanken, die nachvollziehbar sind. Ich muss sagen, das zermürbt einen, das laugt einen aus, und das ist anstrengend für uns alle.

Deshalb habe ich Verständnis, wenn die Menschen in unserem Land verärgert sind über die Maßnahmen, die jetzt wieder kommen. Bei jeder Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie ist die Abwägung verdammt schwierig. Natürlich hätte man auch einen anderen Weg gehen können oder anders abwägen können. Das treibt mich persönlich um. Da mache ich kein Geheimnis draus. Ich glaube, ich kann es

nach der Debatte heute in der Fraktionssitzung für meine gesamte Fraktion sagen: Das treibt uns alle um. Ich bin überzeugt, dass es vielen von Ihnen hier im Hohen Haus genauso geht: Es treibt Sie um. Was sind die richtigen Maßnahmen, um die Infektionskurve zügig nach unten zu bekommen? Wenn uns alle das umtreibt, ist es richtig, dass wir hier im Plenum über den richtigen Weg diskutieren und debattieren. Die Debatte gehört ins Plenum und nicht sozusagen rein ins Kabinett!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich finde es wichtig, dass wir das mitnehmen. Heute haben wir eine Regierungserklärung und eine Aussprache dazu. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag. Aber bitte nehmen Sie das Anliegen dieses Hohen Hauses mit, auch zukünftig Entscheidungen wirklich hier im Parlament zu diskutieren!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, uns GRÜNE freut es und mich persönlich freut es auch sehr, dass es in diesem Land Konsens ist, dass die Schulen und die Kinderbetreuung offen bleiben – der Ministerpräsident hat es angesprochen – im Interesse unserer Kinder und von deren Bildungschancen. Wir haben die Schließung als einen der größten Fehler des letzten Lockdowns nachträglich deutlich kritisiert und sind froh, dass sich dieser Fehler jetzt nicht wiederholen soll. Wir tragen diese Prioritätensetzung zu hundert Prozent mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist aber auch klar – so ehrlich muss man sein: Wenn wir Schulen und Kindergärten offen halten wollen, dann braucht es einen ganz breit gefächerten Strauß an Maßnahmen, um Kontakte in anderen Bereichen zu beschränken. Die Gastronomie und die Freizeiteinrichtungen müssen wieder schließen. Theater, Konzertsäle und Kinos werden geschlossen, bevor sie überhaupt richtig geöffnet haben. Clubs bleiben weiterhin geschlossen. Unsere Großeltern werden weniger Besuch bekommen. Unsere Enkelkinder werden Oma und Opa weniger sehen. Den Sport trifft es relativ hart. Reisen in den Herbstferien fallen flach. Die Tourismusbranche trifft es deshalb erneut relativ hart.

Dass große Einkaufszentren weiter geöffnet haben ist ein Punkt, der die Menschen durchaus umtreibt: Ist das eine Gleichbehandlung? Die einen trifft es härter als die anderen. Da stellen die Menschen berechtigt die Frage: Warum wir und nicht die? Warum dürfen wir nicht wieder auf der Bühne stehen? Warum dürfen wir unser Lokal nicht offen lassen? Warum dürfen wir keine Gäste haben? Warum dürfen wir nicht tanzen gehen, obwohl es gute Hygienekonzepte und wissenschaftliche Studien gibt, wie Veranstaltungen sicher durchgeführt werden können? – Ich verstehe den Frust, die Enttäuschung und die Hoffnungslosigkeit dieser vielen Menschen, vor allem der Menschen in der Kultur- und in der Kreativwirtschaft, die aus dem ersten Lockdown noch nicht mal richtig herausgekommen sind, und jetzt geht es schon wieder weiter.

Eines macht diese Aufzählung ganz deutlich klar: Es ist immer ein sehr schmaler Grat zwischen einem bevormundenden und einem fürsorgenden Staat. Verbote und Verordnungen alleine werden die Pandemie nicht stoppen. Maßnahmen werden nur dann akzeptiert, wenn sie nachvollziehbar sind. Es ist wie in der Mathematik: Wir verstehen das Ergebnis besser, wenn wir den Rechenweg kennen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist aber Fakt – und der Realität müssen wir uns alle stellen: Bei 75 % des Infektionsgeschehens können wir den Infektionsherd nicht mehr richtig zuordnen. Da muss man ganz deutlich sagen: Wenn wir diesen Punkt erreicht haben, dann greifen selbst ausgefeilte Hygienekonzepte leider nicht mehr, und wir müssen andere Maßnahmen ergreifen. Die vielen guten Hygienekonzepte der Gaststätten, der Schwimmbäder, der Freizeitparks,

der Kletterhallen, der Kultureinrichtungen und vieler mehr waren aber nicht vergeblich, sondern sie werden, sobald das Infektionsgeschehen es zulässt, wieder dringend gebraucht.

Es geht jetzt darum, die Infektionswelle erneut zu brechen, sonst ist unsere Intensivmedizin schneller am Limit, als wir es denken. Das können wir nicht wollen, das können wir nicht verantworten, denn vermeidbare Todesfälle sind nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns doch noch einmal gemeinsam stark sein. Wir haben es im Frühjahr bereits einmal geschafft, die Welle deutlich abzuflachen. Ich bin davon überzeugt, dass wir es auch ein zweites Mal schaffen werden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, unsere politische Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Auswirkungen dieser Pandemie und die Gräben, die in unserer Wohlstandsgesellschaft dadurch entstehen und vertieft werden, so gut es geht, ausgeglichen werden. Alle verschiedenen Interessen sind, so gut es geht, unter einen Hut zu bringen. Das ist nicht leicht, weil diese Interessen so vielfältig sind wie unsere Gesellschaft. Zu erreichen, dass die Pandemie nicht immer mehr zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe wird, ist, glaube ich, die schwierigste Aufgabe, die vor uns allen liegt. Wir müssen den Menschen und Betrieben in den Bereichen Kultur, Gastronomie, Kreativwirtschaft, Tourismus und allen anderen betroffenen Dienstleistern Brücken in die Zukunft bauen, damit wir deren Leistung für unser Land nicht dauerhaft verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört auch ein ganz klares Zeichen an die Kulturschaffenden: Kulturbudgets sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene dürfen auch bei knapper Haushaltslage in den nächsten Jahren nicht gekürzt werden. Hier sehe ich auch die Staatsregierung in der Verantwortung, unseren Kommunen unter die Arme zu greifen. Die Härten, die wir jetzt abfedern müssen, das Geld, das wir jetzt ausgeben müssen, werden die Lasten der Zukunft sein. Wir reden gerade viel von einer starken Solidargemeinschaft, die dieses Land braucht. Da bin ich vollkommen bei Ihnen, Herr Ministerpräsident. Ich wünsche mir aber auch, dass wir diese starke Solidargemeinschaft dann einfordern, wenn es darum geht, die Schulden eines Tages abzutragen. Für uns GRÜNE heißt das, dass starke Schultern deutlich mehr leisten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die bundesweit einheitlich beschlossenen Maßnahmen, die jetzt nötig sind, tragen wir GRÜNE mit. Nicht mittragen können wir aber die Arroganz, mit der die Staatsregierung meint, in den letzten Monaten alles richtig gemacht zu haben. Es gilt auch hier: Solange man redet, erfährt man nichts. Kommunikation muss in beide Richtungen funktionieren. Auf den Rat von Expertinnen und Experten zu hören, hilft, komplexe Herausforderungen zu meistern. Die Arroganz muss wirklich aufhören. Offensichtliche Probleme müssen Sie sich endlich eingestehen und sie endlich annehmen; denn es sind Probleme, die wir dringend lösen müssen, sonst hängen wir in einem andauernden Lockdown-Pendel fest.

Ein Lockdown-Pendel, das immer wieder zurückschlägt, bedeutet Unsicherheit für uns Menschen, Unsicherheit für die Wirtschaft und Unsicherheit für unser gesellschaftliches Leben. Ein Lockdown-Pendel gefährdet Existenzen, es verursacht Insolvenzen und treibt Menschen in Einsamkeit und Depression. Deshalb müssen

wir alles daransetzen, dass diese Maßnahmen wirklich nur das letzte Mittel sind und als Ultima Ratio eingesetzt werden. Im Frühjahr waren wir eigentlich schon weiter. Damals haben wir alle gesagt, wir möchten keine Maßnahmen mehr haben, die ganze Branchen betreffen. Jetzt geht es nicht anders, das ist vollkommen richtig. Dann lernen wir aber daraus, wie wir uns darauf vorbereiten müssen, damit wir nicht nach Weihnachten und nach Silvester, wenn die Familien wieder zusammenkommen, vor dem gleichen Punkt stehen wie heute. Darauf müssen wir uns anders vorbereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat hier von Reflexion gesprochen. Erlauben Sie mir, an drei Beispielen, die ich gerne ansprechen möchte, deutlich zu machen, wo wir besser werden wollen. Wir wollen nicht deswegen besser werden, um Sie hier zu kritisieren, sondern aus folgendem Grund: Wenn wir besser werden, kommen wir, kommt das Land besser durch die Pandemie.

Das erste Beispiel ist eine Strategie für Corona-Hotspots. Das Beispiel in Berchtesgaden hat doch ganz deutlich gezeigt, dass wir dort keine richtigen Konzepte hatten. Wenn 2.500 Urlauber wieder abreisen, ohne auf das Coronavirus getestet zu werden, ist dort doch etwas grundlegend falsch gelaufen. Das hätte so nicht passieren dürfen. In diesem Bereich hat Ihre Regierung – das muss ich so deutlich sagen – deutlich versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man darf gerade in einer Ausnahmesituation Fehler machen. Es darf aber nicht der gleiche Fehler wieder passieren, den man selbst ein paar Monate vorher im Fall Ischgl noch harsch kritisiert hat. Dass sich dieser Fehler hier wiederholt hat, durfte nicht passieren. Das ist wirklich unverständlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel ist die Nachverfolgbarkeit bei hohen Infektionszahlen. Sie können derzeit bei mindestens 75 % der Fälle nicht genau sagen, wo das Infektionsgeschehen stattgefunden hat. Jetzt werden Gaststätten und Bars geschlossen. Ob das richtig oder falsch ist, lässt sich mit den Daten gar nicht so genau belegen. Sie haben es selber angesprochen: Bei 25 % des Infektionsgeschehens wissen wir, wo es stattfindet, bei 75 % wissen wir es nicht. Das heißt, wir müssen auch in diesem Bereich schlagartig besser werden. Hier erwarten wir von der Regierung, dass sie mehr investiert, um mehr zu erfahren, wo sich das Infektionsgeschehen am stärksten ausbreitet, um rechtzeitig lenkend eingreifen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur mit diesem Wissen kann ein planbares und weitsichtiges Handeln in der Pandemie stattfinden. Nichtwissen führt zu falschen oder zumindest fragwürdigen Entscheidungen. Zielgerichtete Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind so nicht möglich. Ich weiß, es wurde etwas getan, aber wir haben gemerkt, dass es nicht reicht. Jetzt müssen wir die Gesundheitsämter mit dem nötigen Personal ausstatten und ihnen die notwendigen technischen Geräte geben, damit wir Infektionscluster besser und früher aufspüren können.

Das dritte Beispiel sind Teststrategien für Schnelltests. Wir können den Stillstand des öffentlichen Lebens nicht dauerhaft staatlich finanzieren. Das kann nicht unsere Strategie sein. Wir fangen jetzt Verluste auf, um nicht später vor dem Scherbenhaufen der Pandemie zu stehen. Das ist richtig. Oberstes Ziel muss es aber sein,

eine Strategie zu finden, nach der die Menschen auch im Kulturbereich ihrer Arbeit nachgehen können. Das ist unser Ziel.

Unser Ziel ist es auch, dass ältere Menschen ihre Angehörigen ohne Angst treffen können. Und unser Ziel ist es auch, dass Schulen und Kitas offen bleiben. Das erreichen und gewährleisten zu können, kann durch den Schnelltest deutlich erleichtert werden.

Weil in diesen drei Bereichen einiges nicht richtig funktioniert, weiß die Staatsregierung auch nach acht Monaten Pandemie immer noch nicht genau, wo die größten Infektionscluster entstanden sind. Da müssen wir besser werden; denn sonst stehen wir nach Weihnachten – wir wollen doch, dass da die Menschen wieder zusammenkommen und die Familien sich wieder treffen können –, Mitte Januar am gleichen Punkt wie heute. Das soll nicht passieren. Dann bräuchten wir wieder Maßnahmen, die eine ganze Branche einschränken, die aber keiner haben wollte. Da müssen wir besser werden, und dafür haben auch Sie eine Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzte Woche hat Herr Ministerpräsident Söder in einem Interview gesagt, die Pandemie sei kein logistisches Problem, sondern nur ein "politisch-mentales". Das ist gefährlich. Die Beispiele, die ich gerade genannt habe, zeigen durchaus, dass wir Herausforderungen haben, die wir annehmen müssen.

Auf der anderen Seite konnte ich Anfang Oktober einer Pressemitteilung Ihrer Gesundheitsministerin Huml entnehmen, die Gesundheitsämter in Bayern seien bei der Nachverfolgung gut aufgestellt, es bestehe kein Handlungsbedarf. Auch das ist gefährlich. Diese Einstellung offenbart doch nur eines: Bei Ihnen fehlt es an Lernwillen. Wenn wir den Willen, dazulernen und eine positive Lernkurve zu bekommen, nicht haben, schlittern wir nur in den nächsten Lockdown, den dann wieder keiner haben möchte.

Statten Sie bitte endlich die Gesundheitsämter angemessen aus. Veranlassen Sie gezielte wissenschaftliche Studien zur Untersuchung der Verbreitung der Corona-Infektionen, nicht nur im Kulturbereich, sondern auch in den Einkaufszentren, in der Bahn und so weiter. Arbeiten Sie mit Medizinstatistikern zusammen, und schaffen Sie die Datengrundlage für zielgerichtete Maßnahmen. Corona wird uns länger begleiten. Die Rasenmähermethode, die wir jetzt anwenden, müssen wir anwenden, weil wir kaum eine andere Möglichkeit haben. Schön wäre es aber doch, wenn wir es jetzt schaffen, dass die Zahlen runtergehen, und wenn sie dann wieder leicht nach oben gehen, dass wir dann deutlich mehr über das Infektionsgeschehen in diesem Land wissen und früher agieren können, um nicht wieder wie jetzt eine Vollbremsung in einigen Bereichen durchführen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich ausdrücklich an all die Menschen wenden, an die Bürgerinnen und Bürger, die uns heute zuhören und zusehen, manche hoffnungs- und erwartungsvoll, manche auch skeptisch oder resigniert. Ich möchte ihnen Mut machen und ihnen ausdrücklich sagen: Sie trifft nicht die Schuld an der Situation, in der wir uns jetzt befinden. Es ist das Versäumnis der Regierung, die Ihr Vertrauen mit teils nicht nachvollziehbaren Maßnahmen verspielt hat und die es versäumt hat, andere Maßnahmen richtig zu erklären.

(Widerspruch)

Ich habe gerade genau angesprochen, worum es geht. Ich habe drei Beispiele dafür genannt, wo wir das Infektionsgeschehen besser kontrollierbar machen können. In diesen Bereichen haben wir gewaltigen Nachholbedarf. Das wissen wir seit acht Monaten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da darf man schon die Frage stellen, warum diese Aufgaben von einem Ministerpräsidenten, der früh genug vor der zweiten Welle gewarnt hat – das hat er gemacht –, nicht wahrgenommen werden. Dann kann man sich auch darauf vorbereiten. Das darf man ansprechen, sehr geehrter Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Botschaft dieses Tages ist aber auch: Beim Kampf gegen die Corona-Pandemie kommt es auf uns alle an. Es kommt auf uns an. Wir alle müssen das Infektionsgeschehen mit Ein- und Umsicht im Alltag deutlich drücken. Fangen Sie jetzt damit an und bitte nicht erst ab Montag!

Ich glaube an Sie, und ich glaube an uns. Ich weiß: Es wird uns gemeinsam gelingen, die Pandemie auch ein zweites Mal zu besiegen. Es liegt an uns allen, an Ihnen und uns Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hartmann, es gibt eine Zwischenbemerkung. – Ich erteile dem Kollegen Winhart zur Zwischenbemerkung das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Hartmann, Sie haben gerade bekräftigt, dass Sie sämtliche Maßnahmen mittragen. Sie lassen Ihrem Regulierungs- und Verbotswahn freien Lauf. Sie hatten beispielsweise einen Testzwang für abreisende Urlauber im Berchtesgadener Land gefordert. Gleichzeitig schmieren Sie der Bevölkerung Honig ums Maul. Sie zeigen einerseits Bedauern über geschlossene Kinos, den Ausfall von Sportveranstaltungen und darüber, dass Oma und Opa nicht mehr besucht werden dürfen.

Auf der anderen Seite haben Sie neulich einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regelungen in Gesetzesform pressen soll. Ich frage Sie offen und ehrlich: Für welchen Kurs stehen Sie eigentlich? Stehen Sie für mehr Maßnahmen, oder sind Sie gegen mehr Maßnahmen? Für was stehen Sie?

(Unruhe)

Gibt es ein Update Ihres Corona-Gesetzes, was den Lockdown angeht? Was haben wir denn zu erwarten?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wie viel Zeit bekomme ich?

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Minute.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann mache ich es kurz. – Wir stehen auf der genau anderen Seite von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen deshalb auf der anderen Seite, weil für uns der Schutz des Menschenlebens wichtig ist. Wir müssen alles dafür tun, möglichst wenige Opfer zu haben.

Was würde Ihr Kurs, den Sie immer wieder anführen, bedeuten? – Sie hätten den Leuten in Österreich und Ischgl noch empfohlen, nach Hause zu fliegen, und ihnen gesagt, es würde nichts passieren. Das wäre Ihre Politik gewesen. Wir wissen, was daraus folgt. Das ist verantwortungslos.

Für uns heißt es: Wir müssen vorübergehende Maßnahmen ergreifen, um die Fallzahlen in der Pandemie wieder deutlich zu senken. Ich bin davon überzeugt, dass wir das gemeinsam mit den Menschen und dem Großteil der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land schaffen werden. Sie brauchen wir dazu nicht.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke. – Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Lieber Kollege Hartmann, Ihre Rede hat ganz gut angefangen, als Sie die Situation analysiert haben. Sie war fast deckungsgleich mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten. Sie hat gut angefangen, als Sie die Maßnahmen begründet haben und die Bürgerinnen und Bürger angesprochen haben, die wegen Corona besorgt sind. Am Schluss haben Sie es aber doch nicht lassen können, haben die anderen angesprochen und haben von nicht verständlichen und nicht nachvollziehbaren Maßnahmen gesprochen.

Was sind die Maßnahmen denn jetzt? Sind es Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, oder sind sie nicht verständlich und nicht nachvollziehbar? Ich sage Ihnen: Dann hat der Ministerpräsident in Baden-Württemberg und dann haben die GRÜNEN in Schleswig-Holstein und all diejenigen, die dort mitgewirkt haben, ebenso nicht nachvollziehbare Maßnahmen beschlossen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, man muss ehrlich sein. Man kann nicht allen nach dem Mund reden. Man kann nicht denjenigen, die dafür sind, und denjenigen, die dagegen sind, nach dem Mund reden. Das kann man in einer so schwierigen Situation eben nicht tun.

Natürlich wollen auch wir besser werden. Der Ministerpräsident hat niemals gesagt, alles richtig gemacht zu haben. Sie haben das als Arroganz bezeichnet. Jeder weiß, dass gerade zu Beginn der Krise auch für uns alles neu war. Es gab keine Blaupause. Wir haben uns bemüht, alles richtig zu machen. Wir können sagen: Im Ergebnis haben wir dies in jedem Fall besser als andere Länder geschafft. Zum Glück! Wir haben deswegen mit Sicherheit einiges richtig gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen auch weiterhin besser werden. Wir haben bei den Gesundheitsämtern massiv aufgestockt. Wir haben dafür gesorgt, dass bei Zunahme der Infektionsfälle Zusatzpersonal herangezogen werden kann. Dies ist richtig. Soweit dies möglich ist, wurde dies getan.

Ich bedanke mich bei den vielen Mithelfenden, bei den Praktikanten und bei der Bundeswehr, die ihre Soldatinnen und Soldaten zum Zwecke der Infektionsnachverfolgung abstellt. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Sie philosophieren und fordern wissenschaftliche Nachweise über die Ausbreitung der Infektion; die Wissenschaftler sollen forschen und uns genau sagen, wo Infektionen stattfinden. Sie sollen uns sagen, ob sich Menschen im Lokal, auf der Straße oder anderswo anstecken, damit wir genau wissen, wo wir die Infektion bekämpfen sollen.

Ich sage Ihnen: Das wird ausgesprochen schwierig; denn die Infektion erfolgt zwar sofort, kann aber erst Tage später festgestellt werden.

Für mich ist klar: Jemand, der sich an vielen Orten aufgehalten hat, kann am Ende nicht mehr sagen, wo er sich infiziert hat. Dies kann im Lokal, in der Bäckerei, in der Straßenbahn, in der U-Bahn gewesen sein. Wie soll die betroffene Person das beurteilen? Das wird sich auch wissenschaftlich schwer nachvollziehen lassen.

Die einzige Chance besteht darin, das Problem mit Technik zu lösen. Hier sind wir in Deutschland nicht auf dem neuesten Stand. Dies könnte mithilfe einer App geschehen, die wesentlich mehr Daten zur Verfügung stellt, als dies bisher der Fall ist. Derzeit bekommen nicht einmal die Gesundheitsämter Nachricht, wenn sich eine Person infiziert hat. Die aktuelle App zeichnet auch nicht auf, wo die Infektion erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, es gäbe eine App, die anonym angeben könnte, wo und wann der Kontakt mit einer infizierten Person stattgefunden hat. Stellen Sie sich vor, diese App wäre weit verbreitet. Dann könnte man – ohne dem Einzelnen zu schaden – sagen, wo die Infektion stattgefunden hat, meine Damen und Herren. Wir denken immer noch zu wenig an Freiheitsrechte und zu viel an den Datenschutz.

Meine Damen und Herren, dies müssen wir überprüfen. Es hat keinen Sinn, den Datenschutz in vollem Umfang zu gewährleisten, die Freiheitsrechte des Einzelnen aber einzuschränken. Ich sehe darin die besten Möglichkeiten, um weitere Erkenntnisse zu bekommen und die Pandemie entsprechend zu bekämpfen, wie dies in anderen, vor allem demokratischen Staaten, zum Beispiel in Asien, möglich ist. Manche dieser Staaten gehen aber zu weit. Liebe Freunde, darüber müssen wir einmal ganz objektiv sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Die Corona-Situation ist weiterhin dramatisch. In unseren Nachbarstaaten sind die Gesundheitssysteme schon vielfach an ihre Grenzen gekommen. Dort, wo der Corona-Dynamik nicht Einhalt geboten wird, steigen die Zahlen und damit zwangsläufig auch die Zahlen der Schwerkranken und Toten. Das ist keine Dramatisierung oder Überzeichnung. So war es im Frühjahr, und so ist es auch heute leider wieder vielfach Realität in Europa.

Die Präsidenten der nationalen Akademie Leopoldina und wichtiger Forschungsorganisationen wie der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft sowie die Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben uns am Dienstag eindringlich zum Handeln aufgefordert. Sie haben diesen Appell anschaulich unterlegt. Die Wissenschaftler haben die Zahl der Neuinfektionen pro Woche seit dem 1. Oktober und deren exponentielle Fortsetzung skizziert. Sie haben die Sterbezahlen vorausgerechnet, die sich bei einem unveränderten Fortgang ergeben. Sie haben die Weiterentwicklung der täglichen Neuinfektionen prognostiziert. Das Ergebnis kennen wir: Wenn wir nichts tun, zeigen die Kurven steil, und zwar beängstigend steil, nach oben. Jeder, der noch immer verbreitet, Corona sei weniger gefährlich als eine Grippewelle, oder die Lage mit Verweis auf die heute noch freien Intensivbetten schönredet, der sollte diesen Bericht einmal lesen. Das Fazit dieses gebündelten wissenschaftlichen

Sachverstandes lautet: Die Anzahl der Kontakte muss drastisch reduziert werden, nämlich auf ein Viertel, und es muss deutlich, schnell und nachhaltig reagiert werden.

Alle anderen Konzepte haben bisher nicht überzeugt. Schweden hat sich mit seinem Sonderweg im Frühjahr enorme gesundheitliche Schäden aufgeladen. Wirtschaftlich hat es davon aber nicht profitiert. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hatte Schweden zehnmal so viele Tote wie Norwegen und Finnland, und unter den skandinavischen Ländern steht die schwedische Wirtschaft heute mit Abstand am schlechtesten da. Ein schlechtes Ergebnis, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Österreich, das im Frühjahr einen konsequenten Weg eingeschlagen hat, hat, wie sich jetzt zeigt, im Sommer viel zu früh und zu weitgehend gelockert. Wer im Sommer in Österreich gewesen ist, der ist sich vorgekommen, als ob es die Pandemie überhaupt nicht geben würde. Die Fakten sprechen heute für sich. Die Lage dort ist dramatisch.

Umso mehr danke ich deshalb unserem Ministerpräsidenten Markus Söder und den übrigen Regierungschefs der Länder, die mit der Bundeskanzlerin am Mittwoch weitreichende Beschlüsse auf den Weg gebracht haben, um Deutschland hoffentlich vor dem zu bewahren, was anderenorts bereits traurige Corona-Realität ist. Mein Dank gilt auch der Bayerischen Staatsregierung, die die im Bund getroffenen Beschlüsse in Bayern eins zu eins umgesetzt hat.

Dieses Maßnahmenpaket wird das Leben von uns allen wieder deutlich einschränken. Die neuen Regeln sind einschneidend, aber sie sind notwendig und gerechtfertigt, und sie sind auch verhältnismäßig. Sie sind unsere einzige Chance, um hoffentlich mit einem blauen Auge davonzukommen.

Wir müssen unsere Kontakte einschränken, damit sich das Virus nicht noch weiter verbreiten kann. Dazu haben wir klare Prioritäten. Erstens. Schulen, Kitas und Universitäten bleiben geöffnet. Damit sorgen wir zum einen für Bildung und sichern Zukunftschancen. Wir schaffen damit aber auch die Voraussetzung, dass die Wirtschaft am Laufen gehalten werden kann.

Die zweite Priorität: Handel, Produktion und Dienstleistung laufen weiter. Eine funktionierende Wirtschaft ist der Motor für Wohlstand, für Gerechtigkeit und letztendlich auch für ein funktionierendes Gesundheitswesen; das dürfen wir nicht vergessen.

Ich will noch einen dritten Punkt ansprechen, meine Damen und Herren, der anders ist als im Frühjahr: Im Frühjahr hatten wir in der ersten Phase des Lockdown ein totales Kontaktverbot außerhalb des eigenen Hausstands. Man durfte nicht einmal, und zwar wochenlang, einen Freund treffen, also niemanden, mit dem man nicht zusammengewohnt hat. Das ist dieses Mal anders. Personen aus zwei Hausständen können sich treffen, bis zu 10 Personen. Es ist also eine wesentliche Erleichterung im Vergleich zu dem, was wir im Frühjahr gehabt haben.

Um unsere bisherigen Kontakte trotzdem um 75 % zu verringern, wie das die Wissenschaftler von uns fordern, müssen wir umso mehr die Kontakte im Freizeitbereich reduzieren. Deshalb ist das für uns alle, für uns im Parlament und für die Menschen in Bayern, ein schwieriger Tag. Wir müssen Maßnahmen beschließen, die keiner will. Wir müssen sie aber beschließen, weil sie unumgänglich sind. Das trifft erneut Gastronomie, Hotellerie, Sport, Freizeit und Kultur ganz besonders. Ich habe großes Verständnis für die Sorgen, die Wut und die Ängste aller, die davon betroffen sind. Ich weiß, wie sehr sie sich bemüht haben, Hygienekonzepte aufzu-

stellen und diese umzusetzen, und zwar in all diesen Bereichen. Ich sage aber noch mal: Das war nicht vergeblich, und zwar nicht nur in die Zukunft betrachtet. Ohne diese Hygienekonzepte wären wir meines Erachtens angesichts der vielen Kontakte, die wir im Moment haben, wesentlich früher wieder in eine kritische Situation gekommen. Die Konzepte haben sicherlich geholfen, die Ausbreitung zu vermindern. Im Moment, bei diesen hohen Zahlen, reichen sie aber nicht mehr aus.

Ich halte es deshalb für absolut richtig, dass der Bund noch einmal mit einem 10 Milliarden Euro schweren Programm einspringt, um die finanziellen Ausfälle von Unternehmen, Betrieben, Selbstständigen, Vereinen und Einrichtungen mit einer außerordentlichen Wirtschaftshilfe in Höhe von bis zu 75 % des Umsatzes zu entschädigen. Das muss jetzt unbürokratisch und schnell umgesetzt werden. Ich bitte den Bund sehr darum, auch die Existenzgründer im Blick zu behalten, die keine Vorjahresumsätze nachweisen können. Auch bei denen muss es schnell gehen. Sie sind nämlich meist die ersten, denen die Luft ausgeht, weil sie noch keine Reserven haben.

Uns ist bewusst, die Beschränkungen werden ganz sicher nicht spurlos an der Wirtschaft vorübergehen. Aber, meine Damen und Herren, nichts zu tun, alles laufen zu lassen, würde uns wirtschaftlich in eine noch viel schlimmere Lage bringen. Wirtschaftshistoriker haben mit Blick auf die Spanische Grippe, die bisher größte Pandemie der Neuzeit, klar nachgewiesen, dass dort, wo während der Grippe früh und entschlossen Maßnahmen eingeleitet wurden, der wirtschaftliche Schaden am Ende am geringsten gewesen ist. Mit anderen Worten: Nichtstun wäre auch wirtschaftlich, nicht nur gesundheitspolitisch, noch verheerender, als zu handeln. Überlegen wir uns doch, was bei den steigenden Zahlen – ich wiederhole sie nicht, der Herr Ministerpräsident hat sie genannt – mit Hotellerie und Gastronomie in den nächsten Wochen passieren würde. Was wäre, wenn die Zahlen weiter in diesem Maße steigen würden, die Krankenhäuser sich füllen würden und wir auch mehr Todesfälle zu beklagen hätten? Glaubt denn irgendjemand,

(Zuruf: Ja!)

dass die Menschen trotzdem noch in die Hotels gehen, durch Deutschland reisen würden, wenn sie wüssten, dass sie in rote Gebiete kommen, in denen die Krankenhäuser keine Aufnahmekapazitäten mehr haben? Glaubt irgendjemand, dass die Menschen in einer solch schwierigen, sich dramatisch entwickelnden Situation in großer Zahl abends weiter in die Lokale gehen und sich unter die Menschen mischen würden? – Wir müssen doch damit rechnen, meine Damen und Herren, dass das ganz von alleine massiv zurückgehen würde, weil die Menschen sich selbst so entscheiden würden. Das Schlimme daran wäre, dass das dauerhaft so wäre, meine Damen und Herren. Das würde sich dauerhaft erhöhen. Das wäre dann nicht nur im November so, sondern auch im Dezember, im Januar und im Februar. Es würde so bleiben. Das bedeutet, auf Dauer, auf lange Zeit, vielleicht bis zur Wirkung einer Impfung, gäbe es in diesen Bereichen überhaupt keine Existenzgrundlage mehr. Deshalb ist der Weg, den wir einschlagen, die Lokale und die Hotels vorübergehend zu schließen, die Zahlen zu senken, aber die Menschen zu entschädigen, der richtige Weg. Das ist auch wirtschaftlich der richtige Weg, auch richtig für die Gastronomie und die Hotellerie, auch wenn ich deren momentane Enttäuschung verstehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage aber auch: Wer sich nicht an die jetzt beschlossenen Maßnahmen hält, wer gar versucht, andere davon abzuhalten, sich daran zu halten, der setzt mutwillig unseren Wohlstand aufs Spiel, nicht nur die eigene Gesundheit und die der anderen Menschen, sondern unseren Wohlstand und das wirtschaftliche Wohlerge-

hen dieses Staates. So viel Realitätssinn sollten wir an den Tag legen. In der aktuellen Lage, bei der jetzigen Infektionsdynamik wäre ein Weihnachten im Kreis der größeren Familie für viele nicht mehr möglich und verantwortbar. Auch deshalb muss es uns gelingen, diese Infektionsdynamik zu brechen und die Zahlen nach unten zu bringen. Es geht um ein übergeordnetes Ziel, um unsere Gesundheit. Es geht darum, andere und deren Gesundheit zu schützen. Es geht auch darum, uns selbst vor Infektion zu schützen. Unser Ziel muss es sein, die Kapazitätsgrenzen bei den Kliniken nicht zu überschreiten, damit wir alle Menschen bestmöglich versorgen können, die einer stationären Behandlung bedürfen.

Ich möchte auch daran erinnern, dass unser Gesundheitssystem keine abstrakte Größe ist. Unser Gesundheitssystem hat ein Gesicht. Da sind die vielen Schwestern, die Pfleger und die Mediziner in den Krankenhäusern, in den Praxen und in den Gesundheitsämtern. Meine Damen und Herren, sie alle haben in der Corona-Realität des Frühjahrs und während des Sommers hervorragende Arbeit geleistet. Ich danke ihnen ganz herzlich dafür!

(Beifall bei der CSU)

Der Pandemie entgegenzuwirken bedeutet Arbeit für diese Menschen; denn die Menschen, die in diesem Gesundheitssystem sind, müssen neben den Infizierten am meisten darunter leiden, wenn es uns nicht gelingt, die Situation zu beherrschen. Ein Kollege, der bei einer Routineuntersuchung in einem Krankenhaus war, hat mir erzählt: Als er fertig war, habe sich eine Schwester in seinem Alter – knapp über 50 Jahre – zu ihm gesetzt und gesagt: Herr Abgeordneter, tun Sie alles dafür, dass es zu so etwas nicht wieder kommt, ich bin seit 30 Jahren in diesem Beruf, ich habe schon schwerste Dinge gesehen, aber so etwas wie den Corona-Ausbruch möchte ich nie wieder erleben. So etwas habe ich noch nie gesehen. – Das ist es, was auf die Menschen in diesen Einrichtungen zukommt. Wir alle wissen, dass es nicht einfach ist, wenn wir uns zum Beispiel die Lage in Augsburg betrachten.

Demokratie lebt vom Ringen um die besten Lösungen. Deswegen ist es wichtig und gut, dass wir heute diese Sondersitzung durchführen, über das Thema diskutieren und der Landtag durch Abstimmung zeigen kann, was welche Partei in dieser Frage vertritt.

Wir müssen aber auch sehen, dass es in dieser Situation nicht die erste Sorge der Menschen ist, wie wir formal entscheiden. Sie wollen, dass das Parlament mit-spricht. Wir werden die Zeit haben, uns zu überlegen, wie wir das zukünftig organisieren. Der Herr Ministerpräsident hat angeboten, dass er auch für Fragen und darüber hinaus zur Verfügung steht. Wir werden auch andere Wege einschlagen. Das steht jedoch momentan nicht im Vordergrund. Es ist gut, dass der Landtag in der heutigen Situation in der Lage ist zu handeln. Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt handeln!

Im Moment brauchen wir schnelle Maßnahmen der Staatsregierung. Wir haben immer noch Gefahr im Verzug. Meine Damen und Herren, was wir nicht brauchen – das sage ich ganz besonders zu einer Seite dieses Hauses –, sind populistische Verharmlosungen und beschwichtigendes Wunschdenken. Dies ist nicht angezeigt.

(Beifall)

Ich bin entsetzt, welch erschreckendes Ausmaß in den vergangenen Wochen bei Lüge, Desinformation, Verschwörung und Hass in diesen Fragen erreicht worden ist, nicht nur in den sozialen Medien, sondern leider auch in der Politik. Das Verhalten von Abgeordneten der AfD bei der gestrigen Regierungserklärung der Bundeskanzlerin war beschämend! Meine Damen und Herren, schämen Sie sich dafür!

(Beifall bei der CSU)

In der heutigen Debatte werden bestimmt noch ein paar Mal die Freiheit und die Grundrechte beschworen, zu Recht. Die Freiheit gehört ohne Zweifel zu den höchsten Gütern unserer Verfassung und unserer Gesellschaft. Dabei darf aber nicht vergessen werden: Freiheit bedeutet nicht, das zu tun, was jeder will. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seite einer Medaille. Darum geht es im Kampf gegen ein so heimtückisches Virus wie Corona. Jeder ist verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen und sich so weit einzuschränken, dass er andere so wenig wie möglich der Gefahr einer Ansteckung aussetzt, auch sich selbst nicht; denn wer sich selbst ansteckt, der wird im Endeffekt andere belasten, zum Beispiel im Gesundheitswesen.

Die Freiheit von uns allen wird dann am meisten gefährdet sein, wenn wir die grassierende Ausbreitung des Virus in den nächsten Monaten nicht in den Griff bekommen. Ich appelliere daher an alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns: Leisten Sie alle Ihren Beitrag, und zwar jetzt! Beschränken Sie Ihre Kontakte so weit wie möglich, und tragen Sie dazu bei, dass wir auch diese Bewährungsprobe gut meistern und möglichst unbeschadet überstehen! Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Krise gemeinsam meistern werden. Wir werden das Virus erfolgreich eindämmen. Wir werden es verstehen, es medizinisch immer besser zu behandeln, sodass es seinen tödlichen Schrecken verliert. Es wird uns auch gelingen, uns durch Impfung davor zu schützen.

Wenn uns das gelingt, dann können wir wieder zu einem ganz normalen Leben zurückkehren. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir uns aber alle gemeinsam anstrengen, um schwere Folgen abzuwenden. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes das machen werden. Sie werden es schaffen, genauso wie im Frühjahr. Bleiben Sie alle gesund! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer, mir liegen zwei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. Der Erste ist Herr Kollege Henkel.

Uli Henkel (AfD): Sehr geschätzter Herr Kollege Kreuzer, ich habe Ihnen und vor allem dem Herrn Ministerpräsidenten aufmerksam zugehört. Dennoch bleiben bei mir ein paar Zweifel übrig, Zweifel dahin gehend, ob die hier und heute angekündigten und ab Montag in Kraft tretenden Maßnahmen denn wirklich die Ultima Ratio darstellen und, um das große Wort zu verwenden, ob sie wirklich alternativlos sind. Sie müssen doch bei so starken rechtsstaatlichen Eingriffen die Drei-Stufen-Prüfung absolvieren. Ich frage Sie vor den Augen und Ohren der Menschen Bayerns, die Ihnen und uns heute zuhören und die von diesen Maßnahmen schwer betroffen sein werden, ob diese drei Kriterien aus Ihrer Sicht erfüllt sind, nämlich die Geeignetheit der Maßnahme, die Erforderlichkeit der Maßnahme und vor allem die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme im Hinblick auf das, was sie auf der einen Seite unabdingbar bewirkt und auf der anderen Seite hoffentlich erfüllt. Ich bitte Sie, das zu erläutern.

Thomas Kreuzer (CSU): Würde ich diese Frage ausführlich beantworten, würde die eine Minute nicht ausreichen. Herr Henkel, ich sage Ihnen: Natürlich haben wir dies geprüft. Wir haben zunächst politisch entschieden, was wir im Moment auf keinen Fall einschränken wollen. Das ist die Wirtschaft an sich, sind aber auch Schulen und Kindertagesstätten. Wir wissen, dass wir das Ziel der 75-prozentigen Kontaktreduzierung erreichen müssen. Jede einzelne Maßnahme wurde darauf geprüft, ob sie geeignet und verhältnismäßig ist. Wir haben dies bei jeder einzelnen Maßnahme bejaht. Wir sind der Auffassung, dass wir mit diesen Maßnahmen,

wenn sich die Menschen daran halten, die Kontakteinschränkung um 75 % schaffen und somit die Vorgaben der Wissenschaftsinstitute erfüllen. Damit haben wir eine gute Chance, die Zahlen, wie dies berechnet wurde, zu drücken. Ja, wir haben das geprüft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Plenk für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, wenn sich die Staatsregierung schon von den von Ihnen genannten Experten, Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Instituten beraten lässt, sollte sie die Empfehlungen und Appelle dieser Wissenschaftler auch ernst nehmen. Ein Beispiel ist die Reduzierung der Kontakte, die Sie erwähnt haben. Die Wissenschaftler meinen damit, dass Kontakte de facto reduziert werden und nicht nur auf dem Papier. Welchen Sinn soll es beispielsweise haben, dass Kinder, die am Vormittag gemeinsam in geschlossenen Räumen in der Schule Unterricht haben, am Nachmittag nicht gemeinsam Fußball spielen dürfen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Weil am Nachmittag nicht die Kinder, die in einem Klassenverband sind, gemeinsam Fußball spielen, sondern dabei wieder ganz andere Kinder zusammenkommen. Sie stammen aus dem gleichen Dorf, aus der gleichen Siedlung, aus dem Sportverein oder aus unterschiedlichen Schulen. Dann haben Sie einen zweiten regen Austausch. Wir wollen die Schule aufrechterhalten, wir wollen aber sonstige, darüber hinausgehende Kontakte vermeiden, damit es nicht zu einem erneuten Austausch und zu einer Übertragung der Krankheit kommt. Noch einfacher gesagt: Es sind nicht die gleichen Kinder, die nachmittags zusammen spielen, die vormittags zusammen in der Klasse waren. Deshalb macht diese Maßnahme Sinn.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie sprechen hier mit den leisen und bedächtigen Worten eines Märchenerzählers – so habe ich das aufgefasst – oder eines Opfers. Sind Sie ein Opfer? – Ich glaube eher, Sie sind ein Täter. Sie sind der Täter, der uns diesen Lockdown eingebrockt hat. Sie sprechen davon, dass sich die Menschen einhaken sollen. Das ist interessant in diesen Zeiten. Vielleicht haken Sie sich hier mit Ihregleichen ein; denn die anderen Leute da draußen müssen sich wohl an Ihre Regeln halten. Das tun auch die meisten. Nur Sie selbst, Herr Söder, Sie halten sich nicht an Ihre eigenen Regeln. Das haben Sie uns allen soeben in diesem Plenum demonstriert, als Sie ohne Maske vom Rednerpult weggegangen sind.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Oh!)

So sieht das mit den Regeln aus. Herr Ministerpräsident, wir sind sowieso alle überrascht, dass wir Sie hier sehen.

(Zurufe)

In den letzten vier Monaten hat man Sie nur zweimal hier im Plenum gesehen. Das zeigt auch die Bedeutung, die Sie dem Parlament beimessen.

(Zurufe)

Heute kommen Sie mal spontan und kurzfristig für zwei Tage vorbei, präsentieren sich und stellen uns vor vollendete Tatsachen. Ist das eine Mitbestimmung? – Eine Farce ist das, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Als Wissenschaftler bin ich immer ein Freund von besonnenen und wohltemperierten Worten.

(Lachen)

Aber in diesem Moment, in dem wir uns befinden, in dieser dramatischen historischen Situation zwingt mich die Lage auch einmal, hier unmissverständliche Worte zu äußern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind als Gesellschaft an einem Scheideweg: Wollen wir eine freiheitliche, eine demokratische, eine menschenwürdige Gesellschaft bleiben,

(Zurufe – Unruhe)

oder lassen wir uns von Herrn Söder in eine Gesellschaftsform führen, die Angst, Misstrauen, Denunziation und Isolation bedeutet?

(Beifall bei der AfD)

Das ist hier die Frage. In diesem Haus sind wir, die AfD, die einzige Corona-Opposition.

(Zurufe)

Aber, meine Damen und Herren, da draußen bei den Menschen gärt es bereits, nicht nur bei den Querdenkern. Ich glaube, das hat jetzt jeder mitbekommen. Wir als AfD werden in diesem historischen Moment auf jeden Fall die richtige Seite auswählen, nämlich die Seite, die für Freiheit, Demokratie und Verfassungstreue steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Nun zu Corona. Wir wissen mittlerweile: Corona ist nicht die Pest. Corona ist keine Rechtfertigung für all das, was Sie uns antun. Vor Kurzem stellte die WHO in einer Studie fest: Corona ist wie eine mittelschwere Grippe.

(Zurufe)

Heute Morgen um 9 Uhr hat die WHO ausdrücklich mitgeteilt, dass ein kompletter Lockdown genau das Falsche ist, und warnt davor. Zahlreiche Verbände und führende Virologen wie Herr Prof. Streeck stellen sich bereits jetzt gegen diesen Irrsinn, den Sie beschlossen haben. Sie, Herr Söder, sagen, die Wissenschaftler wären alle einer Meinung. Wenn es so wäre, würden erstens meine Alarmglocken schrillen, und zweitens ist es nicht so, sondern Sie nehmen immer nur die Wissenschaftler wahr, die Sie hören wollen,

(Beifall bei der AfD)

und das alles, obwohl wir alle gesehen haben, was mit den Lebensläufen geschieht, die sich Ihnen widersetzen. Ihr gesamtes Konstrukt basiert auf einem Test, der in den letzten Wochen ganz klar gezeigt hat, dass die Fehlerquote gar nicht höher sein könnte. Es gibt keine Übersterblichkeit, meine Damen und Herren. Wir

haben kaum tatsächlich kranke Menschen. Wir haben kaum belegte Intensivbetten. Trotzdem nehmen Sie dieses ganze Land in Geiselhaft.

(Zuruf)

Bereits den ersten Lockdown bezeichnete sogar Ihr Gesundheitsminister im Bund, Herr Spahn, als überzogen. Trotzdem zwingen Sie uns jetzt in einen zweiten Lockdown hinein. Hinzu kommt: Sie liefern uns überhaupt keine Belege für das, was Sie hier tun. Sie legen weder Experten noch Quellen zu Ihren Entscheidungen offen. Hier müssen wirklich alle Alarmglocken schrillen. Man kann ganz klar sagen: Die Folgen sind besonders für die Wirtschaft dramatisch. Jetzt werden mehrere Wirtschaftszweige den Todesstoß bekommen. Die gesamte Gastronomie zu schließen, alle Veranstaltungen zu verbieten, den Tourismus zu verbieten? – Sie reichen den Selbstständigen und dem Mittelstand hier den Dolch.

Die Menschen haben in den letzten Monaten ihre letzten Reserven für Ihre willkürlichen Maßnahmen gegeben: Plexiglasscheiben, Trennwände, das Personal hat stundenlang mit Masken atmen müssen, permanentes Desinfizieren, Datensammeln etc. Offenbar war das aber alles erfolglos; denn jetzt kommt Ihre zweite Welle. Ein redlicher Mensch, der ein solches Missmanagement zu verantworten hätte, hätte genug Grund, um jetzt die Konsequenzen zu ziehen, meine Damen und Herren, aber nicht Sie. Sie wollen mehr. Wann ist es genug, Herr Söder? Was wollen Sie, Herr Söder? Die Königswürde oder vielleicht sogar die Kaiserwürde zu Berlin? Wenn Sie Ihre Kanzlerkandidatur doch endlich machen würden, dann müssten wir nicht bis März warten. Dann wäre die Sache vom Tisch. Dann könnte Ihnen auch keiner unterstellen, dass Sie das alles nur aus parteipolitischen Zwecken machen. Oder worum geht es Ihnen, wenn Ihr CSU-Landrat Kern sagt: Wir werden jetzt den braven Bürgern die "Daumenschrauben" etwas enger stellen? Oder nehmen wir Ihren Koalitionspartner im Bund, Herrn Lauterbach, der sagt, Hausdurchsuchungen wären eine gute Sache,

(Zuruf)

oder Ihren Vorgänger Horst Seehofer, der von Schleierfahndungen träumt. Das sind die Fakten. Ich frage Sie: Wohin soll das führen? Wie viele Lockdowns müssen wir alle durchhalten, bis wir unser Leben wieder zurückbekommen? Ich sage Ihnen eines: Ich bin stinksauer!

(Zurufe: Oh!)

Ich sage Ihnen noch eines: Sie wollen jetzt auch noch den Katastrophenfall ausrufen. Herrgott! Ihre Politik, das ist hier der Katastrophenfall, Herr Söder!

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

So einem Mann folgen Sie, CSU, FREIE WÄHLER, leider auch SPD, GRÜNE und FDP? Auf Ihre Art werden wir dieses Virus niemals besiegen. Nein, wir müssen lernen, damit zu leben, wie mit jeder anderen Krankheit im Übrigen auch.

(Zurufe)

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar ruhigere Worte anbringen. Ich möchte an dieses Hohe Haus appellieren, nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Opposition. Ich bitte Sie: Sehen Sie sich in diesem Land um. Sehen Sie die Nöte der Menschen. Hören Sie die kritischen Stimmen aus der Wissenschaft und aus der Medizin. Reißen Sie nicht in weniger als einem Jahr das nieder, was unsere treuen Bürger in siebzig Jahren aufgebaut haben. Sie haben hier und heute vielleicht die letzte Gelegenheit, nicht als unglückliche Mitläufer in die Geschichte ein-

zugehen. Denn die Geschichte dieses Mannes ist bereits geschrieben, aber es muss nicht Ihre und unsere Geschichte sein. Wehren Sie sich für unser Land, für unsere Leute, für unsere Rechte, für die Demokratie und für die Freiheit. Zeigen Sie Haltung – jetzt!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Prof. Hahn, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste hat Herr Kollege Weidenbusch. Bitte schön, Herr Abgeordneter Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Hahn, Sie haben ständig von "wir, die AfD-Fraktion" gesprochen. Sind das die sechs Fraktionsmitglieder, die geblieben sind, oder die zwölf, die fluchtartig ihre Maske aufgesetzt haben und gegangen sind, als Sie zu sprechen begonnen haben?

(Anhaltender Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Abgeordneter Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Der Ernst des heutigen Tages ist eigentlich zu groß, um kleine, parteipolitische Dinge hier aufs Tableau zu bringen.

(Lachen)

– Ruhe bitte; denn vielleicht haben Sie Interesse an meiner Antwort. Ich hatte eben schon Ruhe angemahnt.

Ich bin dem bayerischen Volk und den Deutschen verpflichtet. Ich muss es in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender an diesem Tage tun: Ich muss die Menschen warnen, und ich nehme auch über meine Fraktion hinaus jeden dabei mit, der diesen Weg mitgehen will, und freue mich darüber, dass so viele anständige Leute hier sitzen.

Mir sei eines noch erlaubt zu sagen: Wir als AfD sind heute die Einzigen, die diesem Hohen Hause, dem Parlament, die Ehre erweisen, weil wir die Einzigen sind, die in voller Stärke hier angetreten sind,

(Unruhe)

im Gegensatz zu den halben Fraktionen, die Sie hier heute aufgeboten haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Prof. Dr. Hahn, es gibt eine zweite Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Hahn, Sie gerieren sich hier als Verteidiger der Freiheitsrechte in einer aus meiner Sicht völlig inakzeptablen Art und Weise. Ich darf Sie aber damit konfrontieren, dass Sie selbst in diesem Hohen Hause am 19.03.2020 im Rahmen der ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ganz anders gesprochen haben. Das zeigt, dass Ihre Rede heute reiner Populismus war. Sie haben damals gesagt – ich darf Sie zitieren –:

Für uns alle hier sollte momentan eines von primärer Wichtigkeit sein, nämlich die Gesundheit der Bevölkerung. [...] Den Katastrophenfall auszurufen war ein wichtiger und richtiger Schritt. Wir müssen diesen Weg weitergehen, wenn er Erfolg haben soll.

Ich darf Sie nur mal mit Ihrer eigenen Rede konfrontieren, die Sie vor weniger als sieben Monaten hier in diesem Hohen Haus gehalten haben. Das ist Populismus, was Sie heute gezeigt haben!

(Lebhafter Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich sehe, Sie haben mehr Interesse an Ihren eigenen Fragen als an meinen Antworten. Ich antworte Ihnen dennoch gerne: Als Wissenschaftler und jetzt auch als Politiker ist es mir ein Anliegen, einen Sachverhalt gemäß der aktuellen Situation zu begreifen. Wenn eine Regierung etwas macht, was dann sechs Monate anscheinend erfolglos ist, und sie diesen Kurs weiterführt, dann ist das ganz verheerend für dieses Land. Wenn eine neue Situation eintritt und ich als Politiker sechs Monate lang die Möglichkeit habe, meine Anfangsentscheidungen zu beurteilen, dann muss ich selbstverständlich jede Korrektur im Interesse der Menschen, im Interesse der Bayern, anbringen. Das sollte selbstverständlich sein. Ich würde es mir auch häufiger bei der SPD wünschen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Prof. Dr. Hahn, Ihre Redezeit ist zu Ende. Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. – Als nächsten Redner rufe ich den Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Herr Abgeordneter Streibl, bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Volkmar Halbleib, dass du den Geisterfahrern gesagt hast, dass der Abgeordnete Hahn vor sieben Monaten noch richtig gefahren ist und jetzt die Kehrtwende vollzogen hat, war ein Hinweis, der absolut notwendig war. Danke schön!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen haben wir noch gehofft, dass die Maßnahmen ausreichend sind, die Corona-Pandemie bei uns unter Kontrolle zu halten. Das immer schneller werdende Infektionsgeschehen in Bayern, Deutschland und Europa hat uns leider auf die traurige Wahrheit gestoßen, dass die Maßnahmen nicht ausreichend waren und wir jetzt handeln müssen; denn die Krankenhäuser füllen sich, die Intensivstationen werden häufiger mit Corona-Patienten gefüllt, das Pflegepersonal kommt langsam auch an seine Grenzen. Es ist jetzt nicht mehr fünf vor zwölf, es ist zwölf Uhr! Dass wir jetzt handeln, ist absolut notwendig; denn die Intensivbetten sind nicht nur für Corona-Patienten da. Andere Patienten brauchen diese Betten auch unbedingt. Wir müssen von daher unser Gesundheitssystem und unsere Gesundheitsversorgung in Bayern aufrechterhalten und schützen. Die Maßnahmen sind dazu wichtig.

Wir sehen Alarmsignale: Man kann das Infektionsgeschehen und die Infektionsketten nicht mehr nachverfolgen; bei 80 % der Personen weiß man nicht, wo und wie sie sich infiziert haben. Wir müssen uns von daher auf den schlimmsten Fall und einen Lockdown vorbereiten, den wir auch durchführen müssen, wenn wir nicht Bilder von uns sehen wollen, wie sie Norditalien im Frühjahr zeigte. Es ist wahr: Die Corona-Pandemie ist die größte Herausforderung, der wir uns seit dem Zweiten Weltkrieg zu stellen haben. Das verlangt von uns allen, dass wir zusammenhalten und zusammenstehen. Das ist auch unsere Pflicht als Parlament, sich dieser Herausforderung anzunehmen, Signale zu setzen und auch jenen eine klare Kante zu zeigen, die das alles verleugnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte an der Stelle auch allen danken, die in Gesundheitsämtern, in den Kliniken oder Pflegeeinrichtungen gegen Corona kämpfen. Ihnen allen ein Dankeschön dafür, dass sie hier ihre Frau bzw. ihren Mann stehen und für unsere Gesundheit sorgen.

Meine Damen und Herren, wir müssen zusammenhalten, wir müssen Solidarität zeigen. Wir müssen das Akzeptieren lernen und die jetzige Situation akzeptieren; das heißt, wir müssen lernen, mit Corona zu leben. Das zeigt, dass wir die Situation begriffen haben. Manche haben die Situation leider noch nicht begriffen.

Ein großes und schönes Signal ist der Schulterschluss von 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die sich zusammengesetzt, die Gefährlichkeit der Situation erkannt und eine einheitliche Linie für die Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen haben. Wir hatten bis dato keine einheitliche Linie in Deutschland. In jedem Bundesland galten andere Regelungen. Wir haben jetzt endlich die Chance, dass gleiche Regelungen überall gelten, was das Ganze wesentlich vereinfacht und auch durchsichtiger und klarer macht. Die Menschen in Deutschland wissen, woran sie sind, wenn für alle Menschen das Gleiche gilt.

Meine Damen und Herren, man kann und darf bei diesem Schulterschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht abseitsstehen, sondern gerade wir als Legislative und auch die Exekutive in Bayern haben diesen Schulterschluss in Solidarität und in Einigkeit, wie es in unserer Nationalhymne steht, zu vollziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das verpflichtet aber nicht nur uns, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die die Gefahr erkennen; ohne unsere Bürgerinnen und Bürger werden wir Corona nicht besiegen können; nur wir alle gemeinsam werden das schaffen können. Daher auch meine herzliche Bitte an die Vertreter der Presse und der Medien: Nehmen Sie das auch ernst, schalten Sie den Schulterschluss mit den Menschen im Land und zeigen Sie, dass wir alle hier an einem Strang ziehen.

Viel steht auf dem Spiel. Wir müssen jetzt die Weichen stellen. Heute wurde schon gesagt: Wenn wir heute nichts tun, dann wäre der Schaden für die Menschen an Leib und Leben im Land, aber auch für die Wirtschaft und den Wohlstand im Land wesentlich höher. Wenn wir nichts täten und die Zahl der Infizierten in einem Monat auf 90.000 stiege, dann würde infolge der notwendig werdenden Intensivbehandlungen und auftretenden Todesfälle nicht nur das gesellschaftliche, sondern auch das wirtschaftliche Leben in unserem Land völlig erliegen. Das müssen wir verhindern, meine Damen und Herren; darum geht es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Solange wir keine hundertprozentige medizinische Antwort auf das Virus haben – keine Impfung und keine sichere Behandlungsmethode, an denen ja geforscht und gearbeitet wird –, müssen wir lernen, mit der Gefahr zu leben. Das heißt, dass wir uns an die Regeln halten müssen. Das heißt aber, dass wir auf manche Dinge verzichten müssen. Das heißt, wenn ein Familienmitglied krank ist, dann müssen auch alle anderen zusammenhalten und zusammenstehen. Wir alle sind in dieser Pandemie eine große Familie; wir sind, gleichgültig wo – ob in Bayern, Europa oder anderswo auf dem Planeten –, eine Menschheitsfamilie.

Wir müssen, das haben die Wissenschaftler gezeigt, unser soziales Leben herunterfahren. Drei Viertel der Kontakte müssen wir einschränken. Da gilt es natürlich zu überlegen, wo es Sinn macht und wo wir es machen können, um die Welle der

Pandemie aufzuhalten und zu brechen. Die Ministerpräsidenten und das Kabinett haben sich entschieden, diesen Weg so zu gehen, wie er jetzt gegangen wird. Ich halte diesen Weg für äußerst vernünftig und für zielführend.

Für uns als Landtagsfraktion FREIE WÄHLER war es wichtig, dass die Schulen und die Kitas offen bleiben. Die Schließung von Wirtshäusern fällt uns schwer, wir mussten uns diese Entscheidung abringen. Wenn aber Wirtshäuser geschlossen werden, können wir bei Umsatzrückgang mit den 75 % als Ersatz auf die Hilfe des Bundes hoffen. Aber Bildung, die verloren geht und die nicht erfolgt, kann man nicht mit Geld aufwiegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es gilt hier, die Schulen und Kitas offen zu halten, um Bildung weiter vermitteln zu können, das heißt auch, in die Zukunft und in die Jugend unseres Landes zu investieren, also die Bildung sicherzustellen. Das ist für uns der erste Motivationsgrund, dem Ganzen zustimmen.

Wir haben es uns vorhin in der Fraktion nicht leicht gemacht. Da mussten wir wirklich mit uns ringen; denn es ist für uns alle ein harter Tag. Wir müssen uns dieses Vorgehen abringen. Aber es bleibt uns nichts anderes übrig; denn die Alternative zum Nichtstun wäre fatal, tausendmal schlimmer und würde die Menschen in unserem Land nur ins Unglück stürzen. Deswegen machen wir hier mit. Deshalb halten wir das Vorgehen für sinnvoll und unterstützen unser bayerisches Kabinett, den Ministerpräsidenten, die Bundesrepublik und den Freistaat. – Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich habe bereits gesagt: Wir leiden mit denen, die jetzt schließen müssen. Wir leiden mit ihnen. Wir kriegen die Schreiben. Wir hören die Stimmen derjenigen, die wütend und verzweifelt sind. Aber in dieser Situation bleibt uns nichts anderes übrig. Es ist vielleicht der richtige Weg, dass wir hier einen großzügigen Ersatz bieten; denn nicht nur die Gastronomie, sondern auch Schwimmbäder, Museen, Kinos, Massageeinrichtungen und Sonstige müssen schließen. Aber das ist für einen Monat und somit überschaubar.

Wir müssen jetzt auch darangehen, an die Zukunft denken und versuchen, nach diesem einen Monat in der Hoffnung, dass sich die Zahlen senken werden, wieder in ein vorsichtiges, normales Leben zurückzukommen, allerdings mit der Vorsicht vor einer weiteren Welle, die kommen wird, wenn wir wieder nicht aufpassen. Wir hatten vielleicht in den vergangenen Monaten durch den Sommer das Ganze zu locker genommen. Jetzt werden wir belehrt, dass Corona weiterhin sehr gefährlich und da ist. Auch diese Lehren müssen wir daraus ziehen. Solange das Virus da ist, ist es gefährlich. Vor dieser Gefahr müssen wir uns schützen. Wir dürfen es in Zukunft nicht so weit kommen lassen. Eigentlich hätten wir schon viel früher handeln müssen. Dann wären die Maßnahmen vielleicht weniger drastisch. Wir müssen natürlich auch noch andere Maßnahmen in Erwägung ziehen, wenn die Zahlen nicht sinken, um Bayern zu retten und die Menschen zu schützen.

Die 10 Milliarden Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, sind ein großartiges Zeichen und eine großartige Unterstützung. Diese Unterstützung zeigt aber auch, wie dramatisch die Situation ist. Angesichts der Tatsache, dass der Bund 10 Milliarden Euro für einen Monat zur Verfügung stellt, müssen die Alarmglocken läuten und muss man sagen: Wie schlimm muss die Situation sein, dass man gezwungen ist, das zu tun. Das muss man verstehen. Aber leider verstehen es manche nicht. Die werden es wahrscheinlich nie verstehen, weil sie aus der Geschichte nie gelernt

haben und uns dazu bringen wollen, die Geschichte nur zu wiederholen. Aber die wollen wir nicht wiederholen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe – Lachen)

– Ihnen, die Sie hier lachen, und Ihnen, Herr Hahn, muss man ganz deutlich sagen: Sie tragen ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung und auch an Mitschuld an der Situation, die wir jetzt hier haben.

(Zurufe)

Die Entscheidung, die wir hier heute treffen müssen, haben Sie verursacht!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe)

Sie sind doch die, die unser Land, unsere Heimat, die Bundesrepublik Deutschland ins Verderben stürzen wollen und diese Pandemie nur als Vorwand nehmen, um ihre Geschäfte zu machen. Das ist schandbar!

(Beifall – Zurufe)

Sie sollten sich schämen. Sie sollten sich schämen, die Wörter "Demokratie", "Republik" und "Freiheit" in den Mund zu nehmen;

(Zurufe – Unruhe)

denn Sie sind und bleiben, wie uns die Geschichte jetzt eben wieder beweist, die Totengräber dieser demokratischen Ideale, für die der ganze Rest dieses Hauses hier steht!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin froh, dass wir hier auch besonnene Politiker und Abgeordnete haben, die wissen, was die Stunde geschlagen hat. Hier bitte ich um den Schulterchluss von uns im Haus und mit Ihnen, meine Damen und Herren draußen. Nehmen Sie die Situation ernst und reduzieren Sie die Kontakte; denn nur das kann uns momentan helfen, auch Ihnen allen.

Dafür ein herzliches Dankeschön, wenn Sie das Ganze ernst nehmen und nicht auf die hören, die dem Aberglauben und dem Irrsinn frönen. Nehmen Sie es vielmehr ernst. In dem Sinn wünsche ich uns allen Gesundheit, Glück und Beständigkeit in unserem Handeln.

(Anhaltender Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Streibl. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Ich darf zu einer Zwischenbemerkung Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion aufrufen.

Gerd Mannes (AfD): Herr Streibl, ich glaube, wir alle wollen, dass Bayern Vorzeigeland ist und bleibt. Dazu muss ich sagen: Leider hat die Staatsregierung bundesweit das Negativ-Triple im Bereich Wirtschaft geholt. Ich nenne ein paar Zahlen: prozentualer Anstieg der Arbeitslosigkeit im Sommer/Herbst 2019/2020: 45 %, prozentualer Spitzenreiter bei der Kurzarbeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten: 14 %, prozentualer Anstieg der Neuverschuldung, auch Rekordwert: 30,6 % bundesweit. Dazu eine Frage: Ist das Ihr Anspruch vonseiten der Staatsregierung? Haben Sie dazu von der Staatsregierung einen Beitrag geleistet? Sind

Sie daran mit schuld? Was wollen Sie in Zukunft besser machen, damit wir da vom letzten Platz wieder wegkommen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter Mannes. – Herr Abgeordneter Streibl, bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, genau das, was Sie jetzt sagen, belegt die Wichtigkeit der Schritte, die wir heute beschließen. Im Grunde müssten Sie uns jetzt zustimmen. Wenn wir in Bayern die Wirtschaft retten wollen, dann geht das nur durch die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden. Alles andere wird dazu führen, dass die Arbeitslosenzahlen noch wesentlich mehr zunehmen und dass noch viel mehr Betriebe nicht überleben werden; denn das, was dann kommt, kann man wahrscheinlich mit Geld auch nicht mehr retten. Dann würde ein großes Betriebsterben einsetzen. Daher kann ich Sie nur ermuntern, danach unserem Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zuzustimmen, die dunkelbraune Brille endlich abzunehmen

(Zurufe)

und im Grunde auch mal zu merken: Sie sind auf der falschen Spur! Sie sind doch der Geisterfahrer hier im Land! Kehren Sie um!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Streibl und darf als nächsten Redner den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag Herrn Horst Arnold aufrufen. – Zwischenzeitlich nutze ich auch heute wieder die Gelegenheit, den Offiziantinnen und Offizianten des Hauses für die Hygiene, um die Sie sich so gewissenhaft kümmern, herzlich zu danken.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Abgeordneter Arnold.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Bundeskanzlerin sowie den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder ist es in dieser Woche gelungen, einen weitgehend bundeseinheitlichen Rahmen für die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung zu setzen. Das begrüßen wir als SPD-Landtagsfraktion grundsätzlich; denn dadurch wird der Flickenteppich an unterschiedlichen Regelungen vereinheitlicht, den die Menschen eigentlich nicht mehr nachvollziehen können.

Die heutige Sondersitzung ist ebenfalls ein Zeichen der Stärke, und zwar der Stärke unserer parlamentarischen Demokratie. Wenn wir uns dabei in vielen bzw. manchen Punkten einig sind, dann ist dies zunächst einmal zu begrüßen; aber Einigkeit bedeutet beileibe nicht Kritiklosigkeit und schon gar nicht bloßes Abnicken oder gar blinde Gefolgschaft.

(Beifall bei der SPD)

Einigkeit kann deshalb nicht mehr, aber eben auch nicht weniger als ein zeitlich befristeter Grundkonsens sein. Das notwendige Ringen um die beste Antwort darf zu keinem Zeitpunkt zu kurz kommen. Wenn man auf die Beschlüsse dieser Woche schaut, so lässt sich Folgendes festhalten:

Wir begrüßen es, Herr Ministerpräsident, dass Sie ausnahmsweise nicht grundlegend ausgeschert sind. Dennoch konnten Sie es sich in dem einen oder anderen Einzelpunkt offenbar nicht ganz verkneifen, immer noch einen Schritt weiter zu gehen als die anderen. So heißt es beispielsweise im Beschluss vom Mittwoch:

"Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt", im Kabinettsbeschluss, in der Verordnung: "Veranstaltungen aller Art werden untersagt."

Es geht unserer Fraktion vor allem um eines: Wir müssen fortwährend für die weiterhin dringend notwendige Solidarität in der Bevölkerung werben. Deshalb ist es dringend notwendig, Herr Ministerpräsident, keine Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen vorschnell als Problem zu markieren. Von acht bis achtzig Jahren gibt es nun einmal unterschiedliche Lebensweisen und Lebensentwürfe, aber keine zu tadelnden Verhaltensmuster.

Was Sie mit dem von Ihnen in der Verordnung ebenfalls erwähnten "Feierverbot" in der Öffentlichkeit genau meinen, müssen Sie uns schon einmal genauer erklären. Meinen Sie damit Jugendliche, Menschen, die zusammenstehen? – Das ist in jedem Fall so. Wir warnen vor Pauschalurteilen; denn diese sind der Solidarität keinesfalls förderlich.

(Beifall bei der SPD)

Den Zusammenhalt zu sichern, heißt für uns als SPD-Landtagsfraktion im Übrigen auch nicht, in den grundgesetzlich geschützten Bereich der Wohnung einzudringen und Nachbarn mehr oder weniger zu ermuntern, darauf zu achten, was in anderen Wohnungen vor sich geht – ganz im Gegenteil –, denn dies erzeugt nur Misstrauen und Unwohlsein und definitiv keine Akzeptanz.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der jetzigen Situation ist Solidarität, aber auch Vertrauen in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich. Im Übrigen gibt es auch guten Grund dafür, der Bevölkerung Vertrauen entgegenzubringen; denn die allermeisten – das zieht sich durch alle Querschnitte – haben sich an die Verordnungen bzw. Beschränkungen gehalten. Trotzdem sind wir nun an diesem Punkt. Hier der Hinweis: Ihre teilweise verkündeten Strategien, die Besten zu sein, haben offensichtlich nicht gefruchtet. Wir sind nicht die Besten und sind jetzt in der Solidargemeinschaft der Länder gefangen. Das ist ein wichtiges Zeichen, dass es nur gemeinsam geht und nicht so, immer als Ichling in Bayern unterwegs zu sein und markieren zu wollen, dass hier eine Alleinstellung funktioniert. Bei diesem Problem geht es um solidarische Lösungen und nicht um irgendwelche Alleinstellungen – dies noch einmal ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, als SPD-Fraktion tragen wir den Kurs des Bundes in den Ländern im Wesentlichen mit. Gleichzeitig ist uns aber sehr bewusst, wie viel wir den Menschen und der Gesellschaft mit diesen Maßnahmen abverlangen; und wir sagen auch ganz klar: Nicht jede Einzelmaßnahme ist in sich schlüssig und nachvollziehbar begründet. Dies stellt uns alle in der öffentlichen Debatte, aber auch mit Blick auf die engmaschige Überprüfung dieser Maßnahmen vor große Herausforderungen. Diesen Herausforderungen wollen und müssen wir gerecht werden; denn sie lassen sich nicht einfach wegdiskutieren.

Entschlossen handeln, aber gleichzeitig auch die Folgen der Maßnahmen abmildern und den Zusammenhalt sichern, das ist unsere Aufgabe. Deshalb dürfen wir uns nicht darauf beschränken, die Ängste und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, sondern wir müssen uns auch glaubwürdig mit ihren Argumenten und Meinungen auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund werden wir als SPD-Landtagsfraktion heute einen fundierten Dringlichkeitsantrag vorlegen, der die notwendige Balance zwischen den verschiedenen Bedarfen und Maßnahmen in

den Blick nimmt. Meine Kollegin Ruth Waldmann wird später noch näher auf den Dringlichkeitsantrag eingehen.

In der jetzigen Situation geht es uns um zweierlei: Auf der einen Seite müssen wir dringend die Welle der rasanten Infektionsentwicklung brechen und die Handlungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens aufrechterhalten und natürlich weiterhin sichern; denn das, was bislang geschehen ist, ist leider Gottes zu wenig. Auf der anderen Seite dürfen wir zu keinem Zeitpunkt die soziale Gesundheit unserer Gesellschaft und die ökonomische Gesundheit unseres Landes und die damit verbundenen menschlichen Schicksale aus dem Blick verlieren; denn auch Vereinsamung und soziale Isolation machen krank, genauso wie wirtschaftliche Existenznöte. Familien, Alleinstehende, Menschen verschiedener Generationen, Studierende in Universitätsstädten – sie alle haben berechtigte Sorgen, mit denen wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Einen Punkt möchte ich herausgreifen. Unbedingt begrüßenswert ist aus unserer Sicht, dass Kindertagesstätten und Schulen weiter geöffnet bleiben. Wir haben hier in den vergangenen Tagen massiv dafür geworben, in der Aussprache zur letzten Regierungserklärung, aber auch gleich mit mehreren Dringlichkeitsanträgen meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem sozial- und dem bildungspolitischen Bereich. Wir haben uns – dies zu betonen, ist besonders wichtig – nicht auf bloße Forderungen beschränkt, sondern auch ganz konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Gesundheit der Beschäftigten und der Kinder bestmöglich geschützt werden kann: beispielsweise mit Luftreinigungsfiltern, FFP2-Masken und Schnelltests.

Dass die Bildungseinrichtungen in den Landkreisen Rottal-Inn und Berchtesgadener Land geschlossen wurden, halten wir weiterhin für fragwürdig; denn ich sage ganz deutlich: Ein Lockdown für die Jüngsten darf im Freistaat Bayern nur das allerallerletzte Mittel sein.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig für die soziale Gesundheit unserer Gesellschaft ist auch der Beschluss von dieser Woche, Besuche in Einrichtungen für ältere Menschen, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung sowie in Krankenhäusern weiterhin unter Auflagen zu ermöglichen. Das begrüßen wir sehr. Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu fördern und zu erhalten und darüber hinaus dies zu ermöglichen, ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit.

Am umstrittensten erscheint hingegen die vorübergehende Schließung von Gastronomie, Hotellerie und Kultureinrichtungen, aber auch die Untersagung des Freizeit- und Amateursports. Dass diese Maßnahmen von vielen kritisch gesehen werden, kann ich sehr gut verstehen. Viele sagen mir oder uns: Wir haben in den letzten Monaten mit hohem Aufwand durchdachte Hygienekonzepte entwickelt und umgesetzt, auch investiert, und nun werden diese Einrichtungen trotzdem von jetzt auf gleich geschlossen. Wie kann das sein? – Ich bin da ganz ehrlich: Hier hätte man auch zu einer ganz anderen Entscheidung kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Gastronomie leidet bereits sehr unter der Krise, ebenso die wichtige Kultur; und beides ist nicht nur irgendein Freizeitvergnügen, nein, es ist maßgeblich für unseren sozialen Alltag und unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Umso wichtiger erscheint nun zweierlei: erstens eine kritische Überprüfung dieser Maßnahmen und zweitens eine schnelle Unterstützung der betroffenen Berufsgruppen.

Zum ersten Punkt: Gerade die Frage der Schließungen in den Bereichen Gastronomie, Kultur und Freizeitsport wollen wir in den Mittelpunkt stellen, wenn wir die Maßnahme, wie sie in dem Entwurf und dem Beschluss vorgesehen ist, zwei Wochen nach Inkrafttreten einer ernsthaften Prüfung unterziehen; und wenn ich "wir" sage, dann meine ich tatsächlich auch "wir", nämlich das Parlament. Einsame Entscheidungen am Parlament vorbei sind nicht länger akzeptabel, und es ist bezeichnend, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass die Verordnung erst auf Druck der SPD-Fraktion heute Morgen, vor Beginn der Sitzung, vorgelegt wurde. Also, es geht doch! Mein Dank gilt hier im Übrigen ausdrücklich den Beamtinnen und Beamten der Verwaltungsebene.

(Beifall bei der SPD)

Sondersitzungen wie heute sind ein ernster, ein wichtiger Schritt, aber mehr Zuhören seitens der Staatsregierung und weniger Selbstbeweihräucherung wäre der demokratischen Legitimation, wäre politischen Entscheidungen sicher zuträglich.

Zum zweiten Punkt: Ich bin dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz außerordentlich dankbar, dass er hier so schnell und angemessen reagiert hat. Mit einer außerordentlichen Wirtschaftshilfe wird Unternehmen, Selbstständigen, Vereinen und Einrichtungen, die von temporären Schließungen erfasst sind, zügig geholfen.

Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten bekommen beispielsweise 75 % des Umsatzes des Vorjahresmonats bzw. im Jahr davor erstattet. Außerdem wird der KfW-Schnellkredit erweitert und sehr kleinen Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern entsprechend eröffnet. Bereits bestehende Hilfen für die Kultur, für die Veranstaltungswirtschaft und für die Solo-Selbstständigen werden bis ins nächste Jahr hinein verlängert – und das zu verbesserten Konditionen.

All das sind enorm wichtige Maßnahmen, um Existenzen zu retten, und – das sage ich hier ganz deutlich, lieber Olaf – Bayern muss hier nachziehen. Herr Söder muss sich daran ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern muss auch dafür Sorge tragen, dass die Gelder unbürokratisch beantragt werden können und schnell ausgezahlt werden. Das von Wirtschaftsminister Aiwanger maßgeblich verursachte Antragschaos aus dem Frühjahr darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Ohnehin wäre etwas weniger Großspurigkeit und etwas mehr Präzision bei der praktischen Umsetzung eine gute Richtschnur für das künftige Handeln der Bayerischen Staatsregierung. Denn Verlässlichkeit, Seriosität und ein solides Handwerk sind keine Schimpfwörter, sondern gerade in der Krise unverzichtbare Bestandteile einer verantwortungsvollen Politik.

Abschließend noch eines: Wir stehen vor schwierigen Wochen. Manche werden davon mehr betroffen sein als andere. Jede und jeder wird auch sicherlich auf unterschiedliche Art und Weise davon betroffen sein, je nach Alter, Wohnort, Beruf, Gesundheit, familiärer Situation und sicherlich von Gemüts wegen. Dieser Unterschiedlichkeit gerecht zu werden und gleichzeitig das Verbindende in unserer Gesellschaft zu bewahren, ist nach Überzeugung meiner Fraktion die zentrale Aufgabe von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern.

Wir müssen diese Aufgabe erfüllen, um das Vertrauen und damit die Solidarität der Bevölkerung nicht aufs Spiel zu setzen und dort, wo beides verloren gegangen ist, schleunigst seriös wiederzugewinnen. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Arnold. – Es gibt eine Zwischenbemerkung; der Kollege Martin Wagle hatte sich gemeldet. Bitte schön, Herr Abgeordneter Wagle.

Martin Wagle (CSU): Herr Kollege Arnold, Sie haben die Schließung von Kitas und Bildungseinrichtungen im Landkreis Rottal-Inn angesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorher über das dortige Infektionsgeschehen informiert haben, aber ich glaube es eigentlich nicht; denn sonst hätten Sie jetzt vielleicht eine andere Meinung. Die Schulen mussten geschlossen werden, weil teilweise keine Lehrer mehr vorhanden waren; es war kein Lehrpersonal mehr da. Ganze Jahrgänge waren von Infektionen betroffen und konnten nicht mehr beschult werden. Das war der Grund. Bitte informieren Sie sich vor Ort, bevor Sie solche Behauptungen aufstellen und so etwas kritisieren.

(Beifall bei der CSU)

Horst Arnold (SPD): Es wurde keine Behauptung aufgestellt, sondern das ist unsere Ansicht dazu. Ich sage Ihnen eines: Der Maßnahmenkatalog wurde zeitgleich mit der Erkenntnis verkündet, dass der Wert dort über 100 liegt. Damit wurde automatisch – also ohne eine Sekunde darüber nachzudenken, ob es vielleicht doch Möglichkeiten gibt, dieses auch von Ihrer Fraktion, von Ihrer Staatsregierung als wichtig betonte Segment in irgendeiner Form aufrechtzuhalten – gnadenlos von heute auf morgen der Lockdown verkündet. In diesem Zusammenhang

(Zuruf)

war es einfach so

(Zuruf)

– dann war der Wert einfach bei 200 –,

(Unruhe)

dass die dortigen Eltern und sonstigen Personen

(Anhaltende Unruhe)

wie der Ochs vorm Berg standen und ihre soziale Arbeits- und Lebenswirklichkeit nicht mehr in Einklang gebracht haben.

Wenn man das sofort macht, ist das nicht verantwortungsvoll. Wir appellieren, dass in diesem Zusammenhang alles noch einmal durchdacht wird. Wenn es dann keine andere Möglichkeit gibt, ist das die Ultima Ratio. Wenn das aber von vornherein so ist, dann ist offensichtlich vorher schon einiges schiefgelaufen, was wir sehr bedauern.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Arnold. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Martin Hagen, aufrufen. Herr Abgeordneter Hagen, bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern befindet sich inmitten einer zweiten Corona-Welle. Wie schon im März steigen die Infektionszahlen rasant an. Wie schon im März sorgen wir uns um unsere Gesundheit, und zwar insbesondere um die der Älteren – unserer Eltern und Großeltern. Wie schon im März sind sich die demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses einig darüber, dass wir Risikogruppen schützen und eine Überforderung des Gesundheitssystems verhindern müssen.

Wenn wir über den richtigen Weg dorthin bisweilen unterschiedlicher Meinung sind, dann ist das nichts Verwerfliches, sondern der Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft, einer lebendigen Demokratie und davon, dass in der Politik nichts alternativlos ist.

Auch wenn heute vieles der Situation im März gleicht, hat sich doch eines verändert: Wir wissen inzwischen deutlich mehr über dieses Virus, über Corona. Wir wissen beispielsweise, dass die Sterblichkeit mit 0,23 % weitaus geringer ist, als im Frühjahr befürchtet – Gott sei Dank. Wir wissen allerdings auch von der Möglichkeit langwieriger Folgeschäden, die im Frühjahr noch unbekannt waren. Wir wissen, dass es einen saisonalen Verlauf gibt und die Zahl der Infektionen in den kalten Monaten wie auch bei vielen anderen Erkrankungen ansteigt. Vor allem wissen wir aber inzwischen viel darüber, wie wir Infektionen vermeiden können, und einiges darüber, wo sie besonders häufig auftreten.

Dieses Wissen ist der entscheidende Unterschied zur Situation im März, und deswegen müssen unsere Antworten heute andere als damals sein.

(Beifall bei der FDP)

Der Lockdown im Frühjahr hat dem Staat zu immensen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten Zeit verschafft, um unser Land auf einen notwendigen mittelfristigen, möglicherweise auch langfristigen Umgang mit diesem Virus vorzubereiten. Heute müssen wir leider feststellen, dass in vielen Bereichen die Zeit nur unzureichend genutzt wurde: Gesundheitsämter, die immer noch per Fax kommunizieren, Testergebnisse, die tagelang auf sich warten lassen, Krankenhäuser, denen Pflegepersonal fehlt, überfüllte U-Bahnen und Schulbusse, Klassenzimmer, die sich nicht belüften lassen.

Die Reiserückkehrer nach den Sommerferien haben die Staatsregierung scheinbar genauso überrascht wie der saisonale Anstieg der Infektionen im Herbst. Deswegen stehen wir jetzt wieder hier und sprechen schon wieder über das, worüber wir eigentlich nicht mehr sprechen wollten, nämlich über einen Lockdown bzw. in diesem Fall über einen Lockdown light.

Meine Damen und Herren, dieser Lockdown ist, das sage ich ganz deutlich, ein Akt der Verzweiflung, der das Infektionsgeschehen allenfalls kurzfristig bremsen kann. Er ist keine Strategie, um unser Land sicher durch die Herbst- und Winterzeit zu bringen. Einen Jo-Jo-Effekt und immer weitere periodische Lockdowns können wir uns nicht leisten. Wir erwarten von der Staatsregierung eine Exit-Strategie

(Beifall bei der FDP)

aus diesem Lockdown heraus und ein tragfähiges Konzept für die kommenden Monate.

Herr Ministerpräsident, es gibt in Ihrem Beschluss Punkte, die wir mittragen, weil sie notwendig sind. Es ist richtig: Wir müssen die große Zahl der Kontakte reduzie-

ren. Großveranstaltungen, private Feiern, Verstöße gegen die Abstands- und Maskenregeln – all das muss konsequent verhindert werden.

Es gibt aber auch Punkte, die wir für ungeeignet, für kontraproduktiv halten. Dazu gehört beispielsweise die Schließung der Restaurants und Cafés. Es sind die Cafés und Restaurants, von denen das RKI sagt, sie würden nur in einem sehr geringen Maße zum Infektionsgeschehen beitragen und mit professionellen Hygienekonzepten das Infektionsrisiko minimieren sowie durch Gästelisten eine Kontaktnachverfolgung ermöglichen. Es sind diejenigen, die in den vergangenen Wochen und Monaten in mobile Raumlüfter und in Heizpilze investiert haben, um auch in der kalten Jahreszeit Ansteckungen durch Aerosole zu vermeiden. Diese Gaststätten sperren Sie jetzt zu und nehmen in Kauf, dass sich soziale Begegnungen zunehmend ins Private verlagern, dorthin, wo sie nicht kontrollierbar sind. Das können doch nicht ernsthaft Ihre Lehren aus den vergangenen Monaten sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten fordern eine evidenzbasierte Strategie. Wir fordern, die Corona-Politik auf eine solide wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Es kann doch nicht sein, dass das Gesundheitsministerium keine Akten zu seinen Entscheidungsprozessen führt, also nicht dokumentiert, auf Basis welcher Erkenntnisse bestimmte Entscheidungen getroffen werden. Es kann doch nicht sein, dass Sie – wie jüngst eine Anfrage ergab – keine Auskunft darüber geben können, welche gesellschaftlichen Bereiche wie stark von Infektionen betroffen sind. Ein Dreivierteljahr nach Ausbruch der Pandemie sollten wir uns bei der Eindämmungsstrategie nicht mehr vom Bauchgefühl, sondern von Fakten und Daten leiten lassen.

(Beifall bei der FDP)

Was sich als wirksam erwiesen hat, sind insbesondere die klassischen Präventionsstrategien: Abstand halten, Menschenmassen meiden, Masken tragen, Lüften, Hygiene. Das ist keine Raketenwissenschaft. Aber eine konsequente Anwendung dieser Maßnahmen würde vermutlich mehr bringen als wöchentlich neue Verordnungen, die die Menschen gar nicht mehr überblicken können.

Die wichtigste Ressource im Kampf gegen Corona ist die Akzeptanz der Maßnahmen, ist die Einsicht und die Umsicht der Bürgerinnen und Bürger. Diese Ressource sollte die Politik nicht verspielen, indem sie immer wieder Maßnahmen erlässt, die willkürlich und inkonsistent wirken, es allzu oft auch sind und deswegen regelmäßig von Gerichten gekippt werden.

Diese Ressource sollte die Politik nicht verspielen, indem sie permanent droht und Ängste schürt; denn das nutzt sich auf Dauer ab. Sondern sie sollte lieber an das Verantwortungsbewusstsein und den Gemeinsinn mündiger Bürgerinnen und Bürger appellieren.

Herr Ministerpräsident, ich bin froh, dass Sie heute die Gelegenheit genutzt haben, die in den Medien kolportierte Meldung richtigzustellen, wonach Sie die Bürger zur Denunziation ihrer Nachbarn aufrufen. Das war gut, das war notwendig; denn das berührt die Frage, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben wollen.

Vertreter der CSU haben in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder versucht, die Positionen der FDP zu denunzieren, gar in eine rechtspopulistische Ecke zu stellen. Sehen wir uns doch einmal an, um was für Positionen es sich dabei handelt.

(Zuruf)

Die FDP fordert, dass alle Maßnahmen verhältnismäßig sein müssen. Das sehen wir zum Beispiel beim Beherbergungsverbot als nicht gegeben, das Sie jetzt ja wieder einführen, nachdem es vor Kurzem gerichtlich gekippt wurde. Was sagen Experten dazu? – Ich zitiere den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier:

Jede konkrete Maßnahme muss nachweisbar geeignet, erforderlich und angemessen sein, um die Verbreitung des Infektionsgeschehens zu verhindern. [...] Das Übernachten in Hotels [...] müsste also faktisch dazu beitragen, die Verbreitung der Infektion zu befördern. An diesem Zusammenhang kann man aus guten Gründen zweifeln.

Die FDP fordert eine Beteiligung des Parlaments an der Corona-Politik. Was sagen die Experten? – Ich zitiere wiederum Herrn Papier:

Unserer rechtsstaatlichen Demokratie entspricht es, dass alle wesentlichen Entscheidungen zur Ausübung sowie zur Einschränkung der Grundrechte vom Parlament getroffen werden. Nur das Parlament ist durch Wahlen vom Volk hierzu legitimiert; die Exekutive hat sie zu vollziehen, nicht zu ersetzen.

Die FDP fordert, bei der Beurteilung der Lage nicht nur auf die reinen Infektionszahlen zu schauen. Was sagen die Experten? – Ich zitiere aus dem Positionspapier, das jüngst die Kassenärztliche Bundesvereinigung veröffentlicht hat:

Grundlage dieser Corona-Ampel müssen alle relevanten Kennzahlen wie Infektionszahlen, Anzahl der durchgeführten Tests, stationäre und intensivmedizinische Behandlungskapazitäten bilden.

Die FDP sieht den Lockdown kritisch. Auch hier gibt es Experten, die uns beipflichten, beispielsweise Prof. Hendrik Streeck, mit dem wir uns noch vor wenigen Stunden in Vorbereitung der heutigen Plenarsitzung ausgetauscht haben.

Herr Ministerpräsident, man kann mit guten Gründen anderer Meinung sein als die FDP, als Hans-Jürgen Papier, als die Kassenärztliche Vereinigung oder als Hendrik Streeck, aber wer die Positionen renommierter Mediziner, Virologen und Rechtswissenschaftler in die Nähe von Rechtspopulisten rückt, der beschädigt die politische Kultur und trägt zur Spaltung dieser Gesellschaft bei.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion hat zu Beginn dieser Krise und seitdem fortlaufend konstruktive Vorschläge gemacht. Sie war im März die erste, die eine Maskenpflicht vorgeschlagen hat, und im April die erste mit einer konkreten Exit-Strategie aus dem Lockdown. Wir haben im Sommer ein Papier zur Vorbereitung auf eine zweite Welle erarbeitet, und wir legen Ihnen heute einen umfangreichen Antrag vor mit Vorschlägen, wie wir diese Herausforderung jetzt meistern können. Wir schlagen darin unter anderem einen Strategiewechsel bei der Kontaktnachverfolgung vor und eine personelle und technische Stärkung der Gesundheitsämter, mehr Schnelltests und eine effizientere Teststrategie, mehr Homeoffice und Hygienekonzepte für Unternehmen, eine Vorbereitung der Krankenhäuser und wirksame Schutzkonzepte für Risikogruppen.

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs gesagt: Wir mögen unterschiedliche Wege verfolgen, aber ich unterstelle: Wir verfolgen im Kern – als demokratische Fraktionen – hier alle ein Ziel: Wir wollen Schaden von den Menschen und unserem Land abwenden – gesundheitlichen Schaden, aber auch gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und psychischen Schaden, Schaden an den Bildungs- und

Entwicklungschancen unserer Kinder, Schaden an unserer Demokratie und an unserem Rechtsstaat.

Wir müssen bei allem, was wir tun, unterschiedliche Schutzgüter abwägen und die beste Lösung finden, indem wir um die beste Lösung ringen. Das ist Politik, das ist Demokratie. Hier im Parlament ist der richtige Ort dafür.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Radlmeier. Ich höre gerade: auch von Herrn Kirchner. Aber jetzt hat Herr Radlmeier das Wort.

Ich weise auf Folgendes hin: Jede Fraktion hat pro Tagesordnungspunkt nur drei Wortmeldungen. Ausgeschöpft ist diese Möglichkeit bereits bei der AfD und mit der dritten Wortmeldung jetzt auch bei der CSU. – Bitte schön, Herr Radlmeier.

Helmut Radlmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Hagen, ich möchte nur darauf hinweisen, dass sich viele verantwortungsvolle Vertreter auch Ihrer Partei, die auch in den Kommunen – ich sage mal – ihren Mann stehen, von Ihren Positionen abwenden und schon länger nicht mehr zufrieden sind. Ich möchte nur sagen – Sie haben das angesprochen –, dass der FDP-Oberbürgermeister in Landshut schon seit geraumer Zeit vor allem mit der Bundespolitik, die die FDP vertritt, nicht mehr einverstanden ist. Er hat diese Woche Ihrer Partei verständlicherweise auch den Rücken gekehrt und das ganze FDP-Prozedere der letzten Wochen mit einer ablehnenden Meinung quittiert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Hagen. Sie haben die Antwort.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, das ist richtig. In einer Partei mit 70.000 Mitgliedern wie der FDP gibt es unterschiedliche Meinungen. Gerüchten zufolge gibt es auch bei der CSU-Basis Leute, die nicht immer mit der Regierungspolitik einverstanden sind. Man munkelt, es gäbe sie sogar in den Reihen der bayerischen Abgeordneten; von den FREIEN WÄHLERN ganz zu schweigen.

Es ist also selbstverständlich, dass nicht immer alle Parteimitglieder mit dem Kurs einverstanden sind. Es wird es auch immer wieder geben, dass einzelne Parteimitglieder darüber mit ihrer Partei brechen. Das halten wir aus, und Ihnen bleibt beim nächsten Mal wenigstens die Schmach erspart, von einem FDPler bei der Oberbürgermeisterwahl geschlagen zu werden.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das war es dann. – Ich darf als nächsten Redner den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen. Die Redezeit beträgt vier Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger draußen!

Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.

Mit diesen Sätzen stellt das Bundesverfassungsgericht die Ausübung der Macht unter einen klaren Vorbehalt. Regierungshandeln muss materiell geeignet, erforderlich, verhältnismäßig und eben begreifbar sein. Regierungsgewalt bedarf für alle damit verbundenen wesentlichen Grundrechtseingriffe materiell und formell gesetzlicher Legitimation durch die Legislative, also durch Sie, das Parlament.

Die Regierungen sind Protagonisten der Macht – also Sie, Herr Dr. Söder –; sie brauchen in einer Demokratie auch in Notzeiten das Vertrauen des Volkes. Dafür bedarf es der Transparenz. Das heißt, Regierungshandeln muss für die Bürger berechenbar und nachvollziehbar sein. Wir werden nach Ihrem Bekunden noch unbestimmt lange Zeit mit dem Corona-Regime der stetigen Grundrechtsverweigerung leben müssen. Viele Menschen zweifeln an der Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit und haben kein Vertrauen mehr in die Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung, weil Transparenz fehlt – Erfolg übrigens auch.

Herr Dr. Söder, Sie wissen das ganz genau. Deswegen werden Sie in Ihren vier Regierungserklärungen zur Corona-Krise nicht müde, leopoldinische Beratung,

(Zuruf)

Helmholtz'sche Navigation und andere Experteninstitutionen aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft zu bemühen, um Ihr Verhalten zu rechtfertigen. Kritikern aus der Wissenschaft aber verweigern Sie seltsamerweise die Diskussion um den Weg und die Wahrheit. Willfähige, ja geradezu propagandistisch wirkende Schlüsselberichterstattung wie etwa des Bayerischen Rundfunks und auch diverser Printmedien und – nicht zu vergessen, wie gerufen, um nicht zu sagen: bestellt – punktgenaue zustimmende Umfrageergebnisse, etwa von BayernTrend, bestätigen Ihnen fast täglich Ihre Wahrheit und unabweisbare Alternativlosigkeit.

Herr Dr. Söder, glauben Sie, mit dem Management der harten Hand oder Management der straffen Zügel das Vertrauen der Menschen gewinnen zu können? Mit Ihrer Art der Vorsicht- und Umsichtstrategie können Sie Bayern eben nicht retten und die Pandemie offensichtlich auch nicht eindämmen. Das beweisen die letzten sechs Monate. Wer im Lande unterwegs ist, kennt die wachsende Ablehnung des Merkel-Söder-Scholz-Regimes, dieses Machtkartells der – wie es scheint – Hilflosigkeit. Ihre Überzeichnungen der Lage bei dieser imaginären Pandemie erscheinen als unausgewogene, ungerechtfertigte und überzogene Maßnahmenkonstrukte. Die Erfindung des Lockdown light ist nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken, weil Sie das politische Geschehen eher verschleiern, anstatt zu erhellen. Herr Dr. Söder, mausern Sie sich bitte nicht zum Verschwörungstheoretiker!

(Zurufe)

Auch die Zahlung von Unternehmerlohn, fiktivem Umsatzausfall oder Lehrerboni ist nicht geeignet, das Vertrauen zu stärken; denn das Volk ist nicht käuflich. Die Menschen wollen die Hoheit über ihr Leben zurückhaben. "Einlocken" ist und bleibt politische Freiheitsberaubung, ob mit oder ohne Milliarden, die die Menschen sowieso wieder selbst zahlen müssen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Gestatten Sie mir den letzten Satz: Achten Sie, lieber Herr Dr. Söder, auf das föderalistische Prinzip! Scheren Sie nicht alles in der Bundesrepublik über einen Kamm, und geben Sie uns unsere Freiheit und unsere Würde zurück!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Abgeordneter Swoboda. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Bitte schön, Herr Abgeordneter Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zweite Welle der Corona-Pandemie ist da, ein Szenario, das Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Corona-Politik eigentlich haben verhindern wollen, aber nicht konnten. Sie sind mit Ihrer von Anfang an unverhältnismäßigen und nicht zielführenden Politik krachend gescheitert – ein politisches Totalversagen, für das unsere Bürger einen hohen Preis bezahlen. Die von Ihnen verursachten Kollateralschäden übersteigen den Nutzen Ihrer Maßnahmen um ein Vielfaches, und das nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem auch im Sozial- und Gesundheitswesen.

Jetzt wollen Sie auch noch den Katastrophenfall ausrufen. Immerhin: Sie haben erkannt, dass es sich um eine Katastrophe handelt, allerdings um eine, die Sie selbst maßgeblich verursacht haben.

(Zuruf)

Sie müssen sich eingestehen: Ihre Maßnahmen während der Sommermonate waren praktisch sinnlos.

(Zuruf)

Auch die Corona-Infektion des Bundesgesundheitsministers Spahn zeigt deutlich: Entweder sind Ihre Maßnahmen falsch, oder Regierungsmitglieder meinen, sich nicht an die Vorschriften halten zu müssen. Diese sollen offensichtlich in erster Linie für die Bürger gelten.

Warum schließen Sie jetzt die Gastronomie und Hotellerie erneut, wenn das RKI doch ausdrücklich darauf hinweist, dass es dort zu keinem erkennbaren Infektionsgeschehen kommt? Wieso hören Sie nicht den Ärzten, Wissenschaftlern und Verbänden zu, die zu einer anderen Lageeinschätzung kommen, Ärzten, die aus gutem Grund Atteste zur Maskenbefreiung ausstellen, beispielsweise für Kinder mit Asthmaerkrankung? Wie kann es sein, dass ein erneuter Testskandal stattfindet, weil Ersatzreagenzien so viele falsch-positive Tests verursachen wie in dem einen Beispiel eines MVZ: 58 von 60 Fällen falsch-positiv.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich Ihre Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht per se ablehne, nicht grundsätzlich ablehne. Mir ist es wichtig, dass die Maßnahmen verhältnismäßig und zielführend sind. Das sind sie leider häufig nicht. Ich möchte auch gar nicht die Argumente der Vorredner wiederholen. Ich möchte Ihnen bloß ein paar Beispiele geben.

Herr Kreuzer, Sie sind meiner Zwischenbemerkung ausgewichen, vermutlich deshalb, weil Sie selbst erkannt haben, dass es einfach keinen Sinn hat, wenn Kinder, die am Vormittag gemeinsam im Schulunterricht sitzen, am Nachmittag – ich habe dieselben Kinder aus demselben Klassenverband gemeint – nicht gemeinsam ihren Sport ausüben dürfen. Da stimme ich dem Herrn Arnold explizit zu. Es hat wenig Sinn, den Amateursportbereich komplett runterzufahren, obwohl es überhaupt keinen Beleg dafür gibt, dass sich jemals im Profi- oder Amateursportbereich ein Fußballer auf dem Fußballplatz angesteckt hätte. Das gibt es nicht. Die Ansteckungen mit Corona haben beispielsweise bei der Anreise stattgefunden oder im Flugzeug, aber definitiv nicht auf dem Fußballfeld.

Herr Söder, Sie haben in den Sommermonaten massiv Werbung für die oberbayerischen Tourismusgebiete gemacht. Jetzt war es für mich mehr als befremdlich,

dass man im Landkreis Berchtesgadener Land einen Shutdown durchführt und die zweieinhalbtausend Touristen, die sich dort aufgehalten hatten, einfach mir nichts, dir nichts abreisen lässt, ohne Tests durchzuführen. Da frage ich mich schon. Gutes Krisenmanagement sieht definitiv anders aus.

Ich hoffe, Herr Söder: Vielleicht wird die ganze Sache wieder zielgerichteter und verhältnismäßiger, wenn endlich der unionsinterne Wahlkampf ein Ende hat –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Plenk, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Plenk (fraktionslos): – Und wenn man weiß, wer Bundesvorsitzender der CDU wird und wer letztendlich der Kanzlerkandidat sein wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Prof. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber ich habe diese Woche von vielen Bekannten und Freunden, nachdem die Berichterstattung über die Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten in den Medien war, Anrufe und Nachrichten erhalten. Die Menschen hatten nach dieser Konferenz wirklich Hoffnung, dass jetzt ein gemeinsamer Weg beschritten wird. Diese Hoffnung ist sehr wichtig; denn nicht nur die großen Wissenschaftsgesellschaften Deutschlands, nicht nur die Regierungen von Bund und Ländern, sondern auch viele Menschen wissen, dass die Lage ernst ist. Viele Menschen haben Sorge um ihre Angehörigen, die vielleicht Risikopatienten oder in einem hohen Alter sind. Viele Menschen nehmen die Verantwortung sehr bewusst wahr und hoffen darauf, dass die Entscheidungsträger in der Politik, die bisher nach bestem Wissen und Gewissen agieren, ihre Verantwortung auch wahrnehmen.

Hier wurde gesagt, die Politik in Bayern und vielleicht auch im Bund wäre gescheitert. Meine Güte, wo leben Sie eigentlich? In welche Nachrichten und in welche Informationsquellen schauen Sie denn? Ich habe einen Bekannten, dessen Lebensgefährtin Ärztin in Spanien ist. Ich habe Bekannte, die in Frankreich ansässig sind. Die schauen alle auf Deutschland und Bayern und sagen: So wie die wären wir auch gerne dran. – Das liegt auch daran, dass die Politik gemeinsam richtige Schritte gegangen ist.

Nach der Debatte, nach Ihrem Beitrag, Herr Arnold – er ist jetzt nicht mehr im Raum, aber vielleicht kann ihm das nachgereicht werden –, nach dem Beitrag von Herrn Hartmann, nach den unsäglichen Ausführungen vom Kollegen Hahn und vom Fraktionsvorsitzenden Hagen stelle ich mir die Frage: Sind wir als Parlament der Hoffnung der Menschen gerecht geworden? Ist vom Parlament das Signal ausgegangen, dass wir nicht nur gemeinsam diskutieren, sondern auch gemeinsam einen Weg gehen? Ich meine, dahinter kann man schon ein Fragezeichen setzen.

Meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, lieber Horst Arnold, ihr formuliert in eurem Antrag, dass ihr die Maßnahmen im Bereich des Sports und der Gaststätten als zu hart empfindet. Das kann man vielleicht machen. Eure Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, hat im Bundestag eine sehr staatstragende und verantwortungsbewusste Rede gehalten. In allen Ländern, in denen die SPD in der Regierung verantwortlich ist, werden diese Maßnahmen genauso wie in Bayern auf den Weg gebracht und umgesetzt. Ich kann doch nicht so tun, als könnte man sich den Pelz waschen, ohne sich dabei nass zu machen. Das tut ihr aber gerade mit eurem Antrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Kollege Hagen, das Gleiche gilt doch auch für die FDP. Klar hat man in Parteien unterschiedliche Meinungen zu dem einen oder anderen Thema; das ist bei uns auch regelmäßig der Fall. Wenn es aber um die großen Fragen geht, dann will man doch eine Linie verfolgen. Ihr Generalsekretär kritisiert in seiner Eigenschaft als Generalsekretär die Maßnahmen, die die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin als Weg aufgezeigt haben und den wir in Bayern auch mitgehen werden – davon bin ich auch überzeugt. Auf der anderen Seite sitzt er in Rheinland-Pfalz am Kabinetttisch und trägt diese Maßnahmen mit. Genauso machen es die Ministerinnen und Minister in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein, wo ihr auch in der Verantwortung seid. Dieses Verhalten ist doch an Scheinheiligkeit gar nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der FDP)

Herr Kollege, Scheinheiligkeit ist der Tribut der Tugend an das Laster. Wenn ich mir Sie und die Kollegen von der SPD anschau, muss ich sagen: Sie, meine Damen und Herren, haben heute auf das Konto der Scheinheiligkeit ganz schön eingezahlt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Ausführungen und das Agieren der AfD sind an Verantwortungslosigkeit überhaupt nicht zu überbieten. Herr Kollege Hahn, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen verharmlosen nicht nur Corona immer wieder, obwohl wir sehen, wie die Zahlen steigen; nein, noch viel schlimmer ist: Sie tun so, als ob die Freiheit und die Demokratie auf dem Spiel stünden, als ob von der Bundeskanzlerin und vom Ministerpräsidenten eine Corona-Diktatur geplant wäre. Wie können Sie so etwas wagen in einer Zeit, in der in Weißrussland Tausende von Menschen unter Lebensgefahr auf die Straße gehen und sich für Demokratie einsetzen? Wie können Sie so etwas wagen in einer Zeit, in der in China Menschenrechte verletzt werden und die Chinesen im Moment vielleicht nur deshalb besser durch die Corona-Krise kommen, weil dort die Freiheitsrechte mit den Füßen getreten werden? Wie können Sie es wagen, in dieser Situation so zu tun, als würden demokratisch legitimierte Regierungen der Länder und des Bundes in Deutschland die Demokratie in Frage stellen? Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben hier zigfach über die Maßnahmen diskutiert.

Natürlich werden wir auch auf den Rat von Verfassungsrechtlern hin darüber diskutieren, wie man die parlamentarische Verantwortung in diesen Fragen stärker zur Geltung bringen kann. Das ist aber für die Menschen, für die Intensivkrankenschwester, mit der ich vor einigen Tagen Kontakt hatte, für die Eltern von Schülern an den Schulen meiner Kinder, die heute in Corona-Quarantäne sind, zweitrangig. Die wollen, dass wir durch diese Krise gut hindurchsteuern.

Der Fraktionsvorsitzende Herr Kollege Hartmann hat es schon ausgeführt: Wer handelt, der macht auch an der einen oder anderen Stelle Fehler. Das geht Ihren Landesregierungen, den Regierungen mit den GRÜNEN, sicher nicht anders. Sie machen wahrscheinlich sogar noch mehr Fehler als wir. Wer aber nicht handelt, der liegt in jedem Fall falsch, gerade dann, wenn es um Leben und Tod geht.

Ich glaube, wir täten gut daran, wenn wir am Ende dieser Debatte innehalten und uns gemeinsam überlegen, wie wir den Menschen die Perspektive und das gemeinsame Gefühl geben können, dass wir durch diese Krise durchkommen. Wir, die Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER, sind davon überzeugt, dass wir weiterhin gut durch die Krise kommen, wenn wir jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Ich halte es für ein positives Signal, dass sich die Länder und der Bund auf einen gemeinsamen Weg verständigt haben. Das sollten wir hier nicht durch kleinliche Einzeldiskussionen und -kritiken und durch demagogische Vorwürfe von denen, die das Wort "Freiheit" als Allerletzte in den Mund nehmen sollten, kaputtmachen lassen. Wir, zumindest die demokratischen Fraktionen, sollten hier zusammenstehen und den Weg, der jetzt aufgezeigt worden ist, konsequent weitergehen und gemeinsam vertreten. Wir sollten nicht auf der einen Seite in der gemeinsamen Konferenz die Maßnahmen mittragen und auf der anderen Seite sagen, an der Stelle sind sie zu hart. Welche Maßnahmen wollen Sie denn eigentlich ergreifen, Herr Kollege Arnold? Das verstehe ich wirklich nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die Erste kommt vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Geschätzter Herr Prof. Bausback, lieber Winfried, nimm bitte mal zur Kenntnis, dass dein eigener Ministerpräsident gesagt hat, dass wir die Bedürfnisse und Belange der Bevölkerung jederzeit ernst nehmen. Wir haben dazu ausgeführt, wir müssen sie nicht nur ernst nehmen, sondern wir müssen uns auch mit den Argumenten auseinandersetzen. Es ist zu einer parlamentarischen Debatte über den Eingriff in Grundrechte aufgefordert worden. Wir sagen zwar, in Bayern geht manches möglicherweise zu weit, tragen aber die Maßnahmen mit und fordern dazu auf, innerhalb der nächsten 14 Tage, für die wir eine Evaluierung vereinbart haben, diese Argumente in den Fokus zu nehmen und zu berücksichtigen. Genau das stellen wir uns unter Parlamentarismus vor, aber nicht, dass Sie uns abmeiern, weil wir die Bedürfnisse und Sorgen nicht nur kleinteilig, sondern ernsthaft aufgreifen und hier im Parlament darüber diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Geschätzter Kollege Horst Arnold, mich wundert ein bisschen das Parlamentarismusverständnis, das du und deine Fraktion mit dem Antrag heute zur Schau stellt. Wir sind auch der Meinung – das machen wir und die Staatsregierung jeden Tag –, dass man die Maßnahmen sehr genau überprüfen muss. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass die Maßnahmen, die alle Länderregierungen und die Bundesregierung als Weg aufgezeigt haben, verhältnismäßig, geeignet, angemessen und auch verhältnismäßig im engeren Sinne sind. Darüber kann man natürlich an der einen oder anderen Stelle diskutieren. Als keinen guten Stil in der parlamentarischen Debatte empfinde ich es aber, wenn man diese Diskussion nicht mit den Parteifreunden im eigenen Lager führt, bevor diese Grundsatzentscheidung getroffen wird, und wenn man keine echten Alternativen aufzeigt, die sachlich tragen und genauso geeignet sind. Was in eurem Antrag ausgeführt wird, reicht bei Weitem nicht aus. Darüber werden wir später noch diskutieren.

(Zuruf)

Ich finde es schade, dass sich die SPD in Bayern in dieser schwierigen Situation von dem gemeinsamen Weg löst. Das ist nicht im Interesse der Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Bausback, Sie bekommen aufgrund der Zwischenbemerkung des Kollegen und Fraktionsvorsitzenden der FDP Martin Hagen eine Redezeitverlängerung.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Bausback, ich bin erstaunt darüber, dass gerade Sie als CSUler darüber verwundert sind, wenn eine Partei einerseits kritisiert, was sie andererseits als Koalitionspartner mitbeschließt. Dieses Spiel hat die CSU vor vierzig Jahren erfunden.

(Unruhe)

Im Ernst: Selbstverständlich stimmt die FDP in Regierungsverantwortung aus Koalitions- und Staatsräson für Dinge, die sie im Zweifel nicht zu 100 % mitträgt. Ihr Koalitionspartner Hubert Aiwanger kann davon ein Lied singen. Das heißt aber nicht, dass die Opposition ihre Haltung nicht klarmachen kann. Das haben wir heute mit Blick auf Ihren Lockdown getan.

(Beifall bei der FDP)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lieber Herr Kollege Hagen, man sollte das parteipolitische Kalkül bei einer so schwierigen und so bedrohlichen Situation für die Menschen und für unsere Gesellschaft einmal ausblenden und sich auf die sachliche Diskussion beziehen.

(Unruhe)

Das muss ich ehrlich sagen, wenn ich Ihren Generalsekretär und besonders den Bundestagsabgeordneten Kubicki höre, die lautstark verkünden, diese Maßnahmen seien rechtswidrig und unverhältnismäßig.

(Zuruf)

– Nein. Wenn dem so ist, dann dürften das Ihre Minister in den drei Ländern nicht mittragen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn dem nicht so ist, dann sollten Sie sich zu Ihrer sachlichen Position bekennen. Das ist politische Verantwortung. Beides gleichzeitig geht nicht. Man kann sich nicht den Pelz waschen, ohne nass zu werden. Das gilt für Sie genauso wie für andere.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bausback. – Nächster Redner ist Herr Kollege Graupner für die AfD-Fraktion.

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Erinnern wir uns: Im März dieses Jahres bot ich Ihnen im Namen unserer Fraktion an dieser Stelle bei völlig unklarer Gefährdungslage an, die Infektionsschutzmaßnahmen genau so lange mitzutragen, wie es aus gesundheitspolitischer Sicht unbedingt notwendig sei. Was im Namen von Corona bzw. dessen Bekämpfung aber seitdem geschehen ist, kennt in der Geschichte der Bundesrepublik keinen Vergleich und spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der AfD)

Die Vertreter der politischen Klasse in Deutschland haben die Gunst der Stunde für sich genutzt. Das muss man ihnen lassen. Auch unser Ministerpräsident witterte die Gelegenheit, einen Zipfel des Mantels der Geschichte zu erhaschen. Er installierte ein virokritisches Regime, unter dem unser einst freies und lebensfrohes Bayern kaum noch wiederzuerkennen ist.

(Zuruf)

Seit über sieben Monaten ziehen Sie als bayerischer Pandemieprinz tapfer gegen den Ansturm asiatischer Virushorden zu Felde. Sie malen dabei ein Horrorszenario, das letztlich nur der Legitimation und Sicherung Ihres eigenen politischen Machtanspruches dient. Als eiskalt berechnender Machtpolitiker wissen Sie genau: Mit Angst lässt sich hervorragend Politik machen. Die Menschen sind dann erst einmal bereit, alles mitzutragen, was der scheinbar fürsorgliche Landesvater vorschreibt, um die angeblich historische Gefahr für unser aller Leib und Leben abzuwenden.

Glauben Sie etwa, wir hätten kein Verständnis für unsere Landsleute, die durch die von Ihnen geschürten Ängste verunsichert sind? Glauben Sie, wir hätten keine Angehörigen in den Risikogruppen? Glauben Sie, wir würden nicht ebenfalls jeden an oder mit COVID-19 Verstorbenen bedauern? – Das steht außer Frage.

Aber die politischen Reaktionen auf die konkrete Gefährdungslage müssen – ich zitiere ausnahmsweise die Kanzlerin – "verhältnismäßig, erforderlich und geeignet" sein. Das Zitat ist heute schon mehrfach gefallen. Herr Ministerpräsident, von Ihnen kommt jedoch nur blinder und unkoordinierter Aktionismus, dessen größter Mehrwert darin besteht, den Menschen vorzugaukeln, dass irgendetwas getan wird.

(Beifall bei der AfD)

Schon der erste Lockdown hatte für unser gesamtes gesellschaftliches Leben katastrophale Folgen. Er brachte bereits viele kleine und mittelständische Unternehmen an den Rand wirtschaftlichen Ruins. Er brachte die Menschen, allen voran Alte und Kinder, an ihre sozialen und psychischen Belastungsgrenzen.

Nun kommt also der nächste Lockdown, von dem Sie, Herr Ministerpräsident, selbst in den Sommermonaten immer wieder geraunt haben. Man möchte fast meinen, er sei Ihnen wie ein willkommenes Machtinstrument direkt ans Herz gewachsen.

(Widerspruch)

Mancher könnte gar argwöhnen, Sie hätten ihn von Anfang an in Ihre Agenda eingeplant.

Was Sie unseren bayerischen Landsleuten jetzt erneut zumuten, ist – ich wiederhole – weder verhältnismäßig noch erforderlich noch geeignet. Ich füge hinzu: Es ist auch nicht demokratisch und nicht rechtsstaatlich legitimiert.

Ich frage Sie: Ist es verhältnismäßig, dem ohnehin schon schwer angeschlagenen Hotel- und Gaststättengewerbe mit einem erneuten Lockdown den Todesstoß zu versetzen?

(Zuruf)

Ist das verhältnismäßig, obwohl das Hotel- und Gaststättengewerbe größtenteils mit hervorragenden Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten aufwarten kann?

(Beifall bei der AfD)

Ist das verhältnismäßig, obwohl die Infektionsgefahr weitestgehend vom privaten Bereich ausgeht? – Nein, das ist nicht verhältnismäßig! Aber das interessiert Sie nicht.

(Unruhe)

Ich frage Sie: Ist es wirklich erforderlich, eine Maskenpflicht für Schüler durchzusetzen, obwohl klar ist, dass gerade von Kindern eine sehr geringe Ansteckungsgefahr ausgeht? – Nein, das ist nicht erforderlich! Es ist gut, dass immer mehr Eltern dagegen aufbegehren und gegen diesen Irrsinn auf die Straße gehen.

Als langjähriger Polizeibeamter frage ich Sie: Ist es als Maßnahme tatsächlich geeignet, tausend Polizisten an die Gesundheitsämter abzukommandieren oder eine Oma, der die Maske ein wenig zu weit unter die Nase gerutscht ist, mit einem überzogenen Bußgeld zu belehren?

(Widerspruch)

– Ich sage Ihnen: Das ist nicht geeignet,

(Beifall bei der AfD)

weder im Hinblick auf die angespannte Sicherheitslage noch im Hinblick auf die Verbesserung der Stimmung der Bevölkerung gegenüber unseren Polizeibeamten.

Was die demokratische Legitimation anbelangt: Seit Beginn der Corona-Krise regiert man in Berlin wie in München mit Notverordnungen und nicht legitimierten Gremien an den Parlamenten vorbei. Man gewinnt fast den Eindruck, das Coronavirus selbst sei für eine heraufziehende Corona-Notstandsautokratie systemrelevant. Um diesen Eindruck zu erhärten, soll jetzt auch noch der Katastrophenfall ausgerufen werden. Und um das ganze Übel auf die Spitze zu treiben, sollen sich die Bürger bis ins Private hinein bespitzeln und denunzieren.

(Beifall bei der AfD)

Sie sagen, all das sei nötig, weil die Lage außer Kontrolle geraten sei. – Nein, Herr Ministerpräsident, wenn jemand außer Kontrolle geraten ist, dann sind Sie es.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte an dieser Stelle eindringlich in Erinnerung rufen, wer laut Verfassung der Souverän dieses Landes ist: nicht ein von totalitären Träumen ergriffener Gesundheitsführer, sondern immer noch das Volk, wir Deutschen, wir Bayern.

Darum fordere ich Sie unmissverständlich auf: Wenden Sie weiteren Schaden von unserem Volk ab! Begraben Sie unverzüglich Ihre wahnwitzigen Pläne für einen weiteren Lockdown! Verhindern Sie den Kollaps ganzer Wirtschaftszweige! Gewähren Sie den Bürgern wieder vollumfänglich ihre verfassungsmäßig garantierten Grundrechte! Beteiligen Sie endlich wieder von Anfang an das Parlament an allen zu treffenden Entscheidungen! Schützen Sie die Risikogruppen endlich effektiv! Vor allen Dingen aber: Lassen Sie die Menschen endlich wieder ihr normales Leben leben!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Graupner, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Graupner, Sie haben mit den Worten "erinnern wir uns" begonnen. Ich darf Sie daran erinnern, was Ihr Fraktionsvorsitzender Prof. Hahn bei der Debatte zur Regierungserklärung erklärt hat:

Lassen Sie uns handeln, bevor uns die Entscheidungen abgenommen werden. Jetzt ist also nicht die Zeit des Zögerns, es ist auch nicht die Zeit des Aussitzens, jetzt ist die Zeit, um Stärke zu zeigen [...]

Deshalb dürfen wir uns heute und auch nicht in nächster Zeit in Querelen verlieren. Wir müssen geschlossen handeln, auch über Parteigrenzen hinweg. Am heutigen Tag kennt Bayern keine Parteien mehr; es gibt in diesem Sinne am heutigen Tag auch keine Opposition, sondern es gibt nur die Notwendigkeit, mit allen Mitteln für das Wohl der Gemeinschaft einzustehen.

Soweit die AfD, hier im Hohen Hause im März dieses Jahres. Es spottet jeder Beschreibung, dass Sie heute diese Erklärung abgeben und im März die gerade von mir vorgelesene. Wenn es eine Zumutung gibt in diesem Hause – Sie haben eine erwähnt –, dann ist es Ihre Fraktion. Wenn es etwas ist, was nicht unter Kontrolle ist, dann ist es die AfD mit ihren eigenen Redebeiträgen zu dieser Angelegenheit, die wir heute verhandeln.

(Anhaltender Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Graupner, bitte.

Richard Graupner (AfD): Herr Kollege Halbleib, das ist es gerade, was Sie und uns unterscheidet.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Unruhe)

Wir sind nämlich lernfähig. Im März hatten wir eine Situation, die für jeden – und das ist hier von verschiedenen Rednern gesagt worden – völlig unklar war. Wenn sich dann aber Woche für Woche der Nebel lichtet und man klarer sieht, dann muss man auch die Größe haben, seine Meinung wieder zu ändern. Um darauf zurückzukommen, vielen Dank für die Gelegenheit: Es ist eben nicht das Kennzeichen einer Demokratie, einstimmig der gleichen Meinung zu sein. Das scheint nämlich auch Herr Kollege Streibl zu meinen, der vorhin hier von einer dunkelbraunen Brille sprach.

(Unruhe)

Bei seinem Redebeitrag habe ich mich eigentlich an den Sportpalast erinnert gefühlt, so, wie er hier herumgebrüllt hat.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Unruhe)

Ich sage Ihnen: Sie können uns beleidigen, wie Sie wollen, sie können hier herum-schreien, wie Sie wollen,

(Unruhe)

wir werden uns nicht davon abbringen lassen, unsere Meinung hier klar und deutlich zu äußern.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin deswegen noch einmal hier heraus, um etwas klarzustellen. Es gibt keine Legenden, dass wir diese Maßnahmen nicht mittragen. Wir wissen, dass es in diesem Zusam-

menhang eine größere Notwendigkeit gibt, diese Maßnahmen zu stützen. Wir sind aber für die Verhältnismäßigkeit in jedem Stadium des Verfahrens. Deswegen müssen wir sie einfordern. Das, was wir schon immer gefordert haben, nämlich den Parlamentarismus, heißt: Eigentlich benötigt diese Verordnung die Zustimmung des Bayerischen Landtags. Das ist bislang nicht der Fall. Deshalb ist das keine echte Parlamentsbeteiligung. Hören Sie auf zu sagen, die einen tragen mit, oder die anderen sind dagegen. Herr Bausback, diese Möglichkeit gibt es nicht.

Noch ein Wort zur AfD. Ihr absurdes, verqueres und rücksichtsloses, ja geradezu zynisches Verfassungsverständnis – Freiheit ohne Rücksicht auf Verluste, nur das Recht des Stärkeren – entlarvt Ihre Gesinnung: Ausgrenzung, Abgrenzung und Diskriminierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen entschlossen: Diese brutale Freiheit sieht das Grundgesetz, sieht die Demokratie nicht vor, will sie nicht. Und wir wollen sie auch nicht. Deswegen kann man Ihnen nur sagen: Eine derartige Freiheit bekommen Sie nicht. – Wir müssen uns und unser Land vor dieser sogenannten Freiheitscharlatanerie schützen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Es liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Prof. Bausback von der CSU-Fraktion vor. Das könnte die kürzeste Rede aller Zeiten im Bayerischen Landtag werden. Sie haben noch acht Sekunden Zeit, Herr Prof. Bausback.

(Heiterkeit – Zuruf: Die nehme ich jetzt in Anspruch!)

Der Ministerpräsident zählt zurück.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Arnold, lesen Sie bitte einmal Ihren Antrag.

Wenn Sie hier schon Dinge richtigstellen, dann schauen Sie sich Ihren Antrag auch genau an. Da steht drin: Wir halten das für zu weitreichend. – Ich weiß gar nicht, was man da noch richtigstellen kann. Wenn man etwas mitträgt, sieht das anders aus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es hätte die kürzeste Rede werden können, Sie haben allerdings um acht Sekunden überzogen. Das lassen wir gerade noch einmal so durchgehen.

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 2. Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtrededzeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. – Vielleicht können wir dem Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER noch ein bisschen behilflich sein, der das Mobiliar des Bayerischen Landtags unfreiwillig beschädigt. Da soll noch jemand sagen, es sei dem Landtag nicht möglich, eine lebendige Debatte zu führen.

Bei den Dringlichkeitsanträgen entfallen auf die CSU-Fraktion 17 Minuten Redezeit, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 10,5 Minuten, AfD und SPD haben jeweils 10 Minuten, die FDP hat 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der stärksten Fraktion und beträgt 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich jetzt auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer u. a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Weitere Ausbreitung des Coronavirus bekämpfen - jetzt gemeinsam entschlossen handeln! ([Drs. 18/11051](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam durch die Coronakrise ([Drs. 18/11052](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerns Bürger vor der Staatsregierung schützen - Grundrechte, Parlamentsbeteiligung und Verhältnismäßigkeit sofort wiederherstellen ([Drs. 18/11053](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Entschlossen handeln, Folgen der Maßnahmen abmildern, Zusammenhalt sichern! ([Drs. 18/11054](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Bayern sicher durch die Herbst- und Winterzeit bringen ([Drs. 18/11055](#))

Die AfD hat zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort Frau Kollegin Dr. Beate Merk von der CSU-Fraktion. – Bitte schön, Frau Dr. Merk.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Dringlichkeitsantrag stellen wir uns hinter die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und machen sehr deutlich, dass wir in allen Punkten diese Meinung teilen, die alle Ministerpräsidenten Deutschlands einheitlich abgegeben haben. Sie haben damit ein enorm gutes Signal für die Menschen in unserem Land gegeben. Danke schön dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich bei unserem Ministerpräsidenten, der sich seit Beginn der Corona-Krise in einer sehr engen Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlerin ständig darum bemüht, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten.

Wir merken, was es geschlagen hat. Wir merken, dass sich die Situation geändert hat. Wenn wir heute mit den Menschen bei uns zu Hause, in den Wahlkreisen sprechen, dann kommen diese auf uns zu und sagen: Es wird echt kritisch. Da ist mein Nachbar und kommt – und kommt hoffentlich nicht – und sagt, dass er COVID-19-krank ist. Ich habe das erlebt. Da ist mein Wirt plötzlich nicht mehr da, weil er erkrankt ist. Da sind Menschen in Quarantäne. Da müssen Menschen Wochen auf Intensivstationen verbringen, und man hat Angst, dass sie nicht mehr nach Hause kommen. COVID-19 ist uns auf den Leib gerückt. Wir hatten eine Distanz dazu, vor allem im Sommer. Wir haben es genossen, weil wir draußen sein konnten. Wir haben das Gefühl gehabt, dass wir unsere Freiheit zurückerobert haben. Aber dieses fiese Virus zeigt uns jetzt: Nein, so ist es nicht.

Wenn wir den sperrigen Begriff "exponentielles Wachstum" für diese Entwicklung verwenden, dann sehen wir, dass inzwischen jeder betroffen sein kann, dann sehen wir, dass das mathematisch bedeutet, dass die Situation zahlenmäßig in kürzester Zeit explodiert. Und wir können nicht einschreiten. Das kann nicht jeder Laie nachvollziehen. Wir spüren aber, dass uns diese Situation mit voller Wucht trifft. Das ist das ganz große Thema, um das es geht.

Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag so gestellt, dass damit der Beschluss nicht verändert wird. Uns geht es darum zu zeigen, dass jeder einzelne Punkt mit dem anderen Hand in Hand geht – was wir im Moment nicht dürfen. Ich nenne die Zahl 75 % Kontakteinschränkung. Wir alle miteinander – diejenigen Parteien, die die Demokratie unterstützen wollen, ich spreche hier nicht alle an, das können Sie sich vorstellen – haben gesagt: Wir stehen dazu. Wir wollen die Kinder in den Kitas und die Jugendlichen in den Hochschulen belassen. Das ist uns wichtig, weil sie lernen, weil sie sich entwickeln müssen. Das ist auch aus ganz anderen Gründen wichtig. Wir wissen, dass es manche Kinder auch zu Hause sehr schwer haben, weil sie Eltern haben, die ihnen nicht helfen können, oder weil in ihrer Familie das Thema Gewalt eine Rolle spielt. Kinder brauchen den Kontakt zu anderen Kindern. Wir wollen es auf der anderen Seite den Eltern ermöglichen, ihrem Beruf nachzugehen, ganz besonders den Frauen, die in diesem Jahr ganz riesige Leistungen vollbracht haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben nicht nur ihren Beruf und den Haushalt gemeistert, sondern waren auch Lehrerin für die Kinder, Fahrerin für die Kinder und Motivatorin in der Familie. Die Frauen hatten einen Multiplexjob und waren manchmal am Ende ihrer Kräfte. Auch an sie wollten wir denken. Das ist ein erstes Beispiel dafür, dass wir Dinge anders als am Anfang machen wollen. Wir haben festgestellt, dass es Punkte gibt, bei denen wir anders handeln wollen.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist der Umstand, dass wir uns nicht nur um die Kinder und Jugendlichen kümmern, sondern auch um die älteren Menschen, diejenigen, die in Einrichtungen leben und jetzt Angst haben, dass sie wieder keinen Besuch mehr bekommen dürfen. Wir haben gesagt, dass wir das anders machen wollen. Menschen, die im Krankenhaus sind, und Menschen, die am Ende ihres Lebens sind, sie alle haben wir im Blick. Das ist die Solidarität, die man uns von der AfD allen hier abgesprochen hat. Dagegen wehre ich mich mit aller Kraft! Nein: Wir waren solidarisch!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen jetzt dringend handeln. Schauen wir doch auf die Zahlen, die sich inzwischen in den Krankenhäusern manifestieren. Es hat nicht einmal eine Woche gebraucht, bis sich die Zahl der Intensivpatienten verdreifacht hat. Wollen wir uns das in aller Ruhe anschauen und abwarten, bis die Zahlen nach oben schnellen? Wissen wir immer noch nicht, was der Begriff "exponentiell" bedeutet? Das muss ich Ihnen heute nicht vorrechnen. Das ist bestimmt nicht das Thema.

Wir müssen eher hinhören, wenn Ärzte zu uns sagen: Helfen Sie uns, damit wir in den Krankenhäusern langsam wieder zurückfahren können und uns vorbereiten können. Wir hören Pfleger, die uns via Fernsehen sagen: Wir haben riesige Sorgen bei dem, was passiert. – Unserem Ministerpräsidenten wurde der Vorwurf gemacht, dass er sich Gedanken darüber gemacht hat, irgendwann den Katastrophenfall ausrufen zu müssen. Ich frage Sie: Wie sollen wir es denn sonst schaffen, Pflegepools zu erreichen? Das sind ganz wichtige Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen und auf die wir uns vorbereiten müssen.

Wir haben in diesen Zeiten viel getan. Der Ministerpräsident hat es schon gesagt. Wir haben 50 % mehr Intensivbetten geschaffen. Wir haben 2.000 Betten in der Notfallreserve, die wir innerhalb kürzester Zeit auffahren können. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir weiterhin sehr viel getan, um die Pflegekräfte nach vorne zu bringen und ihnen Unterstützung zu geben. Tanja Schorer-Dremel hat gestern ganz emotional gesagt, wie wichtig es ist, daran zu denken, dass das medizinische Personal unseren Schutz braucht. Das ist ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Wir müssen dem Pflegepersonal helfen, dass es sich möglichst nicht ansteckt, obwohl wir jetzt, leider Gottes, schlimme Beispiele sehen. Das Pflegepersonal darf nicht total überarbeitet und am Ende seiner Kräfte sein. Diese Themen stecken in diesem Paket drin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gar nicht so viel zu sagen, weil ich einfach felsenfest davon überzeugt bin, dass wir den richtigen Weg gehen. Wir tun etwas zu einem Zeitpunkt, wo das dringend notwendig ist. Wir müssen vor allem eines erkennen: Wir haben mit unseren AHA-Regeln und der Eigenverantwortung der Menschen die Situation über den Sommer hinweg im Griff behalten können. Wir waren draußen. Wir sehen aber, dass sich die Sache ändert, wenn wir wieder in geschlossene Räume kommen. Herr Prof. Dr. Sahin, der Entwickler eines Impfstoffes, hat vor Kurzem gesagt, man sollte sich möglichst überhaupt nicht in geschlossenen Räumen treffen, weil die Aerosole, die im Raum stehen, so gefährlich seien, es sei denn, man hat eine Klimaanlage, wie wir sie hier haben, oder man lüftet ständig, was allerdings auf die Dauer etwas kalt wird.

Daran wollen und müssen wir uns orientieren. Es ist gefährlich! Wir müssen loslegen! Wir müssen den Menschen sagen: Viele von euch haben wirklich sehr sorgfältig gehandelt und sich zurückgenommen. Viele sind nicht mehr rausgegangen und haben keine großen Feste gefeiert. Andere haben das aber schon getan. Manche sind auch aus dem Ausland gekommen und haben etwas mitgebracht. Das waren nicht nur unsere eigenen Leute, sondern auch andere. Es gibt die verschiedensten Gründe, warum es passiert ist. Deswegen ist es jetzt so wichtig, dem einen Stopp entgegenzuhalten und zu sagen: So machen wir nicht weiter! Wir haben auf dem Weg in den Winter und auf dem Weg in die Weihnachtsfeiertage etwas anderes im Sinn, als draußen herumzuspringen.

Ich verstehe, dass das nicht leicht ist. Ich verstehe auch unsere Gastwirte, denen das unendlich schwerfällt, weil sie so viel Herzblut in kreative Ideen und Konzepte gesteckt haben. Aber 75 % ist eine Zahl, die auch den Gastwirten hilft. Ich habe

bei mir eine super Resonanz bekommen. Viele haben gesagt: Das, was ihr uns hier bietet, ist eine echte Entschädigung. Das ist klasse. Das hätten wir von der Politik nicht erwartet, dass das so gut gehen wird.

Also: Packen wir es an! Nehmen wir es an! Jammern wir nicht, sondern gehen wir das Problem getrost miteinander an! Wir werden es schaffen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Dr. Merk, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Ich habe den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion. Bitte, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Sehr geschätzte Frau Dr. Merk, in Ihrem Antrag lese ich den Satz: "Der Landtag bittet die Staatsregierung, bei ihren weiteren Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie auch künftig den Landtag eng einzubinden."

Zunächst einmal Chapeau. Diese Wörter "auch künftig" sind eine sehr humorvolle Formulierung. Meine Frage an Sie lautet: Was genau würden Sie sich denn wünschen, wie der auch noch irgendwie vorhandene Landtag von der ach ja so lieben Staatsregierung künftig eingebunden werden möge?

Dr. Beate Merk (CSU): Ich denke, dass auch diese Frage von Ihnen mehr humoristisch gemeint war. Sehe ich mir die heutige Debatte und die heutige Diskussion an, kann ich nur sagen: Gott sei Dank haben wir diese Debatte durchgeführt, damit die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sehen, wer wie denkt. Das ist unendlich wichtig. Das haben Sie heute wieder sehr gut untermauert. Ich bin davon überzeugt, dass wir zum richtigen Zeitpunkt, dann, wenn das notwendig ist, unsere Staatsregierung haben werden, die das, was die Gesetze ihr vorgeben, ausfüllt und die mit Kreativität in dringlichen Situationen voranschreitet. Ansonsten werden wir natürlich einbezogen. Ich weiß gar nicht, was Sie haben. Was tun wir denn gerade hier?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Merk. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Thomas Gehring für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir reden hier in einer Sondersitzung über Dringlichkeitsanträge. Das zeigt, dass das Parlament in Bayern vital ist und nicht durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vitalisiert werden muss. Wir sprechen heute nicht zum ersten Mal über die Corona-Pandemie in Bayern. Wir sprechen auch nicht über die ersten Dringlichkeitsanträge zu diesem Thema. Allein meine Fraktion hat in den Ausschüssen und im Plenum 122 Anträge zu diesem Thema eingebracht.

Dazu brauchen wir keine Regierungserklärung. Die Frage ist auch nicht, ob uns der Ministerpräsident heute nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz großmütig als Landtag beteiligt hat. Die Frage ist: Ist das Parlament willens und in der Lage, sich zu beteiligen? Hat sich das Parlament selbst in die Lage versetzt – nur das Parlament als Gesetzgeber kann dies tun –, sich am Regierungshandeln zu beteiligen? Das ist die Frage. Die Antwort für Bayern lautet: Nein, nicht ausreichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind nicht die einzigen Landtage, die heute debattieren. Etwa 200 Kilometer entfernt tagt heute auch der Landtag von Baden-Württemberg. Sie haben dort zumindest ebenfalls um 13 Uhr begonnen. Dort gibt es eine Regierungsinformation des Ministerpräsidenten. Diese ist gesetzlich vorgesehen. Dort hat sich der Landtag mit dem Gesetz über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen, das dieses Jahr im Juli verabschiedet wurde, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen gegeben. Die Beratung geschieht auf gesetzlichen Grundlagen. In dem Pandemiegesetz ist geregelt, dass Verordnungen dem Parlament innerhalb von 24 Stunden zugeleitet werden müssen. Das Parlament diskutiert diese Verordnungen öffentlich und gibt sein Votum ab. Der Ministerpräsident gibt dem Landtag Bericht. Das ist Parlamentsbeteiligung, die gesetzlich verankert ist. Das ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe müssen wir uns geben. Dazu müssen wir uns selbst ermächtigen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Als Fraktion des Bayerischen Landtags haben wir entsprechende Vorschläge unterbreitet. Ein entsprechendes Gesetz befindet sich nach der Ersten Lesung gegenwärtig noch im Verfahren. Sie können dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir als grüne Abgeordnete sowie die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen sind draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern und sind viel mit diesen Themen befasst. Wir bekommen vieles mit, was die Menschen bewegt und was ihnen Sorge bereitet. Wir müssen diese Fragen, Nöte und Sorgen dann in Form von Anfragen, Anträgen, Gesetzen und Beschlüssen an den Landtag und an die Regierung herantragen.

Ob die Parlamentsbeteiligung verbessert werden kann, ist keine Frage des Ministerpräsidenten, sondern eine Frage der Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus. Ein Parlament ist umso stärker, je selbstbewusster die Regierungsfractionen gegenüber ihrer eigenen Regierung auftreten. Nach unseren Vorstellungen ist ein starkes Parlament zur Pandemiebekämpfung unbedingt nötig. Es geht um Eingriffe in die Freiheitsrechte von Menschen, um weitreichende Entscheidungen mit wirtschaftlichen Folgen und um die Gesundheit unserer Bevölkerung, deren Schutz unser wichtigster Auftrag ist.

Regierungshandeln – auch wenn es schnell und agil sein muss – muss sich innerhalb von Bahnen und Leitplanken bewegen, die vom Parlament gezogen sind. Wir als Opposition haben dazu Vorschläge unterbreitet. Sie als Regierungsfractionen können auch Vorschläge einbringen; denn die Mehrheit entscheidet. Es wäre ein starkes Stück der Beteiligung, wenn Sie heute unseren Dringlichkeitsanträgen zustimmen würden. Sie können auch unserem Gesetzentwurf zustimmen, der noch beraten wird. Sie können dazu auch Änderungsanträge vorlegen. Vielleicht erhalten Sie auch die Mehrheit dafür. Am besten wäre aber, Sie würden unserem Gesetzentwurf ohne Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Linie ist kritisch-konstruktiv. Gemeinsam mit unserem grünen Ministerpräsidenten und den GRÜNEN in den anderen Landesregierungen stehen wir zu dem Beschluss der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin. Es ist schon ein Fortschritt, dass unser Bayerischer Ministerpräsident Söder dieses Mal nicht noch größer, schöner, härter und schneller sein will, sondern sich für ein bundesweit einheitliches Vorgehen ausspricht. Wir machen in unserem Antrag deutlich, dass auch wir während des Lockdowns hoffen, dass es danach so bleibt. Bayerische Alleingänge schaden Bayern mehr, als dass sie nützen.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Alle anderen sind uns jetzt gefolgt!)

Herr Ministerpräsident, wir werden dem Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zustimmen, weil damit der Ministerpräsidentenbeschluss noch einmal gefasst wird. Natürlich sind dies schwere Beschlüsse. Natürlich haben wir sehr kontrovers diskutiert, ob diese zu weitreichend sind oder nicht. Wir stehen aber zu diesen Beschlüssen. Deswegen werden wir den Anträgen der SPD und der FDP nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe es nicht ganz: Sie haben doch SPD-Ministerpräsidenten. Gut, zu FDP-Ministerpräsidenten will hier jetzt nichts sagen. Wir stehen aber zu diesen Beschlüssen. Es wäre gut, wenn Sie dies auch tun würden. Wir erwarten allerdings, dass Herr Ministerpräsident Söder weiterhin bei den Beschlüssen bleibt, auch in 14 Tagen und in vier Wochen. Wir erwarten, dass in 14 Tagen, wenn die erste Bilanz gezogen wird, auch hier im Parlament berichtet wird. Wir haben dann Parlamentssitzung. Das ist eine gute Gelegenheit, das Parlament wieder über den gegenwärtigen Stand zu informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Leute sagen, wenn man so mit ihnen redet: Wir leben in einer komischen Zeit. Abstand halten, Maske tragen, anderen Menschen nicht nahe sein – eine komische Zeit. Ich gehe manchmal im Allgäu ganz gerne allein auf den Berg. Ich bin auch sehr gerne allein auf dem Gipfel. Aber wenn ich herunterkomme, bin ich auch gerne wieder bei den Leuten. Der Ministerpräsident hat gesagt, der November sei nicht sein Lieblingsmonat. Gut, im November kann man auch mal bei Kerzenschein zu Hause mit einem Glas Wein oder einer Tasse Tee in der Hand ein Buch lesen. Man kann auch melancholische Spaziergänge im Nebel unternehmen. Aber es stimmt schon: Auch eine Frohnatur kann im November depressiv werden. Unsere gesellschaftliche Herausforderung liegt darin, diesen Monat und diesen Lockdown zu überstehen, die menschliche Nähe nicht zu verlieren und Abstand zu halten, aber Gemeinschaft zu bewahren.

Der Lockdown ist für viele Menschen schwer. Manche Menschen wie Alleinstehende, Menschen mit Behinderungen, Jugendliche, Senioren und viele mehr leiden schwer darunter. Aus dem ersten Lockdown sollten wir gelernt haben: Wir müssen uns um diese Menschen besonders kümmern. Deswegen haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag auch einen Schwerpunkt auf Maßnahmen gelegt, wie wir diese Menschen besonders unterstützen können. Ein Vorschlag lautet zum Beispiel: Begegnen Sie diesem Lockdown mit einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne, digital oder analog, um Menschen über diese Maßnahmen zu informieren, auch mehrsprachig und in Leichter Sprache. Informieren Sie über die Hilfsangebote, auch für Menschen in Krisensituationen, ob diese nun durch eine Lockdown-Depression oder durch Familienstreitigkeiten bedingt sind, sowie für Frauen und Kinder. Führen Sie diese Kampagne nicht nur landesweit durch, sondern unterstützen Sie auch inklusive Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen, damit alle, die Hilfe brauchen, auch Hilfe finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Ihnen eine Gruppe von Menschen ganz besonders ans Herz legen, die beim ersten Lockdown vergessen worden ist: Es geht um die Menschen in Selbsthilfegruppen, zum Beispiel bei psychischen Krankheiten. Diese müssen sich auch weiterhin unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln treffen können. Die Begegnung ist dabei wichtig für das Gesundwerden, ja sogar lebenswichtig. Vergessen Sie diese Menschen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bereits die Schulen angesprochen: Uns war es schon sehr früh wichtig, dass die Schulen, die Kindertagesstätten und die Hochschulen offen bleiben. Die Schulen brauchen dann aber Unterstützung. Schulleiter wissen am Morgen oft

nicht, ob eine Klasse in Quarantäne ist. Mittlerweile sind 50.000 Schüler nicht an den Schulen – das war der Stand am Mittwoch – sowie 3.200 Lehrerinnen und Lehrer. 120 Schulen sind geschlossen. Hier muss schnell reagiert werden. Deswegen fordern wir eine Taskforce Schule mit Gesundheitsexperten und Juristen, damit Schulleiterinnen und Schulleiter schnell Hilfe bekommen. Diese haben momentan andere Sorgen als die Frage, ob die Jahresstatistik vom Oktober fertig ist oder ob die Evaluationsbögen ausgefüllt sind.

Wir brauchen Unterstützung für die Menschen in Seniorenheimen, Behindertenheimen und Krankenhäusern, damit Besuch und sozialer Kontakt weiterhin möglich ist. Dazu gehört, dass die Besucherinnen und Besucher, das Personal sowie die Bewohnerinnen und Bewohner endlich regelmäßig getestet werden. Es muss eine richtige Teststrategie geben. Diese gibt es nicht. Die Menschen, ob in Schulen oder in Pflegeheimen, brauchen entsprechende Schutzkleidung und FFP2-Masken für alle. Eine weitere Erfahrung aus dem ersten Lockdown ist: Freiräume wie Grünflächen und Spielplätze müssen offen bleiben.

Wir müssen natürlich auch über die Zeit nach dem Lockdown nachdenken und jetzt die Zeit nutzen, um Wissen zu erwerben und zu forschen. Wir haben es schon öfters gehört: 75 % der Infektionen sind nicht nachvollziehbar und nicht lokalisierbar. Die Gesundheitsämter müssen besser mit Personal und der entsprechenden Software ausgestattet werden, um die Daten erheben und aggregieren zu können. Wir brauchen wissenschaftliche Expertise und Forschung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Virus kann man nicht diskutieren. Man kann nur Wissen über dieses Virus gewinnen, und man kann klüger als es sein. Seien wir deshalb klug, halten wir zusammen! Dazu gehört, dass wir im privaten Bereich und als Politik stark sind. Meistern wir diese Corona-Krise gemeinsam!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der Abgeordnete Markus Bayerbach von der AfD hat eine Zwischenbemerkung.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Kollege Gehring, ich kenne Sie als einen Mann der klaren Worte. Ich fand es schön, dass Sie heute den "grünen" Ministerpräsidenten Söder erwähnt haben. Oder habe ich das falsch verstanden? Ich habe auf jeden Fall eines nicht verstanden: Ihr Antrag ist ein wunderbares Schulterklopfen für die Regierung und eine Aufzählung von Wünschen. Sie tragen das Ganze so unkritisch mit. Ich verstehe dann nicht, warum Sie es so wichtig finden, dass das Parlament beteiligt wird, wenn man selber überhaupt gar keine Kritik an dem Kurs äußert. Das passt irgendwie nicht zusammen. Haben Sie gar nichts daran zu kritisieren, wie das Ganze läuft?

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Bayerbach, wenn Sie unsere 122 Anträge gelesen hätten, dann hätten Sie sehr viel Kritik sehen können. Wir machen das konstruktiv, vielleicht auch verbindlich im Ton, aber doch als klare Politik in der Sache. Wenn Sie unseren Antrag lesen, dann sehen Sie eine Reihe von Forderungen und klaren Vorschlägen. Das heißt, wir kritisieren nicht nur, sondern wir unterbreiten auch Vorschläge, wie man es besser machen kann. Da gibt es einiges zu tun. Auch wenn wir diesen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mittragen, so zeigt das doch, dass wir im Land viel zu tun haben.

Wenn Sie die Rede des Kollegen Hartmann und meine Rede gehört haben sowie unseren Antrag lesen, dann wissen Sie, was alles in Bayern besser gemacht werden kann. Dafür stehen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Ich gebe bekannt, dass auch die CSU-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat, und erteile dem Abgeordneten Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, den unsäglichen Zustand, dass bei der Bekämpfung der Pandemie per Infektionsschutzverordnungen an unserem Parlament vorbei regiert wird, haben Sie gestern noch einmal manifestiert. Herr Ministerpräsident, zu dieser traurigen Realität gehört auch, dass Sie die kritischen Stimmen Ihrer eigenen Partei ausblenden und die Befindlichkeiten Ihres Koalitionspartners in Teilen negieren.

Herr Söder, dieses Parlament ist nicht Ihre ganz persönliche, großartige Kulisse. Dieses Hohe Haus ist der Ort, an dem 205 Abgeordnete debattieren und den Willen des Volkes zu Gesetzen gerinnen lassen – zu Gesetzen und nicht zu Verordnungsermächtigungen, die dazu geeignet sind, die Grundrechte und die Freiheit unserer Bürger auszuhebeln.

(Beifall bei der AfD)

Der Grundtenor der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Wesentlichkeitstheorie ist, dass immer das jeweilige Parlament die Instanz sein soll, von der Grundrechtseingriffe diskutiert und beschlossen werden, zumal wenn ein bestehendes Infektionsschutzgesetz so ausgedehnt wird, dass es langsam in den hässlichen Bereich eines Ermächtigungsgesetzes vordringt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Da kennt er sich aus! – Beifall)

– Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Zwischenbemerkungen waren schon von wesentlich besserer Qualität.

(Zuruf)

Bayerische Bürger dürfen niemals illegitim drangsaliert werden. Nicht einmal der Anschein darf entstehen. Maß und Ziel festzusetzen, ist und bleibt einzig die Aufgabe der Legislative.

Sie bekommen kraft unseres heutigen Antrages von uns drei Aufgaben mit auf den Weg:

Erstens. Prüfen Sie unverzüglich, inwieweit bei strikter Beachtung der föderalen Gesetzgebungskompetenz nach dem Grundgesetz auf Landesebene eine adäquate Gesetzesgrundlage zur Pandemiebekämpfung geschaffen werden kann, die auch bei weitreichenden Maßnahmen die Mitwirkung des Landtages vorsieht. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes war nie für den Einsatz bei einem vermeintlich nationalen Gesundheitsnotstand konzipiert.

Zweitens. Ergreifen Sie unverzüglich eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die dazu geeignet ist, einen nationalen Gesundheitsnotstand vernünftig zu regeln.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Hören Sie doch mal zu!)

Vernünftig geregelt wäre er, wenn insbesondere eine parlamentarische Mitwirkung in der Weise vorgesehen wird, dass die zuständigen Parlamente die Maßnahmen der Exekutive auch außer Kraft setzen können. Und – das ist besonders wichtig –: Erwirken Sie eine Änderung, die dafür Sorge trägt, dass die Verordnungsermächtigungen für die Landesregierungen nur in der Weise ausgeübt werden können, dass ein Erlass der Zustimmung des jeweiligen Landesparlamentes bedarf, also unserer aller Zustimmung.

Drittens. Tragen Sie dafür Sorge, dass die Maßnahmen zu Pandemie-Bekämpfung, die ab dem 02.11.2020 verhängt werden, unverzüglich zurückgenommen werden und wieder nach dem bewährten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gehandelt wird!

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, neben diesen administrativen Ausführungen hat unsere Fraktion noch einige ganz persönliche Bitten an Sie. Gestern haben Sie sich am Ende der Pressekonferenz in Aussagen verstiegen, die nicht nur von den Medien, sondern auch von den Bürgern so interpretiert wurden, dass es ähnlich wie bei einer Ruhestörung zur Selbstverständlichkeit gehöre, die Polizei zu informieren, wenn beim Nachbarn zu viel Besuch aufschlage. Vor etwa einer Stunde wollten Sie das gestern Gesagte leider nicht mehr wahrhaben. Bitte unterlassen Sie es, aus verängstigten Bürgern Denunzianten zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Duktus entspricht weder bayerischer Lebensart noch der eigentlich von Ihnen zu erwartenden fränkischen Gelassenheit. Herr Ministerpräsident, jede körpersprachliche Entgleisung, jede vielleicht auch unbewusste Wortwahl ist auch immer der verdeckte Ausdruck innerer Haltung.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Halten Sie etwas mehr Distanz zu IM Erika. Da darf es gern mehr als 1,5 m Abstand sein. Dann klappt es in Bayern auch wieder mit dem "Mia san mia".

Unsere Vorstellungen eines bayerischen Weges lauten: Nur verhältnismäßige Maßnahmen ergreifen, die nach wissenschaftlichem Diskurs entschieden werden, wobei alle Sichtweisen Berücksichtigung finden müssen. Die selektive Vorauswahl wissenschaftlicher Expertise, wie Sie sie betreiben, ist Auswuchs des von Ihnen auch andernorts ausgeübten Meinungstotalitarismus, ist Ausdruck Ihrer Überheblichkeit.

(Beifall bei der AfD)

Niemals Gesetze dehnen und Verordnungen missbrauchen, um die Rechte des bayerischen Parlamentes, des obersten Souveräns, zu umschiffen!

Herr Söder, die von Ihnen zur Perfektion getriebene Ausgrenzung aller Parlamentarier – ja, Sie machen das weitreichend auch mit Ihren eigenen Parteifreunden – ist der ganz individuelle Abgesang Ihrer Staatsregierung auf unsere Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Nur wir von der AfD sind der parlamentarische Arm der bezüglich Corona-Maßnahmen kritischen Menschen. Wir repräsentieren in diesem besten Sinne hier im Hohen Hause mittlerweile mehrere Millionen unserer bayerischen Bürger.

Keine Ängste schüren! Herr Ministerpräsident, Sie haben leider gerade eben in Ihrer Regierungserklärung genau das wieder getan. Sie versuchen, das Volk mit selektiv ausgesuchten Krankengeschichten einzuschüchtern. Sorgen Sie besser für Vertrauen in die Institutionen, und rufen Sie bitte nicht mehr zu Denunziationen auf.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, halten Sie die Gesellschaft zusammen;

(Zuruf)

– denn, liebe Kollegin, unsere Gesellschaft besteht eben auch aus obrigkeitskritischen Menschen und aus Menschen, die noch reflektiert denken können.

Bitte gebrauchen Sie die eh schon von den Folgen des Sommers 2015 strapazierten Polizistinnen und Polizisten nicht als Ihre privaten Inquisitoren, sondern lassen Sie den Beamten das wichtige und gute Gefühl, Freund und Helfer der bayerischen Bürger sein zu dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Alles Handeln der Regierung ist immer aus der Perspektive der Geeignetheit und der Erforderlichkeit zu prüfen. Beides ist quasi in Subsumption noch einmal hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit zu betrachten. Wenn dann dieser Prozess noch mit einer breiten parlamentarischen Beteiligung geschieht – gerne vielleicht auch mittels eines zu errichtenden Sonderausschusses –, dann ist auch in Bayern wieder sichergestellt, dass alle Macht nicht von der Staatsregierung, sondern vom bayerischen Volk ausgeht.

(Beifall bei der AfD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Alle Anträge der anderen Fraktionen lehnen wir ab. Gott mit uns und wir alle gemeinsam für unseren bayerischen Freistaat!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und nun eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Bausback von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Böhm, kennen Sie vielleicht einen der kürzesten juristischen Schriftsätze, den unter dem Datum 20. Februar 1976 der Generalstaatsanwalt von Alabama Bill Baxley dem Rechtsradikalen Edward R. Fields geschrieben hat? Falls Sie den nicht kennen, würde ich empfehlen, dem mal nachzugehen. Ich denke, das wäre ein Spruch, den ich hier nicht wiederholen kann, der aber auf Ihre Rede sehr gut passen würde.

Martin Böhm (AfD): Ich darf einmal ganz gelassen in die Runde fragen – man möge bitte die Hand heben –: Wer von Ihnen, meine lieben Damen und Herren, ist alles Jurist?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Böhm, die Abstimmungen hier werde ich organisieren.

Martin Böhm (AfD): Es gibt also hier wahrscheinlich viele Juristen, aber auch viele Architekten, viele Handwerker und viele Volks- und Betriebswirte. Gott sei Dank kann sich nicht jeder mit den Sachen beschäftigen, mit denen sich zu beschäftigen natürlich Sie in Ihrer professoralen Art und Weise die Gelegenheit hatten. Insofern betrachte ich Ihre Intervention als gute Möglichkeit für Sie, sich hier selber etwas

hervorzuheben. Aber in die Tiefe mag ich an der Stelle gar nicht gehen. Unsere Bürger draußen haben ehrliche Worte verdient und kein juristisches Geschwurbel, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe bekannt, dass auch noch die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich rufe als nächste Rednerin Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt wohl wirklich allen vernünftigen Demokraten hier im Hohen Haus und auch draußen im Land klar, dass die Lage ernst ist. Man konnte wirklich sehen, dass sich die Ministerpräsidentinnen, die Ministerpräsidenten und auch die Kanzlerin die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Es ist richtig, dass sich das Infektionsgeschehen so rasant entwickelt hat, dass man es nicht einfach laufen lassen konnte. Deswegen stimmen wir dem Maßnahmenpaket insgesamt zu.

Das Paket beinhaltet aber schon sehr einschneidende Maßnahmen und teilweise sehr schmerzliche Einschränkungen für die Menschen. Für solche Eingriffe in das persönliche Leben der Bürgerinnen und Bürger kann es nur eine Begründung geben, nämlich den Gesundheitsschutz und die Eindämmung des Virus. Alle Maßnahmen müssen daran gemessen werden, ob sie wirklich notwendig und vor allem wirksam sind. Wir sind nämlich nicht mehr in der ganz gleichen Lage wie im Frühjahr; denn das Virus breitet sich nicht mehr wie zu Jahresbeginn überraschend aus. Wir haben eine erste Pandemiewelle hinter uns gebracht, konnten Erfahrungen sammeln und dazulernen. Es ist nach dem ersten dramatischen Anstieg gelungen, das Infektionsgeschehen einzudämmen. Die Maßnahmen konnten schrittweise gelockert werden. Man konnte ausprobieren, mit welchen Maßnahmen wieder ein relativ weitgehend normales Alltagsleben geführt werden kann. Man hatte sehr viel Zeit, um auszuwerten, was gut und weniger gut funktioniert hat. Es war gut, dass die Menschen bereit waren, ihre Kontakte massiv einzuschränken. Das müssen wir auch jetzt wieder tun. Wir haben aber bei einigen Maßnahmen gesehen, dass sie sich als gar nicht so notwendig und gar nicht wirksam herausgestellt haben. Das konnte man beim ersten Mal vielleicht nicht alles wissen, jetzt jedoch schon. Jetzt wissen wir mehr.

Ich kann deshalb manches nicht nachvollziehen. Dieses Nichtvorbereiten führt dazu, dass wir jetzt wieder ein allgemeines Herunterfahren praktizieren müssen, und zwar in Bezug auf ganze Branchen und Lebensbereiche, ohne Unterschied, ob es das jetzt wirklich dringend braucht. Wir wissen, dass eine Reihe von Verboten und Einschränkungen für die Eindämmung der Pandemie keinen Nutzen hatte. Dafür, dass jetzt gesagt wird, da können wir jetzt aber nicht differenzieren, da können wir keine Rücksicht nehmen, sondern müssen schnell handeln, fehlt mir an der Stelle das Verständnis. Warum wurde das bitte nicht besser vorbereitet? Wir wissen doch spätestens seit März, dass eine zweite Welle droht. Das haben alle gesagt, auch Sie, Herr Ministerpräsident. Es kann doch nicht sein, dass man da wie auch bei Beginn der Sommerferien oder beim Beginn des Schuljahres überrascht tut.

Ich finde es erschreckend, dass die Zeit nicht genutzt wurde, um die Maßnahmen besser vorzubereiten und für den Fall zu planen, von dem wir wussten, dass er eintreten könnte. Es ist eine Zumutung, dass wir jetzt wieder weitgehend Tabula rasa machen müssen, aber die Möglichkeit gehabt hätten, einen Maßnahmenplan vorzubereiten, der differenzierter vorgeht. Zum Beispiel kann man in der Gastronomie mit vernünftigen Gründen für eine zeitweilige Sperrstunde ab 22 Uhr argumen-

tieren. Aber nun die Wirte und auch andere, die sich besonnen an Hygiene- und Abstandsregeln halten, ihre Masken tragen, ihre Kontakte beschränken, ihre Daten angeben, praktisch daheim einzusperrn, das bringt nicht viel, um die Pandemie einzudämmen. Das ist mir wichtig: Es bringt nichts. Das hat auch das Robert Koch-Institut weder vorgeschlagen noch eingefordert.

Das gilt auch für den Freizeit- und Amateursport. Es mag Sportarten geben, die eine hohe Infektionsgefahr mit sich bringen, aber andere eben nicht. Warum soll man diese Sportarten untersagen, wenn man weiß, dass das jetzt gar nichts bringt? Für so drastische Verbote braucht man gute Begründungen und die nötige Sorgfalt. Da muss man differenzieren können. Das hätte man besser vorbereiten können. Jetzt müssen wir die kommenden vier Wochen nutzen, um diese Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Kultur ist nicht nur ein Freizeitvergnügen, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens und unserer Gesellschaft. Wenn die Produktion von Waren weiterläuft, müssen wir nach Wegen für Kunst und Kultur suchen.

Wer jetzt der Bevölkerung so viel abverlangt, muss sich auch fragen lassen, ob man selber alle Hausaufgaben gemacht und alles dazu beigetragen hat, um Zumutungen zu vermeiden. Das ist nicht an jeder Stelle der Fall. Die Gesundheitsämter sind heillos überlastet und schon länger personell wie finanziell viel zu schlecht ausgestattet. Insofern fordern wir bereits seit einem längeren Zeitraum immer wieder Verbesserungen.

Es werden hektisch Hilfskräfte abgestellt. Dass die Gesundheitsämter nicht mehr hinterherkommen, ist einer der Hauptgründe für den Lockdown. Dieses Problem muss oberste Priorität haben. Da können wir jetzt nicht mit Bonus-Zuckerl arbeiten, sondern müssen tatsächlich auch die Kommunen finanziell entsprechend ausstatten. Die Kommunen müssen diese Kosten refinanziert bekommen. Das wäre jetzt angesagt.

(Beifall bei der SPD)

Für den Lockdown gibt es zwei wesentliche Gründe: die Überlastung der Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung der Kontakte und die drohenden Engpässe in der Intensivmedizin. Wir müssen genau an diesen beiden Stellen umsteuern. Dieser Vorschlag ist auch Kern unseres Dringlichkeitsantrags.

Wir können die Teststrategie effizienter gestalten. Ich habe dieses Thema bereits einmal eingebracht. Dazu gehört die Möglichkeit einer gepoolten, also gebündelten Auswertung. Bei der Kontaktnachverfolgung können wir das sogenannte japanische Modell anwenden. Das heißt, es wird nicht jedem Einzelkontakt nachtelefoniert, sondern geprüft, wann und wo sich eine infizierte Person in Gruppen aufgehalten hat. Dann werden die Teilnehmer dieser Gruppen vorsorglich für fünf Tage in Quarantäne gesteckt und nach fünf Tagen getestet. Das ist viel effizienter und kann von den personell knappen Gesundheitsämtern besser geleistet werden. Dies ist auch insofern effizienter und epidemiologisch sinnvoll, als man dadurch Superspreader-Events verhindern kann.

(Beifall bei der SPD)

Der Personalmangel in den Kliniken spitzt sich zu. Gerade hat die Vereinigung der Pflegenden in Bayern Alarm geschlagen. Auch der Präsident der Vereinigung der Intensivmediziner warnt. Das heißt auch, dass wir die personellen Kapazitäten in den Krankenhäusern wieder auf die Intensivmedizin konzentrieren und gebebe-

nenfalls wieder elektive Eingriffe zurückstellen müssen, vielleicht bei Ausrufung eines Katastrophenfalls. Das heißt aber auch, dass wir Krankenhäuser, die das leisten und hierfür Personal bereitstellen müssen, bezüglich der entgehenden Einnahmen und entstehenden Kosten zuverlässig entlasten müssen. Da muss Bayern notfalls einspringen. Dann können wir auch umsteuern und dem akut drohenden Personalmangel in der Intensivmedizin, der einer der Hauptgründe des Lockdowns ist, entgegenwirken. Das sind ganz konkrete Maßnahmen, die wir ergreifen können.

Wir hätten uns mit einer guten Vorbereitung auch manches ersparen können. Jetzt müssen wir die Maßnahmen so vorbereiten, dass wir nach den vier Wochen – bitte differenziert für einen längeren Zeitraum – mit der Situation umgehen können. Wir werden mit dem Virus noch länger leben müssen.

Noch einmal ganz klar: Man kann die Maßnahmen des Lockdowns mittragen – aus übergeordneten Überlegungen, auch um die nötige Gemeinsamkeit zu zeigen; und dies tun wir. Aber es sind nun einmal einschneidende Beschränkungen, die viele Menschen hart treffen. Deren Sorgen und Ängste ernst zu nehmen, heißt eben auch, die Notwendigkeit gründlich zu prüfen. Wenn wir fordern, dass nach zwei Wochen alles auf den Prüfstand muss, dann ist das doch keine Nestbeschmutzung, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit und ein Zeichen von Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Dem gemeinsamen Kurs von Bund und Ländern können wir zustimmen, nicht aber Ihrem Dringlichkeitsantrag. Es geht nicht, wie es bei Ihnen formuliert ist, um einen Schulterschluss der Exekutive und der Legislative. Unsere verfassungsgemäße Aufgabe ist in der Demokratie eine andere. Wir haben – aus gutem Grund – eine Gewaltenteilung. Wir können trotzdem mal eine gemeinsame politische Meinung vertreten, aber ein solcher Schulterschluss ist hier nicht angebracht. Und zu der Formulierung "Der Landtag bittet die Staatsregierung, bei ihren weiteren Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie auch künftig den Landtag eng einzubinden": Nein, es ist nicht unsere Rolle, die Regierung um so etwas zu bitten. Wir sind der vom Volk gewählte Gesetzgeber, und das ist ein ganz anderes Verständnis. Deshalb können wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Zum Schluss: Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie nehmen Vorschläge und Hinweise entgegen. Wir haben jetzt einiges vorgetragen und vorgelegt. Bitte nehmen Sie es ernst und prüfen Sie es.

Eine Bitte noch ganz zum Schluss: Bitte reden Sie die Corona-Warn-App nicht schlecht, sondern werben Sie für eine verantwortungsvolle Anwendung. Nutzen Sie Ihre umfassende Medienpräsenz, um dieses Angebot auch weiterzuverbreiten und mitzutragen. Wenn die App gut funktioniert, kann sie ein wesentlicher Eckpfeiler auch in der Vermeidung dieser Maßnahmen sein. Wo etwas noch nicht funktioniert, kann es verbessert werden. Aber sie kann ein nützlicher Bestandteil sein. Das geht aber nur, wenn sie auch von uns getragen und angewendet wird.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. Auch die SPD-Fraktion hat nun namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag beantragt. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ministerpräsident hat in seiner Rede von einer Wand gesprochen, auf die wir zufahren. Dem kann ich hinzufügen: aber nicht ganz überraschend. Schon im August haben wir Liberale mit einem Positionspapier vor einer zweiten Welle im Herbst gewarnt und der Regierung eine ausführliche Liste an Hausaufgaben mitgegeben, um ebendieser Gefahr entgegenzuwirken. – Leider hat die Regierung ihre Hausaufgaben offensichtlich nur unbefriedigend gemacht. Ich gebe Ihnen drei kurze Beispiele:

Die technische und personelle Aufrüstung der Gesundheitsämter, damals von uns gefordert: offensichtlich unbefriedigend gelöst. Die nötige Software für den digitalen Distanzunterricht auch schnell und datenschutzkonform bereitstellen: Ja, eine BayernCloud-Schule haben Sie, Herr Söder, im Juli vollmundig angekündigt. Gestern erfuhr ich dann im Bildungsausschuss, dass die Personalressourcen dafür fehlen, dass man im Prinzip noch auf den Haushalt für das nächste Jahr warten müsse und kein Geld aus dem Sonderfonds zur Corona-Pandemie geflossen sei. Also, der Digital-Turbo wird in diesem Jahr in wesentlichen Teilen nicht ankommen.

Oder nehmen wir als drittes Beispiel die Teststrategie. Dort haben wir frühzeitig eine Priorisierung gefordert. Jetzt haben wir einen Probenrückstau. Damit sind viele Tests – auch wenn wir viele durchführen – praktisch nutzlos, weil die Ergebnisse zu spät kommen und dann im Kampf gegen Corona nicht mehr richtig wirken. Hier muss also dringend nachgebessert werden, in der jetzigen Lage umso mehr. Wir müssen auch schauen, dass wir insgesamt eine kontrollierte Gefahrenabwehr schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Aber ganz entscheidend ist dabei eines: Alle Maßnahmen können nur so effektiv sein, wie sie die Bevölkerung umsetzt. Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger – Martin Hagen sagte es vorhin – ist die wichtigste Ressource im Kampf gegen Corona. Wenn man sich zum Beispiel die Reproduktionszahl, den 7-Tage-R-Wert, anschaut, dann stellen wir schon jetzt eines fest: dass die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu wirken beginnt. Am 20. Oktober hatte diese Zahl mit 1,41 ihren Höchststand. Seitdem ist sie jeden Tag kontinuierlich gesunken auf den aktuellen Wert von 1,17. Wenn man sich den aktuellen Punktschätzer anschaut, nicht den 7-Tage-R-Wert, so liegt der Wert sogar unter 1. Das heißt also: Jetzt gilt es, diese Zahl weiter unter 1 zu drücken, zu schauen, dass wir es mit der Mitwirkung aller schaffen, sie deutlich unter 1 zu halten; denn dann ist eines klar: Das exponentielle Wachstum kann man brechen.

(Beifall bei der FDP)

Dabei gilt leider nicht nur das Prinzip zu sagen, Herr Ministerpräsident, wie Sie erklärten: Im März haben die Menschen mitgemacht; ich gehe einmal davon aus, das werden sie jetzt auch tun. – Die Menschen – übrigens auch die Gerichte – haben inzwischen viel klarer die Erwartung, dass alle Maßnahmen konsistent, wirklich geeignet und erforderlich sind, um das Infektionsrisiko effizient zu senken. Nur dann sind sie verhältnismäßig.

Deshalb fordern wir Liberalen ganz klar eine evidenzbasierte Strategie; und ja, unsere Gesundheitsämter schaffen es momentan nur noch, 25 % der Infektionsumfelder zuzuordnen. Ich gebe Ihnen recht, Herr Söder, was zum Beispiel den Verkehr betrifft. Gerade dort gibt es eine große Kontaktfrequenz, beispielsweise in den überfüllten S-Bahnen der letzten Wochen. Dann werden die Zahlen des RKI wahrscheinlich aufgrund dieser vielen Kontakte nicht alles erfasst haben. Das Infektionsumfeld wird sicher unterschätzt worden sein.

Aber dann schaue ich mir an: Was kommt denn von der Regierung an Maßnahmen? – Beim ÖPNV fehlt der Staatsregierung auf der einen Seite außer den Alltagsmasken jegliches Konzept. Auf der anderen Seite haben wir die Gastronomie, das große Symbolprojekt. Aber was sehen wir da? – Eigentlich seit Monaten professionell umgesetzte Hygienekonzepte, Abstandsregeln, feste Tische, Raumluftreiniger oder Heizpilze und nicht zuletzt eine Namenserfassung zur Kontaktverfolgung. Wirkt die denn nicht? Wenn man sich als Ministerpräsident allen Ernstes hinstellt und sagt, das funktioniere alles nicht, dieser Anteil werde wahrscheinlich deutlich unterschätzt, dann gesteht man Staatsversagen ein, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das muss man so deutlich sagen, und ich finde es auch verständlich, wenn dann die Menschen vor Ort sagen, sie würden bei dem ganzen Aufwand der letzten Monate um den Lohn ihrer Arbeit gebracht. Das ist frustrierend, wenn dann solche aktionistischen Maßnahmen kommen. Ja, sie werden vor Ort so wahrgenommen, und das ist die große Gefahr: Sie gefährden damit die Kooperationsbereitschaft breiter Teile unserer Bevölkerung.

Es mag zwar jetzt gelingen, dass einige Personen mit der Riesensumme von 10 Milliarden Euro für einen Monat beruhigt werden können. Aber wir brauchen doch eine langfristige Strategie. Wir müssen doch sehen, dass wir als Staat über diesen langen Winter leistungsfähig bleiben. Darum mache ich mir große Sorgen, Herr Ministerpräsident.

Man bräuchte vielleicht nur einen Teil dieser Summe, um zum Beispiel breite Teile der Bevölkerung mit wesentlich wirksameren FFP2-Schutzmasken auszustatten. Das richtet sich auch direkt an Sie, Herr Söder. Überprüfen Sie bitte einmal Ihr Maskenmaterial, ob Sie noch auf dem aktuellen Stand sind. Im Frühjahr war es vielleicht noch nötig aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit,

(Zuruf)

aber zumindest in Bayern ist es jetzt nicht mehr nötig zu sagen, wir müssten nur auf Alltagsmasken setzen. Lassen Sie uns breit auf FFP2-Masken, auf den neuen Standard setzen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Gerade dort, wo Personen besonders gefährdet sind, sollten wir schauen, dass wir helfen, zum Beispiel dort, wo es viele enge Kontakte gibt, im ÖPNV; ich habe es angesprochen. Ich bin mir sicher, dass wir dort einiges erreichen können. Lassen Sie es uns doch einmal anpacken. Das ist der erste wichtige Schritt, und dann können wir schauen, wie wir es auf weitere Bereiche der Bevölkerung ausdehnen.

Wir stellen in unserem Antrag noch eine Reihe weiterer Forderungen und machen Vorschläge. Die SPD tut dies ebenfalls. An vielen Stellen geht der Antrag auch in unsere Richtung. Wir stimmen ihm zu. Bei den anderen Anträgen, das sage ich ganz deutlich, ist mir das an vielen Stellen noch zu undifferenziert; leider auch bei den GRÜNEN – nicht langfristig genug gedacht. Denn wir können nicht nur einmal einen Shutdown machen, ohne eine Strategie für den ganzen Winter zu haben. Deshalb werben wir hier gerade für Verhältnismäßigkeit, denn ein Lockdown kann nur die Ultima Ratio sein.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Dr. Fabian Mehring. Bitte schön, Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Corona trifft unsere gemeinsame Heimat Bayern in diesen Tagen wieder mit voller Wucht. Die Lage ist leider im Wortsinn todernst, wie uns das zuletzt die Präsidentinnen und Präsidenten der großen deutschen Wissenschaftsgemeinschaften dieses Landes in einem eindrucksvollen Appell noch einmal plakativ vor Augen geführt haben.

Es wird Sie deshalb wenig verwundern, wenn ich im Hinblick auf den Fahrplan für Bayern für die nächsten Wochen zum Ausdruck bringe, dass sich auch die Regierungsfractionen von FREIEN WÄHLERN und CSU im interfraktionellen Antrag hinter den historischen Konsens stellen, den die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten aller 16 deutschen Länder über die Grenzen aller Parteien hinweg miteinander gefunden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem habe ich den Eindruck, dass niemand, der heute in diesem Plenarsaal sitzt, mit einer Art Wollust nach München gefahren ist, um diese Entscheidungen zu treffen. Ganz im Gegenteil: Wir fühlen uns heute wahrscheinlich alle ein wenig wie ein Intensivmediziner, der die schwierige Entscheidung treffen muss, seinen Patienten vorübergehend in ein leichtes Koma zu versetzen, ganz einfach in dem Wissen, dass dieser nur dadurch die Chance hat, mittelfristig wieder vernünftig auf die Beine zu kommen.

Umso wichtiger ist es, dass Politik in diesen Tagen nicht einzig richtig entscheidet, nicht einzig kluge Entscheidungen trifft, sondern ihre Entscheidungen auch sorgsam und transparent erklärt; denn am Ende des Tages hängt der Erfolg bei der Bewältigung dieser Pandemie nicht einzig davon ab, wie politisch entschieden wurde, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen von unseren Entscheidungen zu überzeugen, sodass sie mitmachen und sich an unsere Vorgaben halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wozwischen müssen wir uns entscheiden? – Dem Grunde nach gibt es nur zwei Varianten. Die eine Variante besteht in entschlossenem Handeln, und zwar in einem sich Anschließenden an das, was die Ministerpräsidentenkonferenz als Fahrplan für die nächsten Wochen vorgegeben hat. Die einzige Alternative dazu – die andere Variante – wäre, trotz der jüngsten Entwicklungen wie bisher weiterzumachen und weiter auf Sicht zu fahren.

Unsere Aufgabe als Bayerischer Landtag ist es heute, diese Folgenabschätzung sorgsam vorzunehmen und gemeinsam zu überlegen: Was bedeutet die eine Variante, und was bedeutet die andere Variante für die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nach fester Überzeugung der FREIE-WÄHLER-Regierungsfraction ist diese Folgenabschätzung auf drei gesellschaftlichen Feldern besonders wichtig. Am allerwichtigsten ist ohne Frage die Entscheidung, welche Variante der gangbare Weg mit Blick auf die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems ist; denn dabei geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen, um nichts anderes als um Leben oder Tod.

Genauso gut müssen wir uns überlegen, was unsere Entscheidungen in der Wirtschaft Bayerns anrichten. In gleicher Weise müssen wir aber auch darüber nach-

denken, was das, was wir heute entscheiden, mit unserer bayerischen Gesellschaft macht. Was bedeutet das für den Sport, für die Kunst und für die Kultur? Welche Auswirkungen hat das auf die Schulen und auf die Kitas?

Zunächst zum Gesundheitssystem: Um im Hinblick auf das Gesundheitssystem abwägen zu können, ob Variante eins, "weiter wie bisher auf Sicht zu fahren", oder Variante zwei, "was die MPK beschlossen hat", der richtige Weg ist, gilt es, sich mindestens drei Dinge klarzumachen:

Erstens ist es nötig, sich klarzumachen, dass es sich bei diesem Virus, dass es sich bei Corona um ein medizinisches Phänomen handelt, das sich weder für politische Debatten noch für gesellschaftliche Ungeduld interessiert.

Zweitens wird es notwendig sein, sich auf Wissenschaft einzulassen und darauf zu vertrauen.

Drittens und vor allen Dingen wird es nötig sein zu verstehen, was exponentielles Wachstum bedeutet, obwohl alle unsere Köpfe und Gehirne, auch meines, linear programmiert sind.

Wenn man das alles zusammennimmt und sich dann überlegt, was "weiter wie bisher", was "auf Sicht fahren" im Hinblick auf die Ressourcen unseres Gesundheitssystems bedeuten würde, wird klar, dass das in die Katastrophe führen würde. Alle Expertinnen und Experten sagen uns: Wenn wir nicht so entscheiden, wie die MPK das vorschlägt, dann sehen wir uns bis Ende November 90.000 Neuinfektionen pro Tag ausgesetzt.

Was bedeutet das, Kolleginnen und Kollegen? – Das bedeutet einen Kollaps unseres Gesundheitssystems. Das bedeutet, dass wir eine Triage auch in bayerischen Krankenhäusern erleben werden. Das bedeutet schlicht nichts anderes, als dass Menschen sterben werden, die leben könnten, wenn wir uns heute anders entscheiden.

Für unsere Regierungsfraktion gibt es deshalb keine Alternative; denn schon alleine mit Blick auf das Gesundheitssystem gilt: Wir dürfen nicht auf Sicht fahren, wir dürfen nicht weitermachen wie bisher, wir müssen jetzt entschlossen handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was bedeutet dieses entschlossene Handeln für die Wirtschaft? – Hier sind wir an der Seite unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger der festen Überzeugung, dass auch für unsere Wirtschaft ein kontrollierter, ein zeitlich befristeter Lockdown zwar durchaus ein Schrecken ist; aber ein Schrecken mit einem fixen Ende ist besser als ein Schrecken ohne Ende.

Denn was passiert, wenn wir wie bisher weitermachen? – Wir werden dann diese 90.000 Infektionen am Tag haben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dann nicht mehr zur Arbeit gehen können. Lieferketten werden abreißen. Unsere Wirtschaft wird dann unkontrolliert ins Straucheln geraten. Auch die Gastronomie, für die wir FREIEN WÄHLER bekanntermaßen mit Leidenschaft kämpfen, hätte nichts davon; denn wenn bei 90.000 Infektionen am Tag die Menschen in den Krankenhäusern auf den Gängen liegen, wird niemand mehr die Gastronomie in Bayern aufsuchen.

Kolleginnen und Kollegen, auch für die Wirtschaft ist Variante zwei, ein Lockdown light, ein kontrolliertes Herunterfahren, besser. Der Kern der Wirtschaft, wesentliche Wirtschaftsbereiche werden dann auch im November weiter wirtschaften können. Die anderen Wirtschaftsbereiche erhalten eine Perspektive; sie werden mit

Wirtschaftshilfen Huckepack durch diese schwierige Zeit getragen und haben dann die Chance, im Dezember wieder hochzufahren, ihren Betrieb wieder kontrolliert aufzunehmen, anstatt in einer Chaosituation keine Gäste mehr zu haben.

Mit anderen Worten formuliert: Der Lockdown, den wir heute beschließen, der Lockdown light aus der Ministerpräsidentenkonferenz, ist weiß Gott kein Lockdown gegen die bayerische Wirtschaft, sondern das ist ein Lockdown für die bayerische Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der dritte und letzte Teilbereich ist: Was bedeuten unsere Entscheidungen für die Gesellschaft in Bayern? Was bedeutet das für Kunst und Kultur, für Sport, für Schule und für Kitas? – Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, sich vor Augen zu rufen, was uns alle einschlägigen Wissenschaftler dieses Landes ins Stammbuch geschrieben haben: Um wieder vor die Welle zu kommen, um die Kontrolle über Corona zurückzuerlangen, ist es nötig, dass wir 75 % unserer Kontakte reduzieren.

Wer 75 % der Kontakte reduzieren will, muss sich jedoch entscheiden, welche Kontakte er unterbindet und welche er weiter zulässt. Unsere Regierungsfraktion ist dabei an der Seite unseres Kultusministers Michael Piazzolo der festen Überzeugung, dass die Gewichtung dann richtig gewählt ist, wenn Schulen und Kitas offen bleiben.

Wenn Schulen und Kitas offen bleiben, trotzdem aber 75 % der Kontakte reduziert werden müssen, heißt das nun einmal notwendigerweise – das ist keine wünschenswerte, aber eine unausweichliche Entscheidung –, dass wir uns für weitere vier Wochen bei Freizeitangeboten, bei Veranstaltungen, beim Sport und leider auch in der Kultur noch einmal einschränken müssen. Das tut weh, aber das eine ist der Preis für das andere.

Offene Schulen und offene Kitas kann es nur geben, wenn wir bereit sind, andere Kontakte einzuschränken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zusammengefasst heißt das, dass die heutigen Entscheidungen niemandem Freude bereiten werden. Sie sind nicht wünschenswert, aber unausweichlich. Der vorübergehende Lockdown ist aber auch nicht einzig im Hinblick auf das Gesundheitssystem unvermeidbar. Er geschieht auch nicht gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft und für die Wirtschaft, und er wird am Ende des Tages unserer Gesellschaft nutzen.

Deshalb erlaube ich mir gegen Ende meiner Rede auf meine Eingangsbemerkung zurückzukommen: Es ist jetzt nötig, die Menschen mitzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das Hohe Haus hat heute eine große Chance, die Menschen mitzunehmen, indem gerade dieser von der Kollegin Waldmann kritisierte Schulterchluss zwischen Parlament und Gesellschaft geübt wird, indem wir den Menschen draußen, die vielerlei Ängste haben, zeigen, dass sie sich in dieser Pandemielage auf die Politik verlassen können. Ich will ich mit der Bitte schließen, für heute in dieser absoluten globalen Ausnahmesituation parteipolitische Ränkespiele und die Überlegung zurückzustellen, welche politische Positionierung dem einen möglicherweise nützt, dem anderen aber schadet, und gemeinsam und geschlossen das zu tun, was gut für Bayern ist.

Nur wenn uns das gelingt, haben wir die Chance, gerade nicht ein einsames Weihnachten zu erleben, dann besteht die Chance, dass wir an Weihnachten mit unseren Familien unterm Christbaum sitzen und vielleicht sogar mit einigem Stolz vom heutigen Tag erzählen können, von dem Tag, an dem wir gemeinsam mit unseren Beschlüssen dafür gesorgt haben, dass die Menschen in Bayern gut durch diese Krise gekommen sind, dass es kein einsames Weihnachten gibt – oder nur bei Ihnen, Herr Hahn, weil mit Ihnen keiner feiern will, sondern ein Weihnachten, das wieder in die richtige Richtung zeigt.

Mit anderen Worten, Kolleginnen und Kollegen: Wir glauben, es ist nötig, heute Umsicht und Vorsicht zu üben, sodass morgen wieder Zuversicht möglich sein wird.

Deshalb bitten wir Sie, mit uns gemeinsam diesen Weg möglichst demokratisch geschlossen zu gehen und die Menschen in Bayern auf diesem Weg mitzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Mehring, bitte bleiben Sie noch am Mikrophon. Sie gehen drei Mal in die Verlängerung.

(Heiterkeit)

Die erste Verlängerung wird durch die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Bergmüller von der AfD-Fraktion veranlasst.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann dauert es eh schon bis Weihnachten! – Heiterkeit)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Fabian Mehring, ich stelle fest, dass die Entscheidung nicht heute und hier fällt, sondern schon vor zwei Tagen gefallen ist. Das ist heute eine Pseudobeteiligung. Ich stelle fest, dass im Gegensatz zu Ihrer wissenschaftlichen Grundlage die Kassenärztliche Bundesvereinigung von 200.000 Ärzten ein anderes Konzept vertritt als das, was Sie uns als das einzig und allein Heilbringende verkaufen. Ich stelle fest, dass die Wirtschaft gegen diesen Lockdown ist. Ich bin ein maßgeblicher, seit Jahren tätiger Funktionär; auf meinen Post habe ich am Mittwoch 123.000 Zugriffe gehabt, und zwar alle gegen diesen Lockdown. Ich glaube, das sagt schon etwas aus. Ich stelle fest: Ihr Fraktionschef Florian Streibl hat vorher gesagt, dass die Maßnahmen eigentlich schon früher hätten ergriffen werden müssen. Ihr Wirtschafts- oder Wirtshausminister Hubert Aiwanger hat am 12.10. beim Gastgewerbetag noch ganz anders geredet.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Schließen Sie den dritten Lockdown aus, wenn Sie schon Weihnachten mit uns feiern wollen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Mehring, bitte.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Franz Bergmüller, vielen Dank für diese Reihe an Feststellungen, von die eine unsinniger anmutet als die andere, weshalb mich insbesondere auch diese Klickzahlen nervös machen.

In der Sache habe ich ausgeführt, insbesondere mit Blick auf die Gastronomie und auch mit Blick auf die Entscheidungsgrundlagen, weshalb es auch aus Sicht der Wirtschaft und auch aus Sicht der Gastronomie sinnvoll ist, so vorzugehen, wie die MPK das vorgeschlagen hat.

Insbesondere mit Blick auf die Parlamentsbeteiligung geht mir langsam schon der Hut hoch. Wir haben als Bayerischer Landtag eine Bundesratsinitiative gestartet. Wir sind als Bayerischer Landtag das erste und bislang einzige Parlament in Deutschland, das diese parlamentarische Befassung durchführt.

(Widerspruch)

Wir haben als Regierungsfractionen sogar das Angebot gemacht, Dringlichkeitsanträge zu stellen. Auf einmal wollte die Opposition das gar nicht mehr so richtig, weil man sich weder hinter die Linie der Bayerischen Staatsregierung stellen will noch von den anderen Ministerpräsidenten distanzieren möchte. Das ist schäbiges Vorgehen. Es geht jetzt um die Verantwortung für Bayern, und die sollten wir gemeinsam tragen und nicht Schaumschlägerei betreiben und den Menschen Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kurz durchatmen, Herr Dr. Mehring. Die nächste Zwischenbemerkung ist von Herrn Kollegen Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Ja, da atmen wir alle mal durch.

Meine Frage geht auch in Richtung Parlamentsbeteiligung. Aber ich muss erst mal sagen, dass ich es grundsätzlich begrüße, dass wir hier heute eine Debatte haben.

Lieber Fabian Mehring, ich habe festgestellt, dass es in der Rede immer nur um zwei Alternativen ging. Die eine war, sich im Prinzip der MPK anzuschließen; die zweite war, irgendwie auf Sicht zu fahren, also schlecht. Ist das Parlamentsbeteiligung? – Ich hätte mir eigentlich vorgestellt, dass wir hier heute viel mehr um die einzelnen Lösungen ringen und mal offen debattieren, ob man da nicht noch was verbessern kann. Davon habe ich jetzt aber relativ wenig mitbekommen. Ist das das Ende der Fahnenstange in Sachen Parlamentsbeteiligung? – Und vor allem: Können wir uns neben der Bundesratsinitiative auch darauf einstellen, dass wir auch hier in Bayern noch mal Gesetzesinitiativen starten, um die Parlamentsbeteiligung für einen eventuellen weiteren Fall zu verbessern?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Luft holen, und los geht's!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Matthias, zunächst zur Frage der Parlamentsbeteiligung, über die ich in zunehmendem Maße verwundert bin, über den Weg, den wir gegangen sind, und über die Art und Weise, wie das jetzt bewertet wird. Ich sage noch einmal: Wir sind in Bayern einen ersten Schritt gegangen, aber einen Schritt, der weiter geht als in allen anderen Parlamenten in der Bundesrepublik Deutschland.

(Widerspruch)

Er geht auch weiter als das, was der Deutsche Bundestag bisher legislativ möglich gemacht hat. Wenn wir als Regierungsfractionen die Möglichkeit eröffnen, hier nicht nur zu diskutieren, sondern abzustimmen, wundere ich mich schon, dass ausgerechnet die Opposition sich in einer Bredouille sieht und das anschließend gefühlt gar nicht mehr haben will. Das lässt tief blicken.

Wenn es dir zu wenig Ringen ist: Die Staatsregierung und die Regierungsfractionen haben einen Vorschlag gemacht, hinter dem wir stehen. Fürs Ringen ist die Opposition zuständig; wenn sie dazu nicht imstande ist, dann ist das ein Problem der Opposition und kein Problem der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und nun die dritte Zwischenbemerkung, von Herrn Kollegen Thomas Gehring von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe)

Herr Kollege Gehring hat das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Mehring, Sie hatten mich während meiner Rede angeschaut. Von daher dachte ich, dass Sie mir auch zugehört hätten. Ich habe erzählt, dass Baden-Württemberg heute zur gleichen Zeit eine Sitzung hat. Also sind wir nicht alleine. Baden-Württemberg macht das auf der Grundlage eines Gesetzes, was wir nicht haben. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir beraten jetzt die Dringlichkeitsanträge. Sie sind ein politischer Kopf. Sie haben vorhin vom Schulterschluss geredet. Diese politischen Dringlichkeitsanträge sagen aus, wie wir zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz stehen. Wir stimmen Ihrem Antrag deshalb zu. Ich kann doch davon ausgehen, dass Sie auch unserem Antrag zustimmen, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, ich nehme zunächst einmal wohlwollend zur Kenntnis, dass dem Antrag der Regierungsfaktionen zugestimmt werden soll, und stelle eine Frage, die ich im Ältestenrat bei der Vorbereitung dieser Sitzung schon einmal gestellt habe. Natürlich kann man mit Gesetzesinitiativen unterwegs sein und mit Dringlichkeitsanträgen. Für mich persönlich ist ausgeschlossen, dass die Staatsregierung einen Dringlichkeitsantrag negiert, den das Hohe Haus beschließt. Das heißt, was wir heute mehrheitlich beschließen, ist sehr wohl bindend für die Bayerische Staatsregierung.

Allerdings funktioniert Demokratie über Mehrheiten. Jeder Fraktion steht es frei, Gesetzesentwürfe und Vorschläge einzubringen. Es werden diejenigen umgesetzt, die hier eine Mehrheit finden. Das gilt für Dringlichkeitsanträge in gleicher Weise wie für Gesetzesentwürfe. Das ist keine Frage der Mitbestimmung, sondern eine Frage der Demokratie und der Mehrheiten.

Ihrem Antrag können wir leider deshalb nicht zustimmen, weil wir nicht bereit sind, hinter dem zurückzubleiben, was die Ministerpräsidentenkonferenz miteinander vereinbart hat. Wir sind auch nicht bereit, von diesem demokratischen Konsens abzuweichen.

Was Bayern jetzt braucht – Bayern und seine Menschen, aber in gleicher Weise auch die Bundesrepublik Deutschland –, ist Homogenität. Dafür kämpfen wir fraktionsübergreifend seit einem halben Jahr.

(Widerspruch)

Jetzt sind wir so weit, und jetzt wollen Sie es wieder torpedieren. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Widerspruch)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das waren drei Minuten Redezeit in einer Minute. Vielen Dank, Herr Dr. Mehring.

(Heiterkeit)

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Swoboda.

(Zurufe: Oh!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder! Schönen Dank, dass Sie noch da sind und uns so geduldig zuhören. Sie haben heute einen starken Auftritt. Sie zeigen eine starke Präsenz. Das freut mich, und dafür möchte ich auch meine Anerkennung aussprechen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich trete ganz locker und gelassen vor Sie hin. Ich habe gar nicht so richtig etwas für Sie vorbereitet. Ich werde auch keine Behauptungen aufstellen.

(Unruhe)

Aber ich werde Ihnen ein paar Fragen stellen, auf die Sie garantiert keine Antwort haben.

(Heiterkeit)

Sollten Sie eine Antwort haben, würde ich mich freuen. Ich weiß, wenn keiner etwas weiß, hat Herr Dr. Söder immer eine Antwort; sie mag nicht immer stimmen.

Aber zunächst möchte ich Sie nach diesem PCR-Test fragen: Sie haben den heute gar nicht erwähnt. Sie nehmen ihn als selbstverständlich hin. Was beweist der denn eigentlich? – Ich lese auch das "Deutsche Ärzteblatt" und die Äußerungen von Virologen und Wissenschaftlern verschiedenster Couleur. Ich höre immer Folgendes: Der PCR-Test ist positiv oder negativ, manchmal ist das falsch, manchmal richtig. Aber er beweist nicht eine Infektion mit COVID-19, sondern er beweist eine Kontaminierung mit einem Erreger aus der Familie der Corona-Viren. Vier Stämme soll es schon seit langer Zeit geben. Welcher Virusschnipsel da gerade vervielfältigt wurde? – Ja, Gott! Aber Sie alle scheinen das für bare Münze zu nehmen. Wenn einer eine Antwort darauf hat, soll er mir das bitte sagen: Was beweist dieser Test eigentlich? Was beweist denn der Schnelltest, den wir machen sollen, um hier im Hohen Haus Präsenz zeigen zu können? – Er beweist zu 80 %, dass derjenige, der "negativ" getestet ist, "negativ" sein kann, zu 20 % könnte er aber doch "positiv" sein. Wenn Sie die Anleitung und die Zertifizierung durchlesen, kommen Sie darauf, dass der eigentlich auch keine zuverlässige Testung darstellt, wie wir sie bräuchten.

Dann zu den Masken: Dazu hat heute Herr Fischbach einen neuen Vorschlag gemacht. Sie wollen die "FDP-II-Maske". Ich habe von der noch nie gehört. Vermutlich ist das eine ganz besondere.

(Heiterkeit)

Aber, Herr Fischbach, Qualitätsmerkmale – da haben Sie völlig recht – bräuchten wir bei den Masken. Wissen Sie, warum Sie keine Qualitäten fordern? – Weil Sie wissen, dass Sie dann auch in Haftung treten müssen, falls die Qualitätskriterien nicht erfüllt sind oder falsch sind. Die Masken, die Sie von uns allen verlangen, sind nicht zertifiziert. Hier habe ich eine Sicherheitsmaske-Rückfallebene.

(Abgeordneter Raimund Swoboda (fraktionslos) zeigt seinen umgehängten Schal)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Bürger uns nicht mehr vertrauen und nichts mehr glauben, liegt einfach daran, dass wir nicht eindeutig sind.

(Unruhe)

Wir verlangen von ihnen, dass sie Masken tragen und sie auch noch selber bezahlen sollen. Kindergärtnerinnen sagen mir, sie brauchen am Tag manchmal zehn oder zwölf Masken. Eine kostet 1,60 Euro, die billigste 90 Cent. Meine Damen und Herren, das müssen die aus der eigenen Tasche zahlen. Das tun sie auch, weil sie mit Liebe ihren Beruf – in Sorge, unsere Kinder durch die Pandemie-Krise zu bringen – ausüben. Wir müssten eigentlich mehr helfen, als wir das tun.

(Zuruf)

Aber genau bei den grundsätzlichen Fragen nehmen wir nonchalant alles an, weil irgendein Wissenschaftler es gesagt hat, aber nachgewiesen ist gar nichts.

Wir haben eine totale Grundrechtsverweigerung zum Beispiel bei denjenigen, die jetzt ihren Beruf nicht ausüben können. Die sind in ihrem Kernbereich der Berufsausübung – das ist ein Grundrecht: Gewerbefreiheit, Berufsfreiheit – gehindert, und das darf eigentlich gar nicht sein. Jetzt können Sie sagen, wir nehmen für sie viel Geld in die Hand, um die Leute durch die Krise zu bringen. Aber das müssen Sie als Staat sowieso. Wir alle müssen soziale Verantwortung tragen für die, die nichts mehr haben. Das macht der Sozialstaat mit Hartz IV. Sie machen es halt, indem Sie viel Geld in die Hand nehmen für die Großindustrie, die zwar Arbeitsplätze bietet, aber immer weniger davon, und kaum, dass sie eine Zusage haben, hört man schon wieder "Abbau".

Wie bekämpfen wir die Infektion? – Da wird immer ein Impfschutz vorgehalten. Das kommt mir so vor wie im Kasperltheater, wenn der Kasperl die Wurst raushält

(Zuruf)

und wir alle danach schnappen, aber nicht wissen, ob wir diese Wurst erreichen, weil es infrage steht, ob der Impfschutz greift oder nicht. Ob wir dadurch die Maske nicht mehr tragen müssen, steht auch infrage.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Dann höre ich gleich wieder auf.

(Beifall)

Herzlichen Dank für den großen Applaus! Das war das erste Mal, dass Sie das gemacht haben. "Basst scho", sage ich!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche am Ende dieser Debatte einen versöhnlichen Abschluss und einen Vorschlag mit dem Blick über den November hinaus. Wir sind uns doch in vielen ganz wesentlichen Feststellungen einig, vor allem in der, dass die Lage in der Tat sehr ernst ist. Angesichts des Umstands, dass die Infektionsgründe gar nicht ganz genau zu identifizieren sind und die unkontrollierte Ausbreitung zunehmend wieder vulnerable Gruppen erfassen wird, ist es notwendig, dass der Staat sofort, kraftvoll und vor allem auch wirksam handelt.

Was aber ist "wirksames" Handeln? – Heute ist schon mehrfach auf die gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsgesellschaften hingewiesen und ist diese zitiert worden. Insbesondere ist immer wieder gesagt worden, dass vorgeschlagen wor-

den ist, wir müssten unsere Kontakte um drei Viertel reduzieren. Das ist allerdings nicht ganz präzise und nicht in der wissenschaftlichen Weise wiedergegeben, wie es dort zu lesen ist. Ich zitiere: Die Anzahl der Kontakte ohne adäquate Vorsichtsmaßnahmen muss konsequent reduziert werden. – Am besten finden Kontakte gar nicht erst statt. Aber das wird alleine nicht genügen. Ich glaube, da wären jetzt unser aller Anstrengungen veranlasst, noch einmal darüber nachzudenken, wie die Qualität der Schutzmaßnahmen bei den vielen Kontakten, die weiterhin bestehen sollen – im schulischen, im wirtschaftlichen Leben und auch sonst, hoffentlich nach dem November auch all die Kontakte, die jetzt verringert werden müssen –, erhöht werden kann: bei der Schutzausrüstung, bei den Vorgaben für den öffentlichen Raum generell, im ÖPNV im Besonderen. Das sollte unser aller Anstrengungen wert sein, die nächsten Wochen zu nutzen und ein Stück weit wegzukommen von den bisherigen Bewertungen der Alltagsmasken. Haben wir im März und April noch gesagt, da reicht auch ein Schal, jedenfalls ist er besser als nichts, wissen wir heute sehr viel mehr. Das ist sehr wichtig.

Die Menschen sind besorgt, wie es nach dem November weitergeht. Wir wissen alle nicht, wo wir mit den unterschiedlichen vorgeschlagenen Maßnahmen Ende November stehen werden. Aber eines ist doch gewiss: dass es vielerlei Kontakte gibt und dass es noch mehr geben soll, als im November von der Mehrheit zugelassen sein werden. Das muss unsere Zielsetzung sein, um den Menschen zusätzlich Hoffnung zu machen. Setzen wir auf eine Debatte und schlagen wir verbesserte Lösungen vor, um über den November hinaus zu guten Lösungen zu kommen! Das wollen wir doch alle.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Bevor wir zu den namentlichen Abstimmungen kommen, führen wir in einfacher Form die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion durch. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11055 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion sowie die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, CSU und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Ich frage zur Sicherheit nach Stimmenthaltungen. – Bei einer Stimmenthaltung von Herrn Markwort. Gut, dass ich gefragt habe.

(Heiterkeit)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen nun zu den namentlichen Abstimmungen. Der erste Dringlichkeitsantrag, den wir namentlich abstimmen, ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/11051. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben. Abstimmungszeit: drei Minuten!

– Wir überprüfen das technische System. Uns wird mitgeteilt, dass die Abstimmung technisch nicht möglich ist.

(Unruhe)

Das System nimmt leider die Abstimmung nicht an. Deshalb werden Stimmkarten ausgeteilt.

(Unruhe)

Die CSU-Fraktion zieht ihren Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, die SPD auch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch.

(Beifall)

Die AfD-Fraktion will namentlich abstimmen.

(Unruhe)

Deshalb werden für diese namentliche Abstimmung gleich Abstimmungskarten ausgeteilt. Aber Sie gestatten, dass zunächst die Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge der anderen Fraktionen in einfacher Form durchgeführt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/11051 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen! – SPD, FDP, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11052 seine Zustimmung will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. – Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann haben wir noch den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/11054 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD sowie die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung, sobald die Stimmkarten ausgegeben sind. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten.

(Unterbrechung von 17:32 bis 17:34 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, nach Möglichkeit auf Ihren Plätzen zu bleiben. Sollten Sie das Gespräch miteinander führen wollen, dann bitte draußen, sonst gibt das hier im Plenarsaal nicht nur kein gutes Bild ab, sondern dann werden auch die Hygiene- und Abstandsregeln nicht so eingehalten, wie wir es beschlossen haben. Vielen Dank für Ihr Verständnis. – Das gilt insbesondere auch für die letzte Reihe im Plenarsaal. Vielen Dank, dass Sie die Abstände einhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt eine Lösung. Wir haben uns beraten, wie die Abstimmung mit Blick auf die Abstände und die Hygienefragen am besten durchzuführen ist. Ihre Stimmkarten sind jetzt draußen in Ihren Fächern. Deshalb bitte ich Sie, einer nach dem anderen, eine nach der anderen, die Stimmkarten aus Ihren Fächern zu holen und dann wieder in den Plenarsaal zurückzukehren. Vielen Dank für Ihr Verständnis, es ist nur eine Frage von Minuten. –

Ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung. Vielen Dank, dass Sie die Abstände entsprechend einhalten. Es geht um den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11053. Die Abstimmungsurnen stehen hier vorne bei Herrn Stuhlmüller.

(Namentliche Abstimmung von 17:37 bis 17:42 Uhr)

Sie haben noch zwei Minuten die Möglichkeit, Ihre Stimmkarte hier vorne einzwerfen.

Die Abstimmung läuft noch eine Minute. Kann ich davon ausgehen, dass alle Abgeordneten über ihre Stimmkarten verfügen? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann warten wir noch 45 Sekunden, bis ich die Abstimmung schließen werde.

Ich schließe die Abstimmung. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt. Bis dahin wird die Sitzung noch einmal kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 17:42 bis 17:46 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD betreffend "Bayerns Bürger vor der Staatsregierung schützen – Grundrechte, Parlamentsbeteiligung und Verhältnismäßigkeit sofort wiederherstellen" auf Drucksache 18/11053 bekannt. Mit Ja haben 13 gestimmt. Mit Nein haben 111 gestimmt. Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Beifall – Schluss: 17:47 Uhr)